

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/6, durch die Geschäftsabteilungen der „Volkswacht“ Neue Hauptstraße Nr. 6 und Neue Hauptstraße 11, durch die Zweigstelle Algenrandstraße Nr. 6, durch die Geschäftsabteilung 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,30 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 8,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5141
Postfach-Konto Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienangelegenheiten, Stellenangelegenheiten, Verlobungen und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf., das fertige Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 12 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/6) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Wilhelm muß in Holland bleiben.

Auch die bürgerliche Reichsregierung gegen seine Rückkehr.

Die Möglichkeit einer Rückkehr des früheren Kaisers nach Deutschland hat auch in weiten Kreisen des Auslandes starke Beunruhigung hervorgerufen. Die Reichsregierung hat sich deshalb veranlaßt gesehen, durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Schubert, gegenüber dem Vertreter der amtlichen englischen Neuter-Agentur in Berlin eine Erklärung abgeben zu lassen, aus der hervorgeht, daß die Reichsregierung einer Rückkehr des Exkaisers völlig ablehnend gegenüber steht. Anlässlich der Beratung des von der Sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage eingebrachten Gesetzesentwurfes, der jede Möglichkeit einer Rückkehr des früheren Kaisers von vornherein hinfällig machen will, wird die Regierung, die in ihrem Einkverständnis mit dem Staatssekretär v. Schubert abgegebene Erklärung wahrscheinlich durch eine weitere Verlautbarung des Gesamtkabinetts bestätigen wird. Es ist anzunehmen, daß Gelegenheit hierzu im Plenum des Reichstages und nicht während der Ausschüßberatungen genommen wird. — Hoffentlich soll die „Erklärung“ der bürgerlichen Reichsregierung kein „Ersatz“ für die Annahme unseres Gesetzesentwurfes sein!

Was bleibt dem Staat von den Kunstschätzen der Hohenzollern?

Am 11. wird mitgeteilt: In einem Berliner Blatt sind kürzlich unter dem Titel „Die entschwindenden Kunstschätze“ eine Reihe von unrichtigen Behauptungen über das Schicksal von Kunstwerken aus dem Besitz des Hauses Hohenzollern enthalten.

Es sei demgegenüber festgestellt, daß der Staat von den Bildern Paters im Neuen Palais folgende behält: die beiden besten und größten Bilder „Bodenbe Mädchen“ und „Tanz im Freien“ bleiben an Ort und Stelle (siehe Vergleich), ferner behält der Staat das „Fest im Freien“ (zurzeit in Sanssouci), die „Landschaft“ und die Illustrationen zu dem Roman Comique des Scarron. Die „Gesellschaft an der Fontäne“, die „Gesellschaft an der Parkmauer“ und „Das Bad“ erhält, wie schon in den Vereinbarungen von 1919/20 festgelegt, das vormalsige Königshaus. Die übrigen Bilder von Vater in den Potsdamer Schlössern behält der Staat.

Es wird ferner behauptet, wenn man heute durch das Neue Palais wandere, so bemerkt man das Fehlen „mehrerer Werke von Rang“, es fehle zum Beispiel die „Mädchen mit dem schlafenden Kind“ aus der Kubens Werkstatt. Das ist unrichtig; das Bild ist aus dem Neuen Palais nie entfernt worden und verbleibt dem Staat.

Ferner sollen zwei Meißener Vasenstücke verschwunden sein. Auch das ist nicht richtig. Die Vasen haben das Neue Palais nicht verlassen und verbleiben dem Staat.

Die ebenfalls vermischten Terrakottabüsten von Sandon sind im Depot und verbleiben laut Vergleich dem Staat.

Die Sätze ex Meißener Schneeballvasen im Neuen Palais sollen, wie ferner behauptet wird, nicht mehr „komplett“ sein. Auch das ist unrichtig. Einzelne Stücke sind 1919 nach Doorn gefahndet worden; sie sind zurückgegeben, an ihrem Platze wieder aufgestellt und verbleiben dem Staat.

Auch die Behauptung, man habe 1920 die maßgebenden Sachmänner von den Museen ebenso wenig gefragt wie heute, ist unrichtig. Die Vereinbarungen der Jahre 1919 und 1920 über die Kunstwerke in den Schlössern sind ausschließlich von der Museumsverwaltung getroffen worden und tragen die Unterschrift des damaligen Generaldirektors. Die damals getroffenen Vereinbarungen enthielten den ausdrücklichen Verzicht des Staates auf die Tapetenwerkstatt und die Porzelle an Bildern, ausgenommenen Bildern aus der Sammlung Friedrichs des Großen.

Es wird schließlich behauptet, die Vertreter des Finanzministeriums hätten sich jetzt „bloß mit dem allmächtigen Herrn Ministerialrat von der Kunstverwaltung“ beraten. Das Gegenteil ist richtig. In allen Fällen, wo es sich darum handelte, eine Auswahl zugunsten des Staates zu treffen, ist im Einvernehmen mit den Sachleuten der Staatmuseen, insbesondere mit dem Generaldirektor der Staatlichen Museen, gehandelt worden. Der jetzt vom Landtag genehmigte Vertrag ist in keinem Punkte ungünstiger, dagegen in wesentlichen Stücken günstiger, als die feinerzeit von der Museumsverwaltung über die Teilung der Kunstwerke mit dem Hause Hohenzollern getroffenen Vereinbarungen.

Sieht Wilhelm wieder Hofjagden halten? Der „Montag-Morgen“ meldet: „Ein Kreis von 50 Personen ist soeben von einer Einladung überfallen worden, die im Namen „Seiner Majestät des Kaisers“ erfolgt. Die Empfänger der Einladung werden für Anfang November nach Schloß Rominten zur „Hofjagd“ gebeten. Nach eben jenem Rominten, das soeben erst im Vergleich zwischen Preußen und den Hohenzollern dem Exkaiser wieder zugesallen ist. Unter den Eingeladenen befinden sich ehemalige Diplomaten und hohe Militärs, ferner auch der Prinzgemahl der Niederlande. Der Gastgeber Wilhelm wird zwar nicht selbst anwesend sein. Auch ist noch nicht entschieden, ob er durch den Kronprinzen oder durch irgend eine andere Persönlichkeit vertreten sein wird. Jedenfalls ist es aber bezeichnend, daß sofort nach Abschluß des Vergleichs wieder eine „Hofgesellschaft“ in Erscheinung tritt, die die Gepflogenheiten der alten Zeit wieder unverändert aufnimmt.“

Der Freihandelsaufruf der Unternehmer in der amerikanischen Wahlbewegung.

In der amerikanischen Öffentlichkeit haben an dem Freihandelsaufruf der europäischen und amerikanischen Hochfinanz- und Trustgewaltigen in erster Reihe die Unterschritten von Morgan und einigen anderen New Yorker Großbankiers interessiert. Die Wirkung dieser Unterschritten, soweit sie sich aus den nach Europa gemeldeten Äußerungen verschiedener bekannter amerikanischer Politiker und gefädelten Stimmungsberichten des amerikanischen Korrespondenten der Londoner „Times“ erkennen läßt, ist nur aus der Tatsache der gegenwärtigen amerikanischen Wahlbewegung zu erklären. Die überlieferte Unbeliebtheit des New Yorker Finanzkapitals macht selbst die von freihändlerischen Traditionen ausgehende Opposition der Demokraten mißtrauisch gegen das Manifest. Die von jeher schützönerischen, gegenwärtig an der Regierung befindlichen Republikaner lehnen es meist natürlich erst recht ab und besonders ihr sogenannter „fortschrittlicher“ Flügel benutzt die Bankiersunterschritten zu einer kräftigen neuen Schutzzollpropaganda, indem er Freihandel als großkapitalistisches Internationalismus instellt. Die Wirkung des Aufrufs auf das mächtigste der Hochschutzzolländer ist also rein negativ.

Flaggenwechsel Russlands?

Die rote Fahne nicht mehr Symbol der Sowjetrepublik
Eine weitere Meldung aus Russland besagt, daß die offizielle Flagge der Sowjet-Union in Zukunft nicht mehr die rote Fahne mit Sichel und Hammer sein soll, sondern in einer rotgrünen Flagge mit goldener Umrandung und mit Hammer und Sichel im Mittelfeld bestehen soll. Angeblich sind diplomatische Gründe (!) für diese Veränderung maßgebend. Tschitscherin soll erklärt haben, daß die rote Flagge das Symbol eines Parteikampfes sei, eine Großmacht wie Russland aber eine Flagge haben müsse, die Respekt einflöße. Die Berliner „Köte-Fahne“ gibt diese Meldung bisher überhaupt nicht wieder, und scheint sie auch nicht ab, obwohl sie durch große bürgerliche Agenturen verbreitet worden ist.

Gleichzeitig wird aus Moskau gemeldet, daß die Kommunistische Partei Russlands Sinowjew und Trotski sowie ihre Anhänger trotz der „Unterwerfung“ jetzt parteilichst maßregelt. Sinowjew z. B. aus der Betretung in der 3. Internationale abberief.

Angriffe der nationalistischen Presse gegen Briand.

Paris, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach der ersten Besprechung zwischen Briand und Stresemann in Thoiry war es klar, daß die deutsch-französische Annäherung nicht das Werk einiger Wochen sein könnte. Die Pariser nationalistische Presse stürzte sich nun auf das magere Ergebnis der gestrigen Unterredung Briand-Hoesch, um ein großes Geschrei darüber zu erheben, daß Deutschland keine neuen Verhältnisse gemacht habe und bezeichnet das geradezu als ein Verschleppungsmanöver. Es wird der Heppresse aber nicht gelingen, die Verständigung zwischen den beiden Staaten aufzuhalten.

Belgiens Stabilisierungsanleihe abgeschlossen.

Brüssel, 25. Oktober. (Eigener Funkbericht.) Der belgische Schatzminister und der Präsident der belgischen Nationalbank kehrten am Sonnabend aus London zurück, wo sie wegen des Abschlusses einer Stabilisierungsanleihe mit englischen, amerikanischen, schweizerischen, holländischen und deutschen Bankvertretern verhandelten. Sie erklärten sich mit dem Ergebnis ihrer Reise voll befriedigt. Wie wir erfahren, kann die Stabilisierung des belgischen Franken nunmehr als vollendete Tatsache betrachtet werden. Die königliche Verordnung, die die Stabilisierung ankündet, wird bereits am Montag mit einer ausführlichen Begründung erscheinen.

Die belgischen Unterhändler berichteten am Sonntag abend im Kabinett über das Ergebnis ihrer Verhandlungen. Die Regierung stimmte den Bedingungen der 100-Millionen-Dollar-Anleihe zu; die Frist der Anleihe beträgt 30 Jahre. Es sind auch beträchtliche Kredite ausländischer Banken zugesagt worden.

Seckt Kriegsveteranen-Kapitän? Eine Berliner Korrespondenz weiß zu melden, daß dem verabschiedeten General von Seckt die Stellung eines Ehrenpräsidenten der im Deutschen Reichsriegerbund Köpffhäuser zusammengeschlossenen Kriegerveteranen angeboten worden ist. Diese Stellung ist durch den Tod des Generalobersten von Heeringer seit zwei Wochen frei. Eine Entscheidung des Generals von Seckt liegt bisher nicht vor.

„Schlesische Sorgen“.

Wir sind in Schlesien nicht daran gewöhnt, daß man sich über unsere Sorgen im Reiche allzuviel den Kopf zerbricht. Der schlesische Chronist verzeichnet mit einem gewissen Staunen und einer hoffnungsvollen Genugtuung drei ausführliche Aufsätze als Ergebnis von Reiseunterhaltungen eines leitenden Redakteurs in einem Weltblatt wie der Frankfurter Zeitung, die in ihnen schlesische Sorgen ihrem Leserkreise nahebringen bemüht ist. Sollte das Interesse und Verständnis für den deutschen Osten in dem politisch und wirtschaftlich seit jeher bevorzugten Westen im Wachsen begriffen sein, sollte man westlich der Elbe die Bedeutung des Ostens für die republikanische Gesamtentwicklung Deutschlands zu begreifen anfangen? Sind die verständnisvollen Betrachtungen der Frankfurter Zeitung der Beginn ernsthafter Bemühungen anderer Reichsteile, die Gesamtpolitik auf die Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Ostens stärker einzustellen?

Die Artikel des demokratischen Frankfurter Organs schildern zunächst den wirtschaftlichen Niedergang Schlesiens, besonders auch Breslaus, die Abschnürung durch die neuen Grenzen und die Folgen des Zollkrieges mit Polen für die schlesischen Provinzen. Die Schädigung Schlesiens durch den Zollkrieg wird mit Material belegt und mit einer Offenheit dargestellt, die man leider selten findet. Nicht erschöpfend behandelt sind dagegen die politischen Entwicklungen, die die Vernachlässigung der überwiegenden Interessen der Provinz Niederschlesien an einer schnellen handelspolitischen Verständigung mit Polen durch die Berliner Zentralstellen erklären. Der Verfasser der Aufsätze steht zu stark unter dem Einfluß derjenigen schlesischen Kreise, die in unausgeglichenen Gedankenfolge die sozialpolitische Sorge für Niederschlesien und die darüber weit hinausgehende Berücksichtigung Oberschlesiens in einen unzulässigen Vergleich setzen, die lebhafteste Förderung der provinzipolitischen Wünsche Oberschlesiens bemängeln und die wesentlichen Gründe für Niederschlesiens wirtschaftliche Not, nämlich die wachsende Unterstützung der vornehmlich in Oberschlesien befindlichen schwerindustriellen Interessen auf Kosten der in Niederschlesien wichtigeren verarbeitenden Industrie und des Handels übersehen. Ganz im Bann dieser Gedankenrichtung zittert der Artikel Wendungen von der „Not des eigentlichen Schlesiens (der jetzigen Provinz Niederschlesiens) ohne Kritik daran, eine aus nativer niederschlesischer Betrachtungsweise heraus entwickelte These, die Oberschlesien nicht dem „eigentlichen“ Schlesien zurechnen will und deren tatsächliche Geltung in der Politik des Vorkriegsdeutschland in Oberschlesien sehr stark zur Entfremdung von Breslau mit ihren jetzt offenbaren politischen Folgen beigetragen hat. Auf der anderen Seite wird der Zusammenhang zwischen dem Niedergang des schlesischen Handels, der Zerreibung der bürgerlichen Mittelparteien, deren Hochburg früher der Regierungsbezirk Liegnitz war und der Abschwächung der Beachtung niederschlesischer Wirtschaftsinteressen nicht deutlich erkannt; ebenso wenig der Punkt, in dem vermeintliche Interessen des politisch umkämpften, sprachlich gemischten und mit Recht im Mittelpunkt des schlesischen Wiederaufbaugesandens stehenden ober-schlesischen Industriegebiets, tatsächlich zu Unrecht berücksichtigt werden, weil infolge der Rückständigkeit der dortigen Arbeiterschaft und der Lähmung der wirtschaftlichen Kräfte Niederschlesiens das schwerindustrielle Unternehmertum Oberschlesiens eine durch Gegenkräfte kaum gehemmte Bedeutung für die Beeinflussung wirtschaftlicher Regierungsmaßnahmen errungen hat.

Daß der Beobachter der „Frankfurter Zeitung“ sich nicht für Anwendung von Palliativmitteln für die Behebung der schlesischen Nöte ausspricht, sondern in Handelsverträgen, besseren Wasserwegen, einer verständnisvolleren Politik der Reichsbahngesellschaft und vor allem in der Siedlung die wichtigsten im Interesse Schlesiens zu lösenden Aufgaben sieht, zeugt von einer erfreulichen Unbefangenheit und Großzügigkeit des Urteils. Die „Frankfurter Zeitung“ hat schon früher wiederholt auf die Verhältnisse hingewiesen, die durch Verhastung der großen Stunde der Siedlung für den Osten entstanden sind und findet offenbar ihre damalige Beurteilung durch die Eindrücke in einer in erster Linie für die Siedlung in Frage kommenden Provinz bestätigt. Nicht nur die Geringsfügigkeit und die Niederschlesien benachteiligende Vergabung der Mittel, sondern auch die unerträgliche Häufung und sinnlose Verteilung der Zuständigkeiten zwischen mannigfachen Behörden und der bürokratische Gang der Verwaltungsarbeit erschwert ein Vorwärtkommen ungeheuer. Die Organisation der Verwaltung auf diesem Gebiete ist alles andere, als geeignet, die heftigen Widerstände, die sich gegen die Förderung der Siedlung im Osten geltend machen, zweckmäßig und schnell zu überwinden. Dabei kann die Notlage von Handel, Handwerk und Gewerbe in den mittelschlesischen, teilweise auch niederschlesischen Nordkreisen, die zu einem von der „Frankfurter Zeitung“ richtig charakterisierten förmlichen Siedlungsjahr, ja, zum Absterben kleinerer Städte vor allem in diesen Bezirken führt, nur durch zwei Mittel überwunden werden, die den gerade hier vorliegenden und mit Vorliebe als Sprecher dieser Nöte auftretenden Deutschnationalen unympathisch sind: stärkere Förderung der Siedlung und Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Polen. Nur die Schaffung und Vermehrung kaufkräftiger Landbevölkerung und die Hebung des Absatzes der Grenzgebiete

aus nach Polen herein, vermag den Städten der schlesischen Nordgrenze wieder eine wirklich solide und dauernde Grundlage ihrer Existenz zu geben. Wie weit diese Gedanken-gänge sich in Folge der Bemühungen zahlreicher nieder-schlesischer Stellen in Berlin nunmehr durchgesetzt haben, wird man — nach den bisherigen Erfahrungen ohne allzu großen Optimismus — aus der Verteilung der für die Siedlung in Aussicht genommenen Reichsmittel von je 50 Millionen Mark für 5 Jahre auf die einzelnen Landes-teile ansehen.

Die politischen Betrachtungen der „Frankfurter Zeitung“ über Schlesien, denen vornehmlich der Schluss-artikel gewidmet ist, betonen mit Recht die Tatsache, daß der neue Staat sich auch in Schlesien allmählich durchsetzt; sie enthalten einen unverkennbaren pessimistischen Unterton, der sich aus der dem Verfasser nachliegenden Vergleichung der politischen Stimmung südwestdeutscher Landesteile mit einem Gebiete des Ostens leicht ergibt. Physiologische und stimmungsmäßige Grundlagen für den neuen Staat, die der Westen und Süden Deutschlands mitbrachte, mußte man im Osten noch zu schaffen beginnen; daher bildet der Westen und Süden das Reservoir demokratisch gerichteter Staats-männer im Reich und Preußen und ist die Sellenheit der aus dem Osten stammenden führenden Politiker mit ihren bellageneren Folgen für die Beurteilung östlicher Ver-hältnisse in Berlin heute noch historisch bedingt und so wenig vermeidbar, daß gerade der Liberalismus seine Ver-waltungsbeamten zu einem nicht unerheblichen Teil aus West- und Süddeutschland nach Schlesien zu importieren genötigt ist.

Es liegt in der Natur der Sache, daß manche rein politischen Betrachtungen des Frankfurter Blattes stärker ansprechbar sind, als die wirtschaftlichen und wirtschafts-politischen Darlegungen. Dies gilt vor allem für die Beurteilung der politischen Probleme Oberschlesiens, die allzu negativ aus einem gewissen Gegenlag gegen die Zentrums-politik geschäftet und deren historische Voraussetzungen und positive Bedeutung zu wenig gewürdigt werden. Das gilt ebenso für die Beurteilung der Personalpolitik, in der aus Vorgängen aus dem Jahre 1910 (!) unberechtigte Folgerungen für angebliche Verkennung ihrer Wichtigkeit durch die Sozialdemokratische und Demokratische Partei gezogen werden. Das gilt schließlich für die Behauptung, daß sich gerade bei der schlesischen Sozialdemokratie eine Radikali-sierung vollziehe, die aus der durch den Zollkrieg mit Polen verschärften wirtschaftlichen Not erklärt wird. Man muß sich dafür hüten, aus offensichtlichen Breslauer Erscheinungen der letzten Zeit Schlüsse auf die ganze Provinz zu ziehen, in der z. B. in dem am weitesten nach Osten der Sozialdemokratie, in Waldenburg, eine deutliche Rückentwicklung von radikaleren zu gemäßigteren Auffassungen zu erkennen ist. Auch kann eine solche Bewegung nur im Verhältnis zu der Auffassung der deutschen Gesamt-partei beurteilt werden, in der eine stärkere Neigung zum Radikalismus im Laufe der letzten Jahre unverkennbar ist.

Die kritische Durchleuchtung von Einzelheiten vermag indessen die Berechtigung zahlreicher anderer politischer Urteile über die Reichswehr, die Universalität, die politischen Verbände und die Parteienentwicklung nicht zu beeinträchtigen, wie es überhaupt für die schlesische Politik der Sozialdemo-kratie stets fruchtbar sein wird, durch leider zu selten von außen kommende Urteile über schlesische Verhältnisse die Richtung ihrer Tätigkeit bestätigt oder kritisiert zu sehen. Daneben aber bleibt die Hauptbedeutung und der Hauptwert dieser Reiseberichtigungen, daß sie gesamt-schlesischen Wünschen und Klagen in einer führenden Zeitung Klagen und klaren Ausdruck verliehen haben. Daß die Ent-müthigung und Erbitterung über die Vernachlässigung Schlesiens vom Arbeitsbeschaffungsprogramm bis zur Kulturpflege einen Widerhall in einflussreicheren Kreisen findet, schon das ist unter den heutigen Umständen als politischer Gewinn für Schlesien zu buchen.

Zum deutsch-polnischen Zollkrieg

Politische Aeußerungen des polnischen Außenministers haben in den letzten Tagen die polnische Auseinandersetzung mit Rußland und die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland in der Öffentlichkeit von polnischen Standpunkt aus beleuchtet. Minister Jelecki betonte dabei nach Osten hin, als Antwort auf das russisch-litauische Bündnis, daß der Besitz Wilnas für Polen eine völkerrechtlich entschiedene Sache sei. In der deutschen öffentlichen Meinung glaubt er, eine er-neuliche Verstärkung sachlicher Gesichtspunkte in der Behandlung der schwebenden Streitfragen mit Polen feststellen zu können; doch fragt er noch besonders über Mißverständnisse des polnischen Rechtsstandpunktes in der Chorow-Frage, in der er direkte Verhandlungen für möglich und nötig hält. Die deutsch-französische Annäherung hält der Außenminister im Gegenlag zu einem Teil der polnischen Presse für kein

Moment, das Polen irgendwo beunruhigen könnte, wobei er sich auf Aeußerungen maßgebender französischer Staatsmänner beruft. Offenbar wird damit auf gewisse, bereits von uns vergessene amtliche Parlier Bemühungen angepielt, die die deutsche Außenpolitik zu einer Verständigung mit Polen als Voraussetzung eines endgültigen deutsch-französischen Ausgleichs mahnen.

Bedenkliche Hege gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag leistete sich in einem Vortrag am Freitag der volksparteiell Abgeordnete Herr v. Rheinbaben, der wieder einmal die alten längst auch von bürgerlichen Nationalökonomien und schlesischen Unternehmern widerlegten Redensarten wiederholte, daß Polen den Vertrag dringend nötig habe, Deutschland nicht, daß die Handelsvertragsverhandlungen daher gegen Polen als Druckmittel in allen möglichen anderen politischen Fragen gebraucht werden könnten. Herr v. Rhein-baden sollte sich einmal bei den maßgebenden Wirt-schaftsvertretern seines Wahlkreises Breslau darüber erkundigen, welcher wirtschaftliche Schaden dem deutschen Schlesien durch die Verzögerung des Handelsvertragsabschlusses bereits entstand und er sollte sich weiterhin einmal bei den be-rufenen Vertretern des Deutschtums in Polen erkun-digen, wer dort den Hauptschaden vom Zollkrieg hat. Er ist über seinen Reizen nach dem Westen offenbar sehr sach-unkundig in unseren schlesischen Fragen ge-worden. Seine vorgefaßte politische Meinung, daß die Ver-ständigung im Westen Deutschland zu härterem Vorgehen im Osten Raum gebe, scheint uns übrigens auch wenig geeignet, um die auch von ihm doch so sehr gewünschte deutsch-französi-sche Verständigung zu fördern.

Von den kleineren Arbeiterparteien in Polen.

In der am 3. Oktober stattgefundenen Parteivorstands-sitzung der deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens wurde eine Resolution beschlossen, in der gegen die politischen Verfolgungen und Einkerkelungen der schärfste Protest erhoben wird. Es wird darauf hingewiesen, daß ungefähr 6000 politische Gefangene, deren „Verbrechen“ in der Propagierung der Ideen der kämpfenden Arbeiterklasse und der Kleinbauern-schaft besteht, unter den gesundheitswidrigen Bedingungen der polnischen Gefängnisse den größten Gefahren ausgesetzt sind. Es wird daher gefordert: 1. Eine allgemeine Amnestie für die politischen Häftlinge. 2. Freiheit für alle politischen Parteien. Ein Zusammengehen mit einem von den Kommunisten gegründeten interparteilichen Komitee wird abgelehnt, weil „1. dieses Komitee mit Rücksicht auf seine Zusammensetzung einen einseitigen Charakter trägt und weil 2. die bisherige Praxis bewiesen hat, daß das gemeinsame Vorgehen mit den Kommu-nisten nicht möglich ist, weil sie die Selbstständigkeit anderer Parteien negieren und jede Fiktion zu ihrer Propaganda und zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung ausnützen.“

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozial-istischen Partei Polens verstand ein Zirkularschreiben vom 28. September, in dem eine ganze Reihe von Verfolgungen mit-geleitet werden, denen die Organisationen dieser Partei und speziell ihr Parteivorstand „Sozialista“ ausgesetzt sind. Viele Genossen der USP werden vor Gericht gestellt. Genosse Dr. Drobner wurde kürzlich zu zwei Monaten Gefängnis wegen einer Rede im November 1925 verurteilt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Parlamentarismus in Polen keine Konstitutionspartei mehr. Eine siebenköpfige und sofort in Kraft ge-setzte Verordnung verbietet den polnischen Abgeordneten und Senatoren, Mitglieder von Verwaltungsräten, Aufsicht- oder Revisionsräten von Aktiengesellschaften zu sein, gleich-gültig, ob an den Aktiengesellschaften der Staat mit Kapital beteiligt ist oder nicht. Die Berufung von Mitgliedern der Volks-vertretung in solche Stellen ist von vornherein un-gültig. Abgeordnete und Senatoren, die binnen 14 Tagen nach Inkraft-treten dieser Verordnung auf die angeführten Stellen in Aktiengesellschaften nicht verzichtet haben, gehen ihrer Mandate als Volksvertreter verlustig.

Ein Siebzehnjähriger in Bulgarien zu Tode geprügelt. Die bulgarischen Zeitungen berichten wieder über einen Mord, dessen Opfer ein siebzehnjähriger, kommunistischer Gym-nasialist, Dimitr Jankow Totow wurde. Er war bei der vor-einiger Zeit vorgenommenen Massenverhaftung von Jugendlichen verhaftet und nach dem Gefängnis von Plewna gebracht worden. Vor einigen Tagen wurde er bei einem Verhör von den Gerichten bestialisch geschlagen. Er lagte in das städtische Krankenhaus übergeführt werden, wo er nach entsetzlichen Qualen binnen drei Tagen starb. Der Spitalarzt Dr. Kojkow stellte auf Verlangen der Eltern einen Befund über die Todesursache aus, in dem es hieß, daß Totow an den Folgen einer tödlichen Mißhandlung gestorben sei. Der Befund wurde dem Staatsanwalt von Plewna übermittelt, aber er lehnte es ab, einen Strafantrag zu stellen.

Ein Somogni-Heim in Budapest. Ende September wurde in Budapest ein neues Arbeiterheim eingeweiht, das den Namen des großen Märtyrers des ungarischen Sozialismus, des von Hoch-gelehrten ermordeten Genossen Somogni, trägt. Das Heim be-findet sich in Dien in einer Fabrikgegend, die hauptsächlich von Arbeitern bewohnt wird. Das Arbeiterheim ist ein großes im-porantes Gebäude und enthält einen Festsaal, der ungefähr 2000 Personen Platz bietet. In der Eröffnungsfeier des neuen Ar-beiterheims, zu dessen Bau die Wiener Arbeiter mit größter Be-gierlichkeit und Opferwilligkeit beigetragen haben, nahmen gegen 10 000 Arbeiter teil.

Die Zersplitterung der englischen Liberalen. Das liberale Parlamentsmitglied Kennworthy hat beschlossen, eine „Fortschrittspartei“ zu gründen. Er erklärte, er werde mit der Arbeiterpartei zusammenwirken.

Vor dem Ende des Nationalkrieges in Syrien? Wie amtlich aus Syrien gemeldet wird, hat sich ein Verwandter des Führers der Araber, des Sultans Abdallah, den Franzosen unter-worfen. Der neue französische Kommandant Ponsot hält das für ein günstiges Vorzeichen für die baldige, endgültige Unterwerfung der Drusen, da damit die Machtmittel des Sultans stark zurückgegangen seien.

Meldungen aus China zufolge ist über die unmittelbare Umgebung von Schanghai das Kriegsrecht verhängt worden. Die Lage der Stadt ist nach den Berichten der „Times“ abhängig von der Haltung untergeordneter Truppenführer und Provinzmachtgeber, die schwankend ist.

„Demolierung der Reichswehr?“

Die bürgerliche Presse zu Löbes Vorschlag.

In der demokratischen „Post“ 31a“ schreibt ihr Redakteur F. W. v. Dörken, ein ehemaliger Gardeoffizier, zu Löbes Reichswehr-Artikel:

„Diese in sehr ruhiger Form gemachten rein sachlichen Vor-schläge erregen nun die heftigste Wut der Reichswehr. „Soll die Reichswehr politisiert werden?“ fragt die „Kreuzzeitung“, und die „Deutsche Tageszeitung“ spricht sogar von der „Demo-lierung der Reichswehr“. Diese Erregung wäre unvor-ständlich, wenn nicht allzu bekannt wäre, daß die Reichswehr noch jedesmal, wenn ein Republikaner sich sachlich mit der Reichs-wehr beschäftigt hat, in wahrer Entrüstung geraten sind, weil sie befürchten, daß bei solcher Gelegenheit der alleinige Einfluß der Reichsparteien auf die Reichswehr „demoliert“ werden könnte. Sachlich können die Hüter der „Reichswehr“ gegen Löbes Vorschlag nichts vorbringen. Das System der Erlaßanwerbung bei unserer Reichswehr ist nämlich für ein Heer, das sich durch Werbung ergänzt, durchaus nicht üblich. Sowohl in England wie in Amerika findet eine öffentliche Werbung statt, die unseres Wissens bisher in beiden Ländern zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben hat. Unser System der Anwerbung ist nichts anderes, als das auf den gesamten Erwerb ausgebreitete frühere Recht der Kompagniehege, bei ihrer Kompagnie außer den sogenannten „Gezogenen“ auch Freiwillige einzustellen. Dabei hat man aber annehmend vergessen, daß es sich bei den „Freiwilligen“ der alten Armee um Dienstpflichtige handelte, die lediglich den Wunsch hatten, ihren Militärdienst bei einem bestimmten Truppenteil zu leisten, während heute die Verhältnisse doch ganz anders liegen. Man würde also mit einer Änderung des Anwerbungs-systems den Kompagniehegen keine alten Rechte fortnehmen, denn das Recht, ihren gesamten Erwerb sich selbst auszusuchen, haben sie niemals gehabt — Ausnahmen bildeten nur einige bevorzugte Kavallerie-Regimenter, die fast nur aus Freiwilligen bestanden. Im übrigen aber wäre die Entrüstung der Reichswehr doch nur dann gerechtfertigt — wenigstens von ihrem Stand-punkt aus — wenn die vorgeschlagenen Rekrutierungszentralen militärisch unbrauchbaren Erwerb annehmen würden. Aber man kann ja ruhig bei der großen Möglichkeit der Auswahl die körper-lichen Anforderungen sehr viel höher verlangen, als sie jetzt sind. Wer nämlich einmal Gelegenheit gehabt hat, Reichswehr-formationen der verschiedenen Divisionen, z. B. auf dem Marsch, zu sehen, dem muß es auffallen, daß keineswegs nur ausgelassenes Menschenmaterial in der Reichswehr ist. Man sagt, daß von zehn sich meldenden Leuten höchstens drei bis vier angenommen werden können. Bei den von Löbe vorgeschlagenen Rekrutierungszentralen, bei denen allerdings nicht das Führungsvermögen eines „vaterländischen Verbandes“ würde vorgeleitet werden müssen, wird sicherlich der Anhang noch stärker sein, und die be-unruhigten Herren von rechts werden erleben, daß das Menschen-material erheblich besser werden wird, als es jetzt ist.“

Daneben werden die militärischen Einwände gegen die Demokratisierung der Reichswehr sachlich kaum durch-geleitet werden können!

Löbe und Wirth bei einer Reichsbannerkundgebung. Am Sonnabend und Sonntag hatten sich tausende von Reichsbanner-leuten zu einer machtvollen Kundgebung in Marburg versammelt. Die Stadt hatte es abgelehnt, aus diesem Anlaß die schwarz-rot-goldenen Farben zu zeigen. Nur das Landratsamt hatte schwarz-rot-gold geschickt. Reichstagspräsident Genosse Löbe hatte die Fest-rede übernommen. Der Redner wandte sich insbesondere an die Studentenchaft und schloß mit dem Gostischen Ruf: „Ge-büdet, werdet Volk“. Auch der frühere Reichstagsler Dr. Wirth nahm das Wort zu einer großartigen Programmrede.

Löbe und Wirth bei einer Reichsbannerkundgebung. Am Sonnabend und Sonntag hatten sich tausende von Reichsbanner-leuten zu einer machtvollen Kundgebung in Marburg versammelt. Die Stadt hatte es abgelehnt, aus diesem Anlaß die schwarz-rot-goldenen Farben zu zeigen. Nur das Landratsamt hatte schwarz-rot-gold geschickt. Reichstagspräsident Genosse Löbe hatte die Fest-rede übernommen. Der Redner wandte sich insbesondere an die Studentenchaft und schloß mit dem Gostischen Ruf: „Ge-büdet, werdet Volk“. Auch der frühere Reichstagsler Dr. Wirth nahm das Wort zu einer großartigen Programmrede.

Jimmie Higgins.

(Roman von Upton Sinclair.)

Autorisierte Uebersetzung von Hermann zur Mühlen.

81] (Kochrad verboten.)

„Du bist die Revolution! Du bist die um ihr Leben ringende soziale Gerechtigkeit der Welt. Du bist die Menschheit, deren Anteil dem Licht zugewandt ist, die über das alte Entsetzen hinweg nach dem neuen Ziel strebt. Du bist Jesus am Kreuz; wenn du verhaftet, führt die Welt in die Nacht zurück, vielleicht für ewige Zeiten. Du mußt ausharren! Du mußt das ertragen! Und dieses und jenes! Du mußt alles ertragen, immer, solange es not tut! Du darfst nicht nachgeben!“

Connor kam mit Wasserkrügen und einem Schlauch zurück. Jimmie wurde losgebunden — oh, köstlicher Augenblick der Er-leichterung für seine Daumen! — und, die geschwollenen, schmerzenden Hände nach immer auf dem Rücken gefesselt, auf den Boden gelegt. Er setzte sich ihm auf die Füße, Connor auf die Brust, Perkins stieß ihm den Schlauch in den Mund und be-gann Wasser hineinzugießen.

Natürlich mußte Jimmie schlucken, um nicht zu sterben; bald war er mit Wasser angefüllt und nan erzt Jimmie Qualen, wie er sie noch nie empfunden hatte. Sie glühten den Schmerzen nach der Operation, waren aber noch viel ärger. Er jähwoll an wie ein Ballon, sein Bauch drohte zu bersten, sein ganzer Leib war ein einziger Schmerz. Bismellen legte sich ihm Connor fester auf den Bauch, damit das Wasser sich verteile. Jimmie vermachte nicht zu schreien, sein Gesicht farbte sich blau, die Adern an den Schläfen und im Nacken sprangen hervor, er röchelte nach Luft, und aber Tausende von Menschen schienen ihn zu durchhören.

Jimmie hatte oft mit internationalistischen Freunden von der „Wasserkur“, dieser in kleinen Städten und Dörfern bei der Polizei beliebtesten Methode, gesprochen; sie ist einfach, billig und zunicht, läßt am Körper des Opfers keine Wunden und Narben zurück, die es bei Gericht vorweisen könnte, verhilft ihm den Mund, so daß keine Schreie aus dem Jellenschnitter dringen — die Polizei braucht also bloß die Ausposten des Gefangenen aus-zuleeren. Der wilde Bill hatte diese Wasserkur einmal, der Erb-berer Connor sollte eine Rolle durchgemacht. Doch als, dachte Jimmie,

es kann nicht ganz so gewesen sein wie bei mir — solche Qualen hat noch kein Sterblicher erduldet! Der arme Jimmie war in der Geschichte recht unbewandert, er wußte nicht, daß es keine Qualen gibt, die Menschen nicht von anderen Menschen hätten erdulden müssen — werden erdulden müssen, so lange im Gesetz das Wort „privilegiert“ vermerkt steht, und die Privilegierten das Gesetz zu unheiligen Werken erniedrigen können.

In Jimmie Higgins Seele tobte weiter der uralte, ewige Kampf. Er war ein arbeitsiger, kleiner, sozialistischer Maschinen- mit höchsten Zähnen und knöcheligen Händen, ihm waren er-habene, begeisterte Taten verwehrt, ja selbst alle Würde mangelte ihm — doch ist es schwer, Würde zu bewahren, wenn man am Boden liegt, zahllose Liter Wasser im Bauch, einen Mann auf den Füßen, einen auf dem Leib sitzen hat, während ein dritter durch den Schlauch noch mehr Wasser gießt. Jimmie ver-mochte bloß in seiner Seele den furchtbaren Kampf zu bestehen, sich nicht beugen zu lassen. „Heben Sie ein Knie, wenn Sie ge-sehen wollen“, sagte Perkins, und von Zeit zu Zeit erhob sich Erada, um Jimmie dies zu ermöglichen — doch hieß Jimmie sein Knie nicht.

Sanz in den Anrufen von Jimmies gefolterter Seele er-zeichnete sich etwas Selbstames. Gebunden, hilflos, verzweifelt, in Schmerzen kämpfend, schrie Jimmie morlos nach Hilfe — und sie wurde ihm. Es kam jene Hilfe, die Kerkerbauern durch-bringt, der Kerkermeister und Henter spottend, die Macht, die Eisenbarren und die Barren der Angst zertrümmert!

„Gewaltige Bundesgenossen sind dein, Erada, Qualen sind dir Freunde, Und Liebe und der unbezwingliche Geist.“

Ja Jimmie Higgins Seele tönte die Stimme auf, die alle Drohungen und Befehle der Tyrannen überdauert, und sprach: „Ich bin ein Krieger, ich bin Sieger. Ich bezwinde das Fleisch, überwinde den Körper, erhebe mich über ihn. Ich tröste der Vorhölle den Kerker des Leibes, seiner Kerkerzelle. Ich bin die Wahrheit, und die Welt wird meine Stimme hören. Ich bin die Gerechtigkeit und werde in der Welt herrschen. Ich bin die Freiheit und bringe alle Gehele, lasse aller Ver-bote, ich triumphiere, ich verkünde die Befreiung!“ Und weil durch alle Zeiten und in allen Ländern diese heilige Gewalt in den Menschenherzen gewohnt, weil die menschliche Stimme in ihnen getönt hat, ist die Menschheit aus Nacht und Barbarei vor-gebrungen, hat im Traum die Vision einer freien, glücklichen Welt gesehen.

Jimmie lag da, seine Schmerzen in Ekstase wandelnd, in eine schwindelnde, gefährliche Verzückung, die an der Grenze des Wah-nsinns steht. Perkins erhob sich, schüttelte den Kopf. „Teufel, was steht in dem Höllethund?“ Er verließ Jimmie einen Stoß in die Rippen; Jimmies Seele flatterte auf und fuhr durch Ewig-keiten der Pein. „Bei Gott, ich werde Sie zum Reden bringen!“ Er fleuchte die Zähne und gab Jimmie Fußtritte mit den schweren Stiefeln — bis Connor ihn darauf aufmerksam machte, dies sei unmoralisch — es lasse Spuren zurück.

„Wichtig!“ sagte der Feldwebel: „Warten Sie.“ Er verließ die Zelle und begab sich in das Zimmer, wo Gannett auf und ab schritt.

„Deutlich“, erklärte er, „ich fürchte, wir brauchen Zeit für diesen Kerl; er ist unglücklich hartnäckig.“

„Will er nicht gestehen?“

„Ich habe, trotzdem ich alle Mittel anwandte, kein Wort aus ihm herausgebracht. Ich wollte Sie fragen — sind Sie au-“ ge-wiß, daß er etwas weiß?“

„Vollkommen“, erwiderte Gannett, „er hat Flugblätter ver-teilt, die er unmöglich selbst gedruckt haben kann. Er hat mich bestimmt belogen.“

„Er ist Sozialist, nicht wahr?“ fragte der Feldwebel. „Sie würden gar nicht glauben, was diese Kerle aushalten können. Ich werde mich weiter mit ihm abgeben und Ihnen berichten, so-bald wir Erfolg haben, doch fürchte ich, es hat wenig Sinn für Sie, hier zu warten.“ Der Offizier verließ das Gefängnis und Perkins lehnte in das Wasser zurück und befahl, Jimmie solle alle zwei Stunden mit Wasser angefüllt werden, vorher aber jedesmal befragt werden, ob er reden wolle. Jimmie lag ganz allein am Boden, wimmerte und weinte, biswelen von gewaltiger Ekstase durch-rißt, die nicht anhielt, sondern stets durch Willenskraft erneut werden muß, wie ein müdes Pferd mit Sporen und Peitsche an-getrieben wird. Diese Schlacht konnte niemals mit einem völligen Sieg enden. Wie kann der Körper völlig vergessen, wie können seine schmerzenden Bedürfnisse gänzlich ungedrückt werden? Gott selbst naht dem Gefangenen, doch folgt ihm auf dem Fuße der Zweifel. Wozu dies furchtbare Opfer? Was wird es nützen, wer wird davon erfahren, wenn liegt etwas daran? So spricht Satan in der Seele, so wachert der ewige Zweikampf an, zwischen dem neuen Traum des Menschen und den alten Dingen, die er selbst zum Gesetz erhoben hat.

(Fortsetzung folgt.)

Mittelparteiliche Ministerreden.

Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold nahm auf einer im Sonnabend abgeschlossenen Tagung der Demokratischen Fraktion des Reichstages und der Länderparlamente Gelegenheit, auf seine Finanzpolitik einzugehen. Er bezeichnete die Lage der deutschen Finanzen als „äußerst ernst und angespannt“. Sein Ziel sei es immer, „hart an der Grenze des Defizits hinzuwirken“, da die Ansammlung von Steuergeldern in den beiden letzten Jahren (Zehnjahreszeit) eine Leistungsfähigkeit Deutschlands vorzuziehen und Reichsinteressen im In- und Auslande beeinträchtigt habe.

Bezüglich des Finanzausgleichs bemerkte der Minister, daß einer gründlichen Regelung eine Verwaltungsreform vorhergehen müsse. Sie sei aber durch Verfassungsprobleme behindert. Es gelte trotzdem, die Vereinheitlichung im Interesse einer wirklichen deutschen Verwaltungsreform vorzubereiten. Den Ländern und Gemeinden verfuhrte der Minister den Finanzausgleich dadurch schmackhafter zu machen, daß er eine finanzielle Entlastung der Länder und Gemeinden hinsichtlich der Erwerbslosenfürsorge durch das Versicherungsgesetz in Aussicht stellte, mit dem er ab 1. April 1927 rechnet. Im übrigen sagt Dr. Reinhold, daß dem endgültigen Finanzausgleich eine Übergangszeit (Provisorium) von ungefähr einem Jahr vorausgehen muß. Bezüglich der Erwerbslosenfürsorge stellte der Minister den Grundgedanken auf, Steuermittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht zu verwenden. Für die Arbeitsbeschaffung sollen hohe Beträge aus Anleihen bereitgestellt werden, die vor allen Dingen der Schlüsselindustrie zugute kommen müßten.

Der Minister beschäftigte sich weiter mit dem Zusammenhange aus den einzelnen Steuern. Er wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß sich die Erträge aus den Zöllen steigern, während die Erträge aus anderen Steuern, zum Beispiel Vermögens- und Gewerbesteuer, zurückgehen. Insbesondere steht er in der Gewerbesteuer noch eine wichtige Steuerreform. Der überhöhten Belastung des Verbrauchers will der Minister nur (!) durch eine Verminderung der Zehnersteuer und eine Erhöhung der Branntweinsteuer (Monopolabgabe) entgegenwirken.

Der Reichsinnenminister Dr. Kulla nahm ebenfalls auf der demokratischen Tagung das Wort und erklärte u. a.: „Für ein Reichsministerium, das irgendwelche verfassungsändernde Maßnahmen im Reichstag keine Zweckmäßigkeit findet. Es kann sich deshalb nur um eine Grundgesetzgebung handeln. Die Aufgabe des Gesetzes kann nur sein, die Interessen des Staates zu sichern und die Schule von den Einflüssen frei zu halten, die nicht hineingehören. Die Staatlichkeit der Schulaufsicht darf niemals beeinträchtigt werden. Im übrigen sei das Reichsschulgesetz im allgemeinen fertig und werde nach einer Besprechung mit den Parteiführern dem Reichstag zur Verabschiedung vorgelegt werden.“

Als erster europäischer Staat habe Deutschland jetzt das Reichsschulgesetz vorbereitet. Das Gesetz zum Schutze der Jugend gegen Schmutz und Schund hat in der Öffentlichkeit eine große Erörterung hervorgerufen. Das Gesetz soll die Grundlage geben, auf legale Weise gegen Schund und Schmutz vorzugehen. Dieser Sinn (!) des Gesetzes ist in der Öffentlichkeit bisher noch nicht genügend worden. (!) Jede Begriffsbestimmung ist bewußt aus dem Gesetz herausgelassen worden. Es ist auch für die Entscheidung darüber, was als Schund und Schmutz anzusehen ist, ein Inkongruenzweg eingeschlagen worden, um die Rechtssicherheit zu erhöhen. So gibt es zwar Landesprüfstellen, aber über (!) diesen Stellen steht die Reichsprüfstelle. (Weiter ist diese Darstellung in der Reihenfolge: nach dem ganz und demokratischen Gesichtswort kann jede Landesprüfstelle Vertreter für das ganze Reich ernennen. Red.)

Die Verwaltungsreform einschließlich des Finanzausgleichs ist das Zentralproblem der kommunalen Staatsentwicklung. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, daß auf dem Gebiet der Verwaltung Länder und Länder vielfach gegeneinander arbeiten. Viel leicht läßt sich aber schon durch einen Ausschuss von drei Kabinettsmitgliedern vieles auf diesem Gebiete schaffen. Geradezu allgegenwärtig ist dieses Problem neuerdings in Frankreich durch das Kabinett Poincaré gelöst worden (?). Das allerwichtigste Problem ist aber, das öffentliche Leben des deutschen Volkes mit den denkbar größten Rechtsgarantien auszugestalten. Hier fehlt es in Deutschland vor allem auf dem Gebiete des Verwaltungsrechts. So werden auf dem Gebiete des Vereins- und politischen Rechts in den einzelnen Ländern oft die verschiedensten Entscheidungen gefällt. D diesem Uebelstand soll durch die Schaffung des Reichsverwaltungsgerichts abgeholfen werden. Das Gesetz darüber ist fertiggestellt und wird bald verabschiedet werden. Bisher hat auch eine Stelle gefehlt, die darüber entscheidet, ob ein Gesetz verfassungsändernd ist oder nicht. Diese Lücke soll durch das in Vorbereitung befindliche Gesetz zur Nachprüfung der Gesetze in der Öffentlichkeit von Verfassungsänderungen ausgefüllt werden. In Vorbereitung sind weiter das Gesetz zur Wahrung der Rechtseinheit und das Gesetz zur Sammlung und Vereinheitlichung des Reichsrechts. Von großer Bedeutung ist auch das vorliegende Pressegesetz, dessen Zweck sein soll, Personen, die auf Grund ihrer Abwechslungslosigkeit immun sind, nicht als verantwortliche Redakteure zu lassen. Die Pressefreiheit wird durch das neue Gesetz keineswegs beeinträchtigt; es dient lediglich dem Schutz der anständigen Presse. Es liegt weiter vor ein Gesetz über die Herstellung, den Verkehr mit und die Anwendung von Schusswaffen. In dieser Frage ist die Landesgesetzgebung die verschiedensten Wege gegangen. Das Reichskabinett hat jetzt das neue Gesetz verabschiedet, das diese ganzen Dinge auf eine einheitliche Grundlage stellt.

Der Minister besprach bei dieser Gelegenheit auch das Problem der Reichsathletikvereine und erklärte, soweit es sich bei diesen Vereinen um eine Sportbewegung handle,



Eine Briefmarke des Völkerbundes

hat das Internationale Arbeitsamt herausgegeben. Die Marke trägt das Bild Friedrichs von Kautzen, der bekanntlich Leiter und Oberkommissar für die russische und armenische Flüchtlingsfürsorge ist. Der Erlös der Marken, die im Werte von fünf Franken herausgegeben werden, fließt in die Flüchtlingskasse und soll zur Linderung der durch die Not dieser Menschen dienen.

dürften sie nicht bekämpft werden. Eine Lösung lasse sich dahin finden, daß man den Besitz von Waffen konzentriert im Prozentfuß zur Mitgliederzahl der Vereine.

Auf dem Gebiete der beamtenpolitischen Gesetzgebung seien viele Vermächtigungen der Vergangenheit beizubehalten, unbedingt notwendig sei die Verabschiedung des Beamtenvertragsgesetzes, das der Beamtenschaft eine Mitwirkung zugesichere, wo ihre persönlichen Verhältnisse in der Disziplin in der Beamtenschaft untergraben würde, wenn dem Beamten dieses Recht zur Mitwirkung eingeräumt wird. Dieses Mitwirkungsrecht dürfe im Gegenteil die Arbeitsfreudigkeit des Beamten wesentlich steigern. Diese Arbeit gehe dahin, ein Beamtengesetz zu schaffen, das auch von den Ländern in seinen Grundzügen übernommen werden könne.

Oldenburg, 25. Oktober. (Eigener Funkenbericht.)

Die oldenburgische Zentrumspartei hielt am Sonntag ihren Parteitag ab. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der hier als Reichstagsabgeordneter gewählt ist, benutzte diese Gelegenheit zu bemerkenswerten Ausführungen über die deutsche Politik. Er vermisst zunächst darauf, daß die Deutschen national bis Locarno unter sorgfältigen Widerrufen mitgegangen seien, dann unter dem Druck der Parteioptionen aus der Regierung ausgetreten wären, um später im Arm mit den Kommunisten den Eintritt in den Völkerbund abzulehnen. Der Reichsarbeitsminister fuhr fort: „Jetzt erklären die Deutschen national wieder, daß sie sich auf den Boden der Tatsachen stellen und mit regieren wollen. Wir müssen aber eine größere Bereitwilligkeit der Verantwortung verlangen. Es geht nicht an, daß man in der Regierung nur auf der einen Seite aber die Verantwortung nicht übernehme. Wie unmöglich das Ansinnen der Deutschen national ist, wenn man sich ihr Verhalten auf die Wirtschaftspolitik überträgt. Wäre es denkbar, daß ein Unternehmen einen Teilhaber aufnimmt, der wohl am Gewinn beteiligt sein möchte, ein Risiko aber nicht tragen will? Dr. Brauns wiederholte dann das Bekenntnis des Zentrums zum republikanischen Staat. Wenn man jetzt, so fügte er hinzu, daß der letzte Kaiser noch jetzt wieder in einem Buch zwischen Zentrumskatholiken und kirchlichen Katholiken unterlasse und jene unnational nenne, dann könne das Zentrum sich freuen, nicht mehr von einem solchen System regiert zu werden.“

Aus dem Reiche.

Der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei soll vorbehaltlich der Zustimmung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in der Woche nach Ostern 1927 in Stuttgart stattfinden. Wie die „Voll. Ztg.“ hört, werden im Vordergrund der Erörterungen die Gedanken des Einheitsstaates und der dauerlichen Stabilität stehen.

Der Reichstagsausschuss für Beamtenangelegenheiten tritt am Sonnabend bei der Beratung der Reichsdienststrafordnung die im § 52 vorgesehene Neuerung, daß die Untersuchung nicht in allen Fällen erforderlich sei. Der Ausschuss ist der Ansicht, daß eine Untersuchung auf alle Fälle stattfinden muß, weil nicht der Öffnungsbehörde die Entscheidung darüber überlassen bleiben darf, ob der Sachverhalt genügend geklärt sei. Bei der Sicherung des Untersuchungsergebnisses, dem die §§ 56 bis 64 dienen, wurden die Fragen der Berechnung des Beschuldigten, der Beteiligung des Untertagevertreters des Rechts auf richterliches Gehör gegenüber dem Untersuchungsführer, der Vorschriften über die Aufnahme der Niederschrift usw. geprüft. Im Gegensatz zum geltenden Recht wurde im Interesse der Beweisführung die Unterzeichnung der Niederschrift auch durch die vernommenen Personen für notwendig erachtet.

Die Einweihung des Wiener Eberthofs.

Am Sonntag wurde in Wien der neue große Gebäudekomplex eingeweiht, der im Auftrage der Stadt errichtet wurde und der nach dem ersten Präsidenten der deutschen Republik, Eberth, genannt ist. In dem farbigen Gebäude übergibt ansehnlich ausgestatteten Gebäude erhalten 200 Familien helle luftige und nach allen Forderungen der Neuzeit versehene Wohnungen. In dem reizvollen Park, der den Gebäudekomplex umgibt, befindet sich gleichzeitig ein Kindergarten und ein Jugendhort der Stadt. Die Einweihung erfolgte in Anwesenheit des deutschen Gesandten Grafen Berchthold, durch den Wiener Bürgermeister, der erklärte, mit dem Namen „Eberthof“ habe man nicht nur Eberth selbst ehren, sondern auch zum Ausdruck bringen wollen, daß die Österreicher sich eins fühlen mit dem deutschen Volk und dem Reiche.

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

	am 23. Oktober.		am 23. Oktober.
1 Pfund Sterling	20,358	100 fr. Francs	12,66
1 Dollar	4,190	100 Sch. Kronen	12,432
100 holl. Gulden	167,91	100 Schweizer Francs	81,00
100 belg. Francs	11,65	100 Peletas	63,22
100 nord. Kronen	105,12	100 schwed. Kronen	112,18
100 Danzig. Gulden	81,42	100 000 ung. Kronen	5,88
100 Lire	18,28	100 öst. Schilling	59,26
100 span. Kronen	111,70	100 Zloty	46,43

Wasserstand

	25. Oktober.		25. Oktober.
Kasseler	4,56	Franke (Unter-Wege)	4,66
Kesseler (Stadt) v. 24. 10.	-0,53	Döberlitz	2,70
Reifenburg (Unter-Wege)	3,49	Abflusmenge (etw. 207 cbm)	
Reife (Mitteltanz)	4,16	Mitteltanz vom 24. 10.	1,24
Teich	2,06	Wasserwärme: + 6,5°	

Wenn die Bubifrisur nicht sitzen will,

gibt es gar keine andere Hilfe als eine sorgsame Kopfwäsche mit Pixavon. Die wöchentliche Haarwäsche mit Pixavon gibt dem Haar die lockere Fülle und die weiche Geschmeidigkeit, die den dauerhaften Sitz der anmutigen Bubifrisur ermöglicht.



Keine der gewöhnlichen flüssigen Teerseifen hat auch nur annähernd die Wirkungen von Pixavon. Bestehen Sie fest auf „Pixavon“ (nur in geschlossenen Originalflaschen), sowohl für die häusliche Haarwäsche, wie auch für die im Friseursalon.

Fordern Sie kostenlos von uns Abbildungen neuer Bubenkopfschnitte für Winter 1926. LINGNERWERKE Dresden

Aus aller Welt.

Berlins neue Untergrundbahn.

Am Sonntag morgen ist ein neues Stück der Berliner Hoch- und Untergrundbahn dem Betrieb übergeben worden. In sich handelt es sich nur um ein kurzes Verbindungsstück von 2,2 Kilometer, das vom oberen Bahnhofs des Bahnhofs Gleisdreieck zu einem neuen Untergrundbahnhof Rollendorfsplatz führt. Dieser bereits vor dem Kriege geplanten Verbindungsstrecke kommt jedoch eine außerordentliche Bedeutung zu. Durch sie wird eine neue direkte Verbindung vom Osten (Warschauer Straße) nach Schönberg und dem Kurfürstendamm geschaffen. Berlin besitzt damit drei große Schnellbahnstrecken: die alte Stammstrecke von Nordring über Alexanderplatz, Potsdamer Platz, Gleisdreieck (unterer Bahnhof) nach Wittenbergplatz und von da einerseits nach Charlottenburg (Wilhelmsplatz bzw. Reichstanzplatz), andererseits nach Wilmersdorf-Dahlem; ferner die Nord-Süd-Bahn vom äußersten Norden (Seestraße) über Friedrichstadt, Hallesches Tor nach Neukölln bzw. Kreuzberg und schließlich die durch die neue Verbindungsstrecke geschaffene Linie vom Osten (Warschauer Straße) über Hallesches Tor, Gleisdreieck (oberer Bahnhof), Rollendorfsplatz und von da einerseits nach Schönberg, andererseits nach Kurfürstendamm. Der neue Untergrundbahn-Hof Rollendorfsplatz ist eine Anlage ersten Ranges, sowohl vom technischen wie vom architektonischen Standpunkt aus. Bei der Einweihungsfeier der neuen Verbindungsstrecke kam zum ersten Male auch nach außen zum Ausdruck, daß nunmehr das gesamte Hoch- und Untergrundbahnen der Reichshauptstadt ebenso wie die Straßenbahn und die Automobilbusgesellschaft in kaiserlicher Verwaltung ist und ein einheitliches Verkehrsnetz bildet.

Religiöser Selbstmord.

Zu einem außergewöhnlichen Brand wurde in der Nacht zum Sonntag die Berliner Feuerwehr in die Wilhelmstraße in Lichterberg gerufen. Durch gelobte Hilferufe waren die Bewohner eines Hauses geweckt worden. Die beiden 7. und 9. Jahre alten Knaben des Ehepaars Eppert konnten von der in die Wohnung eindringenden Feuerwehr und Polizei mit knapper Not gerettet werden. Als die Feuerwehr mit Hacken in die Wohnung drang, bot sich ein furchtbares Bild. Auf einem Kohlenhaufen lag

in der Küche die fast völlig verkohlte Leiche der Frau des Steinsehers Eppert. Da zunächst ein Verbrechen vermutet wurde, alarmierte man die Mordkommission. Die Kriminalpolizei stellte jedoch sehr rasch fest, daß die 35jährige Frau Eppert, die seit einigen Monaten Zeichen eines religiösen Wahnsinns gezeigt und bereits einmal einen Selbstmordversuch durch Gas begangen hatte, selbst ihrem Leben ein Ziel gesetzt hatte. In Abwesenheit ihres Mannes hatte sie das Karbid der Fahrradlampe in den Kohlenhaufen geschüttet und Karbid und Kohle angezündet. Sie selbst setzte sich auf den Kasten, wurde wahrscheinlich durch die ausströmenden Gase rasch betäubt und ein Opfer der Flammen. Der Kopf und der Oberkörper waren bereits bis zur Unkenntlichkeit verkohlt.

Verbrennungstod eines Bekehrten durch Fahrlässigkeit.

Ein 15jähriger Lehrling versuchte am Sonnabend morgen in Berlin beim Anheizen des Ofens dem Feuer durch Aufgießen von Benzin nachzuhelfen. Kaum hatte er jedoch etwas Benzin in den Ofen gegossen, da schoß eine riesige Stichflamme heraus. Die Kamme explodierte, und der junge Mann stand, am ganzen Körper brennend, sofort in Flammen. Ehe noch Hilfe zur Stelle war, hatte er so schwere Brandwunden erlitten, daß er nach wenigen Minuten verstarb.

Berlin—Lotto 2. Klasse 800 Mark.

Am Freitag sind im Herrenhaus zu Berlin die Vertreter der Reichsbahn mit denen der polnischen, litauischen, lettischen, russischen, chinesischen und japanischen Eisenbahnen zur ersten großen Konferenz über die Wiederaufnahme des durchgehenden Verkehrs von Westeuropa nach dem fernem Osten zusammengetreten. Es scheint, als ob man sich in den Hauptfragen bereits einig sei. Das Ergebnis der Konferenz wird, kurz gefaßt, das sein, daß man in Paris und Berlin eine direkte Fahrkarte nach Tokio lösen und 16 bis 17 Tage fahren kann, ohne ein einziges Mal umsteigen zu müssen. Das (Mitteleuropäische Reisebüro) trägt das Seine dazu bei, die Reisen in Zukunft weiter zu vereinfachen. Man wird etwa drei Tage vor Antritt seiner Reise nur den Paß und ein halb Duzend Lichtbilder dorthin abzugeben brauchen, um pünktlich in den Besitz familiärer Fahrkarten und familiärer Visa zu gelangen. Der Preis für die Reise Berlin—Tokio, einschließlich zier 300 Mark Reiseversicherung, beträgt zur

zeit 800 Mark, wird voraussichtlich noch auf 600 Mark ermäßigt werden können. Bisher mußte man mindestens in Stalpa, in Mandchuria oder Vladimirost und in Korea, sowie bei der Landung in Japan umsteigen, was die Reise vor allen Dingen des Gepädes wegen außerordentlich komplizierte.

Schwere Schiffstataktrophe bei den Bermuda-Inseln.

Im Sturm über den Bermudaineln ist in den dortigen Gewässern die der englischen Kriegsmarine angehörende Schaluppe „Valeria“, die 1250 Tonnen Wasser verdrängte, gesunken. Dabei sollen 70 bis 80 Mann der Besatzung ums Leben gekommen sein.

Eine Erdbebenkatastrophe in Armenien.

hat nach den jetzt vorliegenden Meldungen vorläufig 300 Tote gefordert. Zwölf Ortschaften sollen völlig zerstört sein.

Britische Ausgrabungen in Konstantinopel.

Die türkische Regierung hat, wie aus Konstantinopel berichtet wird, der Verwaltung des britischen Museums die Erlaubnis erteilt, die Stätte des byzantinischen Hippodroms zu Stambul auszugraben. Durch diese Grabungen hofft man die „Spina“ zu finden, die Mauer, welche die Arena einschloß, in der die großen Wagenrennen zur Zeit der griechischen Kaiser stattfanden. Diese Mauer war nach den Berichten gleichzeitiger Schriftsteller mit den schönsten Bildwerken aus Ägypten, Griechenland und Rom geschmückt, und man hat also begründete Aussicht, kostbare Kunstwerke zu finden. Alle Funde bleiben türkisches Eigentum.

Schon 18 000 amerikanische Autos in diesem Jahre.

Eine besondere Veranlassung findet in diesen Tagen in Philadelphia statt, die Mittel und Wege ergründen will, um die schreckliche Totenliste der Automobilunfälle einzuschränken. Bis zum 1. Oktober sind in diesem Jahre bereits 18 000 Menschen durch Kraftwagen getötet und 350 000 bei falschen Umfällen verletzt worden. Im Jahre 1925 wurden 25 500 Personen durch Kraftwagen in den Vereinigten Staaten getötet. Das ist eine Menge von 17,2 auf 100 000 Einwohner. 1924 betrug es die Ziffer auf 16,7 1923 auf 14,2 auf 100 000.

Auch nach Polen herein, vermag den Städten der schlesischen Nordgrenze wieder eine wirklich solide und dauernde Grundlage ihrer Existenz zu geben. Wie weit diese Gedanken sich infolge der Bemühungen zahlreicher niederschlesischer Stellen in Berlin nunmehr durchgesetzt haben, wird man — nach den bisherigen Erfahrungen ohne allzu großen Optimismus — aus der Verteilung der für die Siebung in Aussicht genommenen Reichsmittel von je 50 Millionen Mark für 5 Jahre auf die einzelnen Landestelle ersehen.

Die politischen Betrachtungen der „Frankfurter Zeitung“ über Schlesien, denen vornehmlich der Schlussartikler gewidmet ist, betonen mit Recht die Tatsache, daß der neue Staat sich nicht in Schicksalen allmählich durchschlägt; sie enthalten einen unverkennbaren pessimistischen Unterton, der sich aus der dem Verfasser naheliegenden Vergleichen der politischen Stimmung südwestdeutscher Landestelle mit einem Gebiete des Ostens leicht ergibt. Psychologische und stimmungsmäßige Grundlagen für den neuen Staat, die der Westen und Süden Deutschlands mitbrachte, mußte man im Osten noch zu schaffen beginnen; daher bildet der Westen und Süden das Reservoir demokratisch gerichteter Staatsmänner im Reich und Preußen und ist die Seltenheit der aus dem Osten stammenden führenden Politiker mit ihren hellagewerten Folgen für die Beurteilung östlicher Verhältnisse in Berlin heute noch historisch bedingt und so wenig vermeidbar, daß gerade der Liberalismus seine Verwaltungsbeamten zu einem nicht unerheblichen Teil aus West- und Süddeutschland nach Schlesien zu importieren genötigt ist.

Es liegt in der Natur der Sache, daß manche rein politischen Betrachtungen des Frankfurter Blattes stärker ansehbar sind, als die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Darlegungen. Dies gilt vor allem für die Beurteilung der politischen Probleme Oberschlesiens, die allzu negativ aus einem gewissen Gegensatz gegen die Zentrums- politik geschildert und deren historische Voraussetzungen und positive Bedeutung zu wenig gewürdigt werden. Das gilt ebenso für die Beurteilung der Personalpolitik, in der aus Vorgängen aus dem Jahre 1919 (!) unberechtigte Folgerungen für angelegliche Verrechnung ihrer Wichtigkeit durch die Sozialdemokratische und Demokratische Partei gezogen werden. Das gilt schließlich für die Behauptung, daß sich gerade bei der schlesischen Sozialdemokratie eine Radikalisierung vollziehe, die aus der durch den Weltkrieg mit Polen verhängten wirtschaftlichen Not erklärt wird. Man muß sich davor hüten, aus offensichtlichen Breslauer Erscheinungen der letzten Zeit Schlüsse auf die ganze Provinz zu ziehen, in der z. B. in dem zweitstärksten Sitz der Sozialdemokratie, in Waldenburg, eine deutliche Rückentwicklung von radikalere zu gemäßigteren Auffassungen zu erkennen ist. Auch kann eine solche Bewegung nur im Verhältnis zu der Auffassung der deutschen Sozialpartei beurteilt werden, in der eine stärkere Neigung zum Radikalismus im Laufe der letzten Jahre unverkennbar ist.

Die kritische Durchleuchtung von Einzelheiten vermag indessen die Berechtigung zahlreicher anderer politischer Urteile über die Reichswehr, die Unversität, die politischen Verbände und die Parteienentwicklung nicht zu beeinträchtigen, wie es überhaupt für die schlesische Politik der Sozialdemokratie stets fruchtbar sein wird, durch leider so selten von außen kommende Urteile über schlesische Verhältnisse die Richtung ihrer Tätigkeit bestärkt oder kritisiert zu sehen. Daneben aber bleibt die Hauptbedeutung und der Hauptwert dieser Reizebetrachtungen, daß sie gesamt-schlesischen Wünschen und Klagen in einer führenden Zeitung Klagen und klaren Ausdruck verliehen haben. Daß die Entmutigung und Erbitterung über die Vernachlässigung Schlesiens vom Arbeitsbeschaffungsprogramm bis zur Kulturpflege einen Widerhall im einflussreicheren Westen findet: schon das ist unter den heutigen Umständen als politischer Gewinn für Schlesien zu buchen.

Zum deutsch-polnischen Zollkrieg

Politische Aeußerungen des polnischen Außenministers haben in den letzten Tagen die polnische Auseinandersetzung mit Russland und die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland in der Öffentlichkeit vom polnischen Standpunkt aus beleuchtet. Minister Jaskolski betonte dabei nach Wien hin, als Antwort auf das russisch-litauische Bündnis, daß der Krieg Wilnas für Polen eine völkerrechtlich entschiedene Sache sei. In der deutschen öffentlichen Meinung glaubt er, eine erhebliche Verstärkung sachlicher Gesichtspunkte in der Behandlung der schwebenden Streitfragen mit Polen feststellen zu können; doch klagt er noch besonders über Mißverständnis des polnischen Rechtsstandpunktes in der Chorzow-Frage, in der er direkte Verhandlungen für möglich und nötig halte. Die deutsch-französische Annäherung hält der Außenminister im Gegensatz zu einem Teil der polnischen Presse für kein

Moment, das Polen irgendwo beunruhigen könnte, wobei er sich auf Aeußerungen maßgebender französischer Staatsmänner beruft. Offenbar wird damit auf gewisse, bereits von uns verzeichnete amtliche Pariser Bemühungen angespielt, die die deutsche Außenpolitik zu einer Verständigung mit Polen als Voraussetzung eines endgültigen deutsch-französischen Ausgleichs mahnen.

Bedenklich: Hehe gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag stellte sich in einem Vortrag am Freitag der volksparteiliche Abgeordnete Freiherr v. Rheinbaben, der wieder einmal die alten längst auch von bürgerlichen Nationalökonomern und schlesischen Unternehmern widerlegten Redensarten wiederholte, daß Polen den Vertrag dringend nötig habe, Deutschland nicht, daß die Handelsvertragsverhandlungen daher gegen Polen als Druckmittel in allen möglichen anderen politischen Fragen gebraucht werden könnten. Herr v. Rheinbaben sollte sich einmal bei den maßgebenden Wirtschaftspersonen seines Wahlkreises Breslau darüber erkundigen, welcher wirtschaftliche Schaden dem deutschen Schlesien durch die Verzögerung des Handelsvertragsabschlusses bereits entstand und er sollte sich weiterhin einmal bei den berufenen Vertretern des Deutschtums in Polen erkundigen, wer dort den Haupt Schaden vom Zollkrieg hat. Er ist über seinen Reizen nach dem Westen offenbar sehr sachunkundig in unseren schlesischen Fragen geworden. Seine vorgefaßte politische Meinung, daß die Verständigung im Westen Deutschland zu härterem Vorgehen im Osten Raum gebe, scheint uns übrigens auch wenig geeignet, um die auch von ihm doch so sehr gewünschte deutsch-französische Verständigung zu fördern.

Von den kleineren Arbeiterparteien in Polen.

In der am 3. Oktober stattgefundenen Parteivorstandssitzung der deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens wurde eine Resolution beschlossen, in der gegen die politischen Verfolgungen und Einkerkelungen der schärfste Protest erhoben wird. Es wird darauf hingewiesen, daß ungefähr 6000 politische Gefangenen, deren „Verbrechen“ in der Propagierung der Ideen der kämpfenden Arbeiterklasse und der Kleinbauernschaft besteht, unter den gelindesten Bedingungen der polnischen Gefängnisse den größten Gefahren ausgesetzt sind. Es wird daher gefordert: 1. Eine allgemeine Amnestie für die politischen Häftlinge. 2. Freiheit für alle politischen Parteien. Ein zusammengehöriges mit einem von den Kommunisten gegründeten interparteilichen Komitee wird abgelehnt, weil „1. dieses Komitee mit Rücksicht auf seine Zusammensetzung einen einseitigen Charakter trägt und weil 2. die bisherige Praxis bewiesen hat, daß das gemeinsame Vorgehen mit den Kommunisten nicht möglich ist, weil sie die Selbstständigkeit anderer Parteien negieren und jede Aktion zu ihrer Propaganda und zur Verpöhlung der Arbeiterbewegung ausnützen.“

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialistischen Partei Polens verfaßt ein Zirkularschreiben vom 28. September, in dem eine ganze Reihe von Verfolgungen mitgeteilt werden, denen die Organisationen dieser Partei und speziell ihr Parteiorgan „Sozialista“ ausgesetzt sind. Viele Genossen der USP werden vor Gericht gestellt. Genosse Dr. Drobner wurde kürzlich zu zwei Monaten Gefängnis wegen einer Rede im November 1925 verurteilt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Parlamentarier dürfen in Polen keine Aufsichtsratsposten mehr bekleiden. Eine solche existierende und sofort in Kraft getretene Verordnung verbietet den polnischen Abgeordneten und Senatoren, Mitglieder von Verwaltungsräten, Aufsichts- oder Revisionsräten von Aktiengesellschaften zu sein, gleichgültig, ob an den Aktiengesellschaften der Staat mit Kapital beteiligt ist oder nicht. Die Berufung von Mitgliedern der Volksvertretung in solche Stellen ist von vornherein unzulässig. Abgeordnete und Senatoren, die binnen 14 Tagen nach Inkrafttreten dieser Verordnung auf die angeführten Stellen in Aktiengesellschaften nicht verzichtet haben, gehen ihrer Mandate als Volksvertreter verlustig.

Ein Siebzehnjähriger in Bulgarien zu Tode geprügelt. Die bulgarischen Zeitungen berichten wieder über einen Mord, dessen Opfer ein siebzehnjähriger, kommunistischer Gymnasiast, Dimitr Jantos Lotew wurde. Er war bei der vor einiger Zeit vorgenommenen Massenverhaftung von Jugendlichen verhaftet und nach dem Gefängnis von Plewna gebracht worden. Vor einigen Tagen wurde er bei einem Verhör von den Gendarmen bestialisch geschlagen. Er mußte in das städtische Krankenhaus übergeführt werden, wo er nach einseitigen Qualen binnen drei Tagen starb. Der Spitalarzt Dr. Kostow stellte auf Verlangen der Eltern einen Befund über die Todesursache aus, in dem es hieß, daß Lotew an den Folgen erlittener Mißhandlungen gestorben sei. Der Befund wurde dem Staatsanwalt von Plewna übermittelt, aber er lehnte es ab, einen Strafantrag zu stellen.

Ein Somogi-Heim in Budapest. Ende September wurde in Budapest ein neues Arbeiterheim eingeweiht, das den Namen des großen Märtyrers des ungarischen Sozialismus, des von Sozialisten ermordeten Genossen Somogi, trägt. Das Heim befindet sich in Ofen in einer Gäßchen, die hauptsächlich von Arbeitern bewohnt wird. Das Arbeiterheim ist ein großes imposantes Gebäude und enthält einen Hof, der ungefähr 2000 Personen Platz bietet. An der Eröffnungsfest des neuen Arbeiterheims, zu dessen Bau die Ofener Arbeiter mit größter Begeisterung und Opferwilligkeit beigetragen haben, nahmen gegen 10 000 Arbeiter teil.

Die Zersplitterung der englischen Liberalen. Das liberale Parlamentsmitglied Kennworthy hat beschlossen, eine „Fortrittspartei“ zu gründen. Er erklärte, er werde mit der Arbeiterpartei zusammenwirken.

Vor dem Ende des Kolonialkrieges in Syrien? Wie amtlich aus Syrien gemeldet wird, hat sich ein Verwandter des Führers der Aufständischen, des Sultans Adrah, den Franzosen unterworfen. Der neue französische Kommandant Bonnot hält das für ein günstiges Vorzeichen für die baldige, endgültige Unterwerfung der Drusen, da damit die Machtmittel des Sultans stark zurückgegangen seien.

Meldungen aus China zufolge ist über die unmittelbare Umgebung von Shanghai das Kriegsgeschick verhängt worden. Die Lage der Stadt ist nach den Berichten der „Times“ abhängig von der Haltung untergeordneter Truppenführer und Provinzverwalter, die schwankend ist.

„Demolierung der Reichswehr?“

Die bürgerliche Presse zu Löbes Vorschlag.

In der demokratischen „Voss. Ztg.“ schreibt ihr Redakteur F. W. v. Dethen, ein ehemaliger Gardeoffizier, zu Löbes Reichswehr-Artikel:

„Diese in sehr ruhiger Form gemachten rein sachlichen Vorschläge erregen nun die heftigste Wut der Reichswehr. „Soll die Reichswehr politisiert werden?“ fragt die „Kreuzzeitung“, und die „Deutsche Tageszeitung“ spricht sogar von der „Demolierung der Reichswehr“. Diese Erregung wäre unverständlich, wenn nicht allzu bekannt wäre, daß die Reichswehr noch jedesmal, wenn ein Republikaner sich sachlich mit der Reichswehr beschäftigt hat, in wahrer Entrüstung geraten sind, weil sie befürchten, daß bei solcher Gelegenheit der alleinige Einfluß der Reichswehrparteien auf die Reichswehr „demoliert“ werden könnte. Sachlich können die Führer der „Reichswehr“ gegen Löbes Vorschläge nichts vorbringen. Das System der Erziehung und Werbung bei unserer Reichswehr ist nämlich für ein Heer, das sich durch Werbung ergänzt, durchaus nicht üblich. Sowohl in England wie in Amerika findet eine öffentliche Werbung statt, die unseres Wissens bisher in keinem Lande zu Verhandlungen keinen Anlaß gegeben hat. Unser System der Erwerbung ist nichts anderes, als das auf den gesamten Erwerb ausgeübte frühere Recht der Kompagnieheute, bei ihrer Kompagnie außer den sogenannten „Gezogenen“ auch Freiwillige einzustellen. Dabei hat man aber anscheinend vergessen, daß es sich bei den „Freiwilligen“ der alten Armee um Dienstpflichtige handelte, die lediglich den Wunsch hatten, ihren Militärdienst bei einem bestimmten Truppenteil zu leisten, während heute die Verhältnisse doch ganz anders liegen. Man würde also mit einer Änderung des Erwerbungs-systems den Kompagnieheute keine alten Rechte fortnehmen, denn das Recht, ihren gesamten Erwerb selbst auszuüben, haben sie niemals gehabt — Ausnahmen bildeten nur einige bevorzugte Kavallerie-Regimenter, die fast nur aus Freiwilligen bestanden.

Im übrigen aber wäre die Entrüstung der Reichswehr doch nur dann gerechtfertigt — wenigstens von ihrem Standpunkt aus — wenn die vorgelegenen Rekrutierungszentralen militärisch unbrauchbaren Erwerb annehmen würden. Aber man kann ja ruhig bei der großen Mangelhaftigkeit der körperlichen Anforderungen sehr viel höher schrauben, als sie jetzt sind. Wer nämlich einmal Gelegenheit gehabt hat, Reichswehrformationen der verschiedenen Divisionen, z. B. auf dem Marsche, zu sehen, dem muß es auffallen, daß keineswegs nur ausgelassenes Menschenmaterial in der Reichswehr ist. Man sagt, daß von zehn sich meldenden Leuten höchstens drei bis vier angenommen werden können. Bei den von Löbe vorgelegenen Rekrutierungszentralen, bei denen allerdings nicht das Führungszeugnis eines „vaterländischen Verbandes“ würde vorgelegt werden müssen, wird sicherlich der Andrang noch stärker sein, und die beunruhigten Herzen von rechts werden erleben, daß das Menschenmaterial erheblich besser werden wird, als es jetzt ist.“

Danach werden die militärischen Einwände gegen die Demokratisierung der Reichswehr sachlich kaum durchschlagend können!

Löbe und Wirth bei einer Reichsbannerkundgebung. Am Sonnabend und Sonntag hatten sich tausende von Reichsbannerleuten zu einer machtvollen Kundgebung in Marburg versammelt. Die Stadt hatte es abgelehnt, aus diesem Anlaß die schwarz-rot-goldenen Farben zu zeigen. Nur das Landratsamt hatte schwarz-rot-gold gezeigt. Reichstagspräsident Genosse Löbe hatte die Festrede übernommen. Der Redner wandte sich insbesondere an die Studentenenschaft und schloß mit dem Goethe'schen Ruf: „Gebühret, merket auf!“ Auch der frühere Reichstagsler Dr. Wirth nahm das Wort zu einer großzügigen Programmrede.

Jimmie Higgins.

(Roman von Upton Sinclair.)

Autorisierte Uebersetzung von Germania zur Mühlen. 81) (Kadaver verboten.)

„Du bist die Revolution! Du bist die um ihr Leben ringende soziale Gerechtigkeit der Welt. Du bist die Menschheit, deren Antlitz dem Licht zugewandt ist, die über das alte Entsetzen hinweg nach dem neuen Ziel strebt. Du bist Jesus am Kreuz; wenn du verhaftet wirst, führt die Welt in die Nacht zurück, vielleicht für ewige Zeiten. Du mußt ausharren! Du mußt das ertragen! Und dieses und jenes! Du mußt alles ertragen, immer, solange es not tut! Du darfst nicht nachgeben!“

Connor kam mit Wassertrügen und einem Schlauch zurück. Jimmie wurde losgebunden — oh, köstlicher Augenblick der Erleichterung für seine Daunen! — und die geschwollenen, schmerzenden Hände noch immer auf dem Rücken gefesselt, auf den Boden gelegt. Grady setzte sich ihm auf die Füße, Connor auf die Brust, Perkins stieß ihm den Schlauch in den Mund und begann Wasser hineinzugießen.

Natürlich mußte Jimmie schlucken, um nicht zu erstickn; bald war er mit Wasser angefüllt und man erlitt Jimmie Qualen, wie er sie noch nie empfunden hatte. Sie gliedern den Schmerzen nach der Operation, waren aber noch viel ärger. Er schmolz an wie ein Ballen, sein Bauch drückte zu bersten, sein ganzer Leib war ein einziger Schmerz. Bismarck setzte sich ihm Connor fester auf den Bauch, damit das Wasser sich verteile. Jimmie vermochte nicht zu sprechen, sein Gesicht färbte sich blau, die Adern an den Schläfen und im Nacken sprangen hervor, er röchelte nach Luft, und aber Lachende vor harten Reflexen schienen ihn zu durchbohren.

Jimmie hatte oft mit internationalistischen Franzosen von der „Kasseler“, dieser in kleinen Städten und Dörfern bei der Polizei beliebten Methode, gesprochen; sie ist einfach, billig und wirksam, läßt am Körper des Opfers keine Beulen und Wunden zurück, es hat Verzicht vorweisen können, verflüchtigt ihm den Mund, so daß keine Schreie aus dem Jellenskerker dringen — die Polizei braucht also nicht die Aussagen des Gefangenen abzufragen. Der wilde Hieb hatte diese Wassertrüge einmal, der Gedanke an Connor war: Was hast gemacht. Doch es, dachte Jimmie,

es kann nicht ganz so gewesen sein wie bei mir — solche Qualen hat noch kein Sterblicher erduldet! Der arme Jimmie war in der Geschichte recht unbedeutend, er wußte nicht, daß es keine Qualen gibt, die Menschen nicht von anderen Menschen hätten erdulden müssen — werden erdulden müssen, so lange im Gesetz das Wort „privilegiert“ vermerkt steht, und die Privilegierten das Gesetz zu unheiligen Werten erniedrigen können.

In Jimmie Higgins Seele tobte weiter der uralte, ewige Kampf. Er war ein armerlicher, kleiner, sozialistischer Maskenfänger mit schlechten Zähnen und schwieligen Händen; ihm waren erhabene, begeisterte Taten verwehrt, ja selbst alle Würde mangelte ihm — doch ist es schwer, Würde zu bewahren, wenn man am Boden liegt, zahllose Liter Wasser im Bauch, einen Mann auf den Füßen, einen auf dem Leib sitzen hat, während ein dritter durch den Schlauch noch mehr Wasser gießt. Jimmie vermochte bloß in seiner Seele den furchtbaren Kampf zu bestehen, sich nicht besiegen zu lassen. „Heben Sie ein Knie, wenn Sie gehen wollen“, sagte Perkins, und von Zeit zu Zeit erhob sich Grady, um Jimmie dies zu ermöglichen — doch hab Jimmie sein Knie nicht.

Ganz in den Tiefen von Jimmies gefolterter Seele erregte sich etwas Seltsames. Gebunden, hilflos, verzweifelt, in Schmerzenskämpfen liegend, schrie Jimmie wortlos nach Hilfe — und sie wurde ihm. Es kam jene Hilfe, die Kerkermauern durchdringt der Kerkermeister und Henker spottend, die Nacht, die Eisenbarren und die Barren der Angst zertrümmert!

Gewaltige Bundesgenossen sind dein, Effläse, Qualen sind dir Fremde, Und Liebe und der unbewingliche Geist.“

In Jimmie Higgins Seele tönte die Stimme auf, die alle Drohungen und Befehle der Tyrannen überhört, und sprach: „Ich bin ein Mensch, ich bin Sieger. Ich bezwinde das Fleisch, überwinde den Körper, erhebe mich über ihn. Ich tröste der Barmherzigkeit, den Knechten des Leibes, seiner Kerkerzelle. Ich bin die Wahrheit, und die Welt wird meine Stimme hören. Ich bin die Gerechtigkeit und werde in der Welt herrschen. Ich bin die Freiheit und breche alle Gesetze, lasse alle Verbote, ich triumphiere, ich werde die Welt befreien!“ Und weil durch alle Zeiten und in allen Ländern diese heilige Gewalt in den Menschenseelen geweilt, weil die unsterbliche Stimme in ihnen geöhnt hat, ist die Menschheit aus Nacht und Barbarei befreit worden, hat im Traum die Vision einer freien, glücklichen Welt geöhnt.

Jimmie lag da, seine Schmerzen in Ekstase wandelnd, in eine schwindelnde, gefährliche Verzückung, die an der Grenze des Wahnsinns steht. Perkins erhob sich, schüttelte den Kopf. „Teufel, was steckt in dem Höllehund?“ Er versetzte Jimmie einen Stoß in die Rippen; Jimmies Seele flatterte auf und fuhr durch Ewigkeiten der Pein. „Bei Gott, ich werde Sie zum Reden bringen!“ Er fließte die Zähne und gab Jimmie Fußtritte mit den schweren Stiefeln — bis Connor ihn darauf aufmerksam machte, dies sei unmoralisch — es lasse Spuren zurück.

Blöcklich sagte der Feldwebel: „Warten Sie.“ Er verließ die Zelle und begab sich in das Zimmer, wo Gannett auf und ab schritt.

„Leutnant“, erklärte er, „ich fürchte, wir brauchen Zeit für diesen Kerl; er ist unglaublich hartnäckig.“

„Will er nicht gestehen?“

„Ich habe, trotzdem ich alle Mittel anwandte, kein Wort aus ihm herausgebracht. Ich wollte Sie fragen — sind Sie auch gewiß, daß er etwas weiß?“

„Vollkommen“, erwiderte Gannett, „er hat Flugblätter verteilt, die er unmöglich selbst gedruckt haben kann. Er hat mich bestimmt belogen.“

„Er ist Sozialist, nicht wahr?“ fragte der Feldwebel. „Sie würden gar nicht glauben, was diese Kerle aushalten können. Ich werde mit weiter mit ihm abgeben und Ihnen berichten, sobald wir Erfolg haben, doch fürchte ich, es hat wenig Sinn für Sie, hier zu warten.“

Der Offizier verließ das Gefängnis und Perkins kehrte in das Verließ zurück und befahl, Jimmie solle alle zwei Stunden mit Wasser angefüllt werden, vorher aber jedesmal befragt werden, ob er reden wolle. Jimmie lag ganz allein am Boden, wimmerte und weinte, bisweilen von gewaltiger Ekstase durchsetzt, die nicht anhielt, sondern stets durch Willenskraft erneut werden muß, wie ein müdes Pferd mit Sporen und Peitsche angetrieben wird. Diese Schlacht konnte niemals mit einem völligen Sieg enden. Wie kann der Körper völlig vergessen, wie können seine schmerzenden Bedürfnisse gänzlich unbedrückt werden? Gott selbst naht dem Gefangenen, doch folgt ihm auf dem Fuße der Zweifel. Wozu dies furchtbare Opfer? Was wird es nützen, wer wird davon erzählen, wenn liegt etwas daran? So spricht Satan in der Seele, so mäht der ewige Zweikampf an, zwischen dem neuen Traum des Menschen und den alten Dingen, die er selbst zum Gesetz erhoben hat.

(Fortsetzung folgt.)

Mittelparteiliche Ministerreden.

Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold nahm auf einer im Sonnabend abgehaltenen Tagung der Demokratischen Fraktion des Reichstags und der Landesparlamente Gelegenheit, auf seine Finanzpolitik einzugehen. Er bezeichnete die Lage der deutschen Finanzen als „äußerst ernst und angespannt“. Sein Ziel sei es immer, „hart an der Grenze des Defizits hinzu streifen“, da die Ansammlung von Steuergeldern in den beiden letzten Jahren (Zehlfourierung) eine Leistungsfähigkeit Deutschlands vorgetäuscht und Reichsinteressen im In- und Auslande beeinträchtigt habe.

Bezüglich des Finanzausgleichs bemerkte der Minister, daß einer vollständigen Regelung eine Verwaltungsreform vorhergehen müsse. Sie sei aber durch Verfassungsprobleme behindert. Es gelte trotzdem, die Vereinfachung im Interesse einer wirtschaftlichen Verwaltungsreform vorzubereiten. Den Ländern und Gemeinden verbot die Minister den Finanzausgleich dadurch schmählicher zu machen, daß er eine finanzielle Entlastung der Länder und Gemeinden hinsichtlich der Erwerbslosenfürsorge durch das Versicherungsgesetz in Aussicht stellte, mit dem er ab 1. April 1927 rechnet. Im übrigen sagt Dr. Reinhold, daß dem ermöglichten Finanzausgleich eine Ubergangszeit (Provisorium) von ungefähr einem Jahr vorausgehen muß. Bezüglich der Erwerbslosenfürsorge stellte der Minister den Grundgedanken auf, Steuermittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht zu verwenden. Für die Arbeitsbeschaffung sollen hohe Beträge aus Anleihen bereitgestellt werden, die vor allem in der Schlüsselindustrie zugute kommen sollten.

Der Minister beschloß sich weiter mit dem Vorkommen aus den einzelnen Steuern. Er wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß sich die Ertragssteuern aus den Zöllen steigern, während die Ergebnisse anderer Steuern, zum Beispiel Vermögens- und Erbschaftsteuern, zurückgehen. Insbesondere steht er in der Erbschaftsteuer noch eine wichtige Steuerreform. Der überhöhten Belastung des Verbrauches will der Minister nur (!) durch eine Verminderung der Zundersteuer und eine Erhöhung der Branntweinsteuer (Monopolabgabe) entgegenwirken.

Der Reichsinnenminister Dr. Kulla nahm ebenfalls auf der demokratischen Tagung das Wort und erklärte u. a.: „Für ein Reichsrecht ist es, daß irgendwelche Verfassungsänderungen im Reichstag keine Zweckvermehrung finden. Es kann sich deshalb nur um eine Grundgesetzgebung handeln. Die Aufgabe des Gesetzes kann nur sein, die Interessen des Staates zu sichern und die Schule von den Einflüssen frei zu halten, die nicht hineingehören. Die Staatlichkeit der Schulpolitik darf niemals beeinträchtigt werden. Im übrigen sei das Reichsschulgesetz im allgemeinen fertig und werde nach einer Besprechung mit den Parteiführern dem Reichstag zur Verabschiedung vorgelegt werden.“

Als erster europäischer Staat habe Deutschland jetzt das Reichsschulgesetz vorbereitet. Das Gesetz zum Schutze der Jugend gegen Schmutz und Schand hat in der Öffentlichkeit eine große Erregung hervorgerufen. Das Gesetz soll die Grundlage geben, auf legale Weise gegen Schmutz und Schand vorzugehen. Dieser Sinn (!) des Gesetzes ist in der Öffentlichkeit bisher noch nicht gewürdigt worden. (!) Jede Begriffsbestimmung ist bewußt aus dem Gesetz herausgelassen worden. Es ist auch für die Entscheidung darüber, was als Schmutz und Schand zu verstehen ist, ein Anzeichen weg eingerichtet worden, um die Rechtsicherheit zu erhöhen. So gibt es zwar Landesprüfstellen, aber über (!) diesen Stellen steht die Reichsprüfstelle. (Leider ist diese Darstellung irreführend: nach dem ganz undemokratischen Gesetzentwurf kann jede Landesprüfstelle Vertreter für das ganze Reich ernennen. Red.)

Die Verwaltungsreform einschließlich des Finanzausgleichs ist das Zentralproblem der kommunalen Staatsentwicklung. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, daß auf dem Gebiet der Verwaltung Reich und Länder vielfach gegeneinander arbeiten. Zielsetzung läßt sich aber schon durch einen Ausschuss von drei Kabinettsmitgliedern dieses auf diesem Gebiet schaffen. Geradezu einzigartig ist dieses Problem neuerdings in Frankreich durch das Kabinett Poincaré gelöst worden (?). Das allerwichtigste Problem ist aber, das öffentliche Leben des deutschen Volkes mit den denkbar größten Rechtsgarantien auszustatten. Hier steht es in Deutschland vor allem auf dem Gebiete des Verwaltungsrechts. So werden auf dem Gebiete des Vereins- und politischen Rechts in den einzelnen Ländern oft die verschiedensten Entscheidungen gefällt. Diesem Unbestand soll durch die Schaffung des Reichsverwaltungsgerichts abgeholfen werden. Das Gesetz darüber ist fertiggestellt und wird bald verabschiedet werden. Bisher hat auch eine Stelle gefehlt, die darüber entscheidet, ob ein Gesetz verfassungswidrig ist oder nicht. Diese Lücke soll durch das in Vorbereitung befindliche Gesetz zur Nachprüfung der Gesetze in der Reichsverfassung von Verfassungsänderungen ausgefüllt werden. In Vorbereitung sind weiter das Gesetz zur Wahrung der Rechtseinheit und das Gesetz zur Sammlung und Vereinfachung des Reichsrechts. Von großer Bedeutung ist auch das vorliegende Preisgesetz, dessen Zweck sein soll, Personen, die auf Grund ihrer Abgeordneteneigenschaft immunität sind, nicht als verantwortliche Redakteure zeichnen zu lassen. Die Pressefreiheit wird durch das neue Gesetz keineswegs beschränkt; es dient lediglich dem Schutz der unabhängigen Presse. Es liegt weiter vor ein Gesetz über die Herstellung, den Verkehr mit und die Anwendung von Schutzpatenten. In dieser Frage ist die Bundesgesetzgebung die verschiedensten Wege gegangen. Das Reichskabinett hat jetzt das neue Gesetz verabschiedet, das diese ganzen Dinge auf eine einheitliche Grundlage stellt.“

Der Minister besprach bei dieser Gelegenheit auch das Problem der Kleinkalibervereine und erklärte, soweit es sich bei diesen Vereinen um eine Sportbewegung handele,



Eine Briefmarke des Völkerbundes

hat das Internationale Arbeitsamt herausgegeben. Die Marke trägt das Bild Friedrichs Naumens, der bekanntlich Leiter und Oberkommissar für die russische und armenische Flüchtlingsfürsorge ist. Der Erlös der Marken, die im Werte von fünf Franken herausgegeben werden, fließt in die Flüchtlingskasse und soll zur Vinderung der furchtbaren Not dieser Menschen dienen.

dürften sie nicht bekämpft werden. Eine Lösung lasse sich dahin finden, daß man den Besitz von Waffen kontingentiert im Prozentfuß zur Mitgliederzahl der Vereine.

Auf dem Gebiete der beamtenpolitischen Gesetzgebung seien viele Vermutungen der Vergangenheit beabsichtigt wieder aufzunehmen. Unbedeutend sei die Verabschiedung des Beamtenverwaltungsrechtes, das der Beamenschaft eine Mitwirkung zugestehen, wo ihre persönlichen Verhältnisse in Mitleidenschaft gezogen sind. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß die Disziplin in der Beamenschaft untergraben würde, wenn dem Beamten dieses Recht zur Mitwirkung eingeräumt wird. Dieses Mitwirkungsrecht dürfe im Gegenteil die Arbeitsfreudigkeit des Beamten wesentlich steigern. Diese Arbeit gehe dahin, ein Beamtengesetz zu schaffen, das auch von den Ländern in seinen Grundzügen übernommen werden könne.

Oldenburg, 25. Oktober. (Eigener Kurierbericht.)

Die oldenburgische Zentrumspartei hielt am Sonntag ihren Parteitag ab. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der hier als Reichstagsabgeordneter gewählt ist, benutzte diese Gelegenheit zu bemerkenswerten Ausführungen über die deutsche Politik. Er verwies zunächst darauf, daß die Deutschen nationalen bis Locarno unter fortgesetzten Widerrufen mitgegangen seien, dann unter dem Druck der Parteifunktionen aus der Regierung ausgetreten wären, um später Arm in Arm mit den Kommunisten den Eintritt in den Völkerbund abzulehnen. Der Reichsarbeitsminister fuhr fort: „Ich erkläre die Deutschen nationalen wieder, daß sie sich auf dem Boden der Tatsachen stellen und mit regieren wollen. Wir müssen aber eine größere Bereitwilligkeit der Verantwortung verlangen. Es geht nicht an, daß man in der Regierung mittun, auf der anderen Seite aber die Verantwortung nicht übernehmen will. Wie unendlich das Ansehen der Deutschen nationalen ist, zeigt sich, wenn man sich ihr Verhalten auf die Wirtschaftspolitik übertragen denkt. Wäre es denkbar, daß ein Unternehmen einen Teilhaber aufnimmt, der wohl am Gewinn beteiligt sein möchte, ein Risiko aber nicht tragen will? Dr. Brauns wiederholte dann das Bekenntnis des Zentrums zum republikanischen Staat. Wenn man sehe, so fügte er hinzu, daß der letzte Kaiser noch jetzt wieder in einem Buch zwischen Zentrumskatholiken und kirchlichen Katholiken unterstehe und jene unnational nenne, dann könne das Zentrum sich freuen, nicht mehr von einem solchen Herrn regiert zu werden.“

Aus dem Reiche.

Der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei

soll vorbehaltlich der Zustimmung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in der Woche nach Ostern 1927 in Stuttgart stattfinden. Wie die „Post. Ztg.“ hört, werden im Vordergrund der Erörterungen die Gedanken des Einheitsstaates und der häuslichen Siedlung stehen.

Der Reichstagsausschuss für Beamtenangelegenheiten

trifft am Sonnabend bei der Beratung der Reichsdienststrafordnung die im § 52 vorgesehene Neuerung, daß die Untersuchung nicht in allen Fällen erforderlich sei. Der Ausschuss ist der Ansicht, daß eine Untersuchung auf alle Fälle stattfinden muß, weil nicht der Prüfungsbehörde die Entscheidung darüber überlassen bleiben darf, ob der Sachverhalt genügend geklärt sei. Bei der Sicherung des Untersuchungsergebnisses, dem die §§ 56 bis 64 dienen, wurden die Fragen der Berechnung des Beschuldigten, der Beteiligung des Anklagevertreters des Rechts auf richterliches Gehör gegenüber dem Untersuchungsführer, der Vorschriften über die Aufnahme der Niederschrift usw. geprüft. Im Gegensatz zum geltenden Recht wurde im Interesse der Beweissicherung die Unterzeichnung der Niederschrift auch durch die vernommenen Personen für notwendig erachtet.

Verbrennungstod eines Beifahrers durch Fahrlässigkeit.

Ein 15-jähriger Lehrling versuchte am Sonnabend morgen in Berlin beim Anheizen des Ofens dem Feuer durch Aufgießen von Benzin nachzuhelfen. Kaum hatte er jedoch etwas Benzin in den Ofen gegossen, da schon eine riesige Stichflamme heraus. Die Kanne explodierte, und der junge Mann stand am ganzen Körper brennend, sofort in Flammen. Ehe noch Hilfe zur Stelle war, hatte er so schwere Brandwunden erlitten, daß er nach wenigen Minuten verstarb.

Berlin—Lotto 2. Klasse 800 Mark.

Am Freitag sind im Herrenhaus zu Berlin die Vertreter der Reichsbahn mit denen der polnischen, litauischen, lettischen, russischen, chinesischen und japanischen Eisenbahnen zur ersten großen Konferenz über die Wiederaufnahme des durchgehenden Verkehrs von Westeuropa nach dem Fernen Osten zusammengetreten. Es scheint, als ob man sich in den Hauptzügen bereits einig sei. Das Ergebnis der Konferenz wird, kurz gefaßt, das sein, daß man in Paris und Berlin eine direkte Fahrkarte nach Tokio lösen und 16 bis 17 Tage fahren kann, ohne ein einziges Mal umsteigen zu müssen. Das (Mitteleuropäische Reisebüro) trägt das Seine dazu bei, die Reisen in Zukunft weiter zu vereinfachen. Man wird etwa drei Tage vor Antritt seiner Reise nur den Paß und ein halb Duzend Lichtbilder dort abzugeben brauchen, um pünktlich in den Besitz sämtlicher Fahrkarten und sämtlicher Visa zu gelangen. Der Preis für die Reise Berlin—Tokio, einschließlich etwa 300 Mark Visa-Gebühren, beträgt zur-

Die Einweihung des Wiener Eberthofs.

Am Sonntag wurde in Wien der neue große Gebäudekomplex eingeweiht, der im Auftrag der Stadt errichtet wurde und der nach dem ersten Präsidenten der deutschen Republik, Ebert, genannt ist. In dem mit farbigem Edelputz äußerst ansehnlich ausgestatteten Gebäude erhalten 200 Familien helle luftige und nach allen Himmelsrichtungen der Neuzeit verfeinerte Wohnungen. In dem reizvollen Park, der den Gebäudekomplex umgibt, befindet sich gleichzeitig ein Kindergarten und ein Jugendhort der Stadt. Die Einweihung erfolgte in Anwesenheit des deutschen Botschafters Graf Verchenfeld, durch den Wiener Bezirksbürgermeister, der erklärte, mit dem Namen „Eberthof“ habe man nicht nur Ebert selbst ehren, sondern auch zum Ausdruck bringen wollen, daß die Österreicher sich eins fühlen mit dem deutschen Volk und dem Reiche.

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 23. Oktober.	
1 Pfund Sterling	20,358
1 Dollar	4,199
100 Holl. Gulden	167,91
100 belg. Francs	11,65
100 norw. Kronen	105,12
100 Dänish. Gulden	81,42
100 Lire	18,28
100 dän. Kronen	111,70
100 fr. Francs	12,56
100 Hk. Kronen	12,432
100 Schweizer Francs	81,09
100 Belgas	63,22
100 schwed. Kronen	112,18
1000 ung. Kronen	5,88
100 öst. Schilling	59,23
100 Zloty	46,43

Wasserstand

25. Oktober.	
Kaliber	4,56
Neisse (Stadt) v. 24. 10.	-0,53
Neisse (Stadt) (Unter-Wege)	3,49
Brieg (Walden)	4,10
Trebbin	2,06
Kanien (Unter-Wege)	4,08
Dybbensfurt	2,70
Abflussmenge (aktuell) 207 cbm	
Walden dom 24. 10.	1,24
Wasserwärme: + 6,5°	

Wenn die Bubifrisur nicht sitzen will,

gibt es gar keine andere Hilfe als eine sorgsame Kopfwäsche mit Pixavon. Die wöchentliche Haarwäsche mit Pixavon gibt dem Haar die lockere Fülle und die weiche Geschmeidigkeit, die den dauerhaften Sitz der anmutigen Bubifrisur ermöglicht.

Keine der gewöhnlichen flüssigen Teerseifen hat auch nur annähernd die Wirkungen von Pixavon. Bestehen Sie fest auf „Pixavon“ (nur in geschlossenen Originalflaschen), sowohl für die häusliche Haarwäsche, wie auch für die im Friseursalon.

Fordern Sie kostenlos von uns Abbildungen neuer Bubenkopfschnitte für Winter 1926.

LINGNER-WERKE
Dresden

Aus aller Welt.

Berlins neue Untergrundbahn.

Am Sonntag morgen ist ein neues Stück der Berliner Hoch- und Untergrundbahn dem Betrieb übergeben worden. An sich handelt es sich nur um ein kurzes Verbindungsstück von 2,2 Kilometer, das vom oberen Bahnsteig des Bahnhofes Gleisdreieck zu einem neuen Untergrundbahnhof Kollendorferplatz führt. Dieser bereits vor dem Kriege geplanten Verbindungsstrecke kommt jedoch eine außergewöhnliche Bedeutung zu. Durch sie wird eine neue direkte Verbindung vom Osten (Warschauer Straße) nach Schöneberg und dem Kurfürstendamm geschaffen. Berlin besitzt damit drei große Schnellbahnstrecken: die alte Stammstrecke von Nordring über Alexanderplatz, Potsdamer Platz, Gleisdreieck (unterer Bahnsteig) nach Wittenbergplatz und von da einerseits nach Charlottenburg (Wilhelmsplatz bzw. Reichstagsplatz), andererseits nach Wilmersdorf-Dahlem; ferner die Nord-Süd-Bahn vom äußersten Norden (Seeufer) über Friedrichstadt, Hallesches Tor nach Kollendorferplatz, Kreuzberg und schließlich die durch die neue Verbindungsstrecke geschaffene Linie vom Osten (Warschauer Straße) über Hallesches Tor, Gleisdreieck (oberer Bahnsteig), Kollendorferplatz und von da einerseits nach Schöneberg, andererseits nach Kurfürstendamm. Der neue Untergrundbahnhof Kollendorferplatz ist eine Anlage ersten Ranges, sowohl vom technischen wie vom architektonischen Standpunkt aus. Bei der Einweihungsfeier der neuen Verbindungsstrecke kam zum ersten Male auch nach außen zum Ausdruck, daß nunmehr das gesamte Hoch- und Untergrundbahnnetz der Reichshauptstadt ebenso wie die Straßenbahn und die Automobilbusgesellschaft in städtischer Verwaltung ist und ein einheitliches Verkehrsnetz bildet.

Religiöser Selbstmord.

Zu einem außergewöhnlichen Brand wurde in der Nacht zum Sonnabend die Berliner Feuerwehre in die Wühlischstraße in Lichterberg gerufen. Durch gekendete Hülserer waren die Bewohner eines Hauses geweckt worden. Die beiden 7 und 9 Jahre alten Knaben des Ehepaars Eppert konnten von der in der Wohnung eindringenden Feuerwehre und Polizei mit knapper Not gerettet werden. Als die Feuerwehre mit Gabeln in die Wohnung drang, bot sich ein furchtbares Bild. Auf einem Kohlenteller lag

zeit 860 Mark, wird voraussichtlich noch auf 800 Mark ermäßigt werden können. Bisher mußte man mindestens in Salsp, in Mandshuria oder Wladivostok und in Korea, sowie bei der Landung in Japan umsteigen, was die Reise vor allen Dingen des Gepädes wegen außerordentlich komplizierte.

Schwere Schiffskatastrophe bei den Bermuda-Inseln.

Im Sturm über den Bermudaineln ist in den dortigen Gewässern die der englischen Kriegsmarine angehörende Schalluppe „Belera“ die 1250 Tonnen Wasser verdrängte, gesunken. Dabei sollen 70 bis 80 Mann der Besatzung ums Leben gekommen sein.

Eine Erdbebenkatastrophe in Armenien

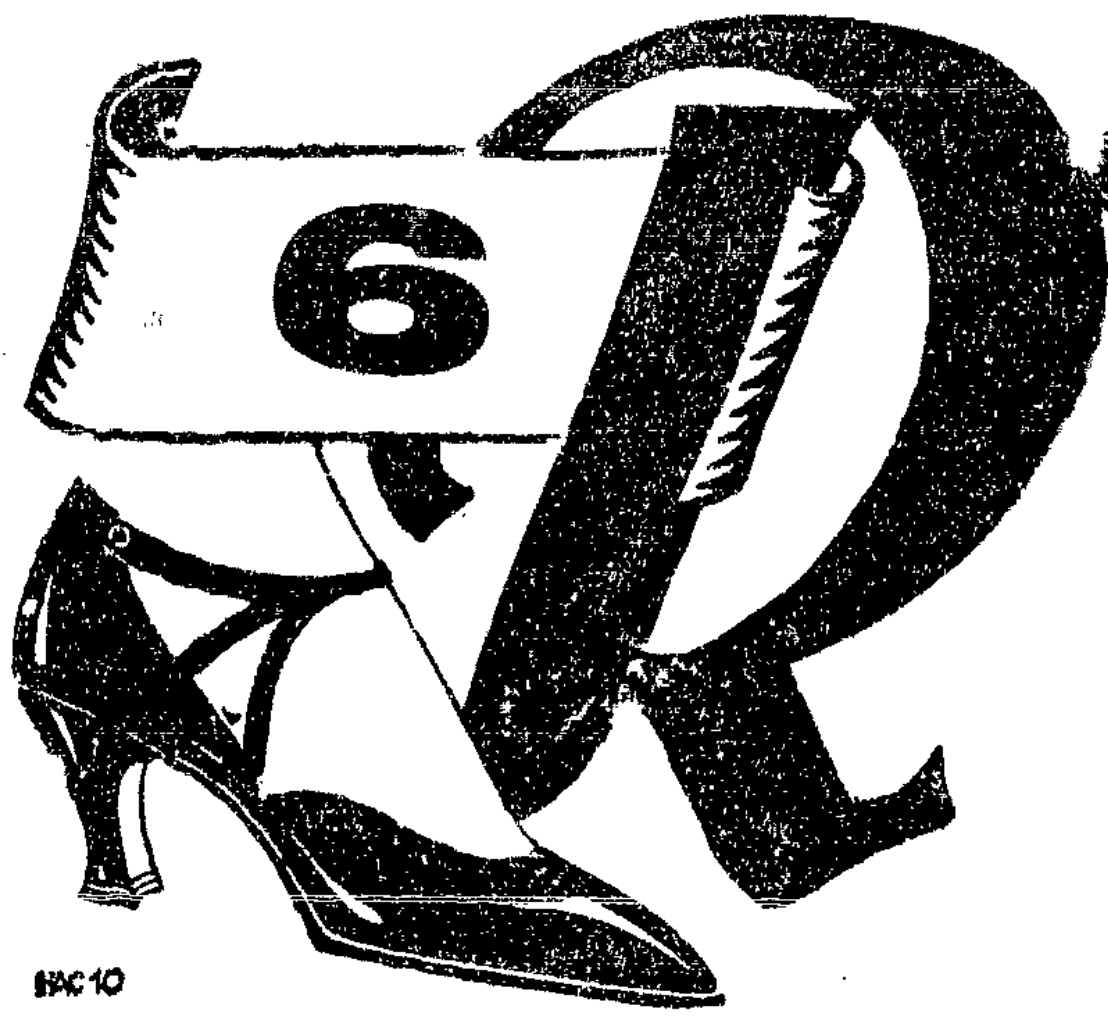
hat nach den jetzt vorliegenden Meldungen vorläufig 300 Tote gefordert. Zwölf Ortschaften sollen völlig zerstört sein.

Britische Ausgrabungen in Konstantinopel.

Die türkische Regierung hat, wie aus Konstantinopel berichtet wird, der Verwaltung des britischen Museums die Erlaubnis erteilt, die Gräber des byzantinischen Hippodroms zu Istanbul auszugraben. Durch diese Grabungen hofft man die „Spina“ zu finden, die Kaiser, welche die Arena einhüllte, in der die großen Wagenrennen zur Zeit der griechischen Kaiser stattfanden. Diese Kaiser war nach den Berichten gleichzeitiger Schriftsteller mit den schönsten Bildwerken aus Ägypten, Griechenland und Rom geschmückt, und man hat also begründete Aussicht, kostbare Kunstwerke zu finden. Alle Funde bleiben türkisches Eigentum.

Schon 13 000 amerikanische Autos in diesem Jahre.

Eine besondere Besammlung findet in diesen Tagen in Philadelphia statt, die Mittel und Wege ergreift, um die schreckliche Totenliste der Automobilunfälle einzuschränken. Bis zum 1. Oktober sind in diesem Jahre bereits 13 000 Menschen durch Kraftwagen getötet und 55 000 bei solchen Unfällen verletzt worden. Im Jahre 1925 wurden 25 000 Personen durch Kraftwagen in den Vereinigten Staaten getötet. Das ist eine Menge von 17,2 auf 100 000 Einwohner. 1924 betrug die Zahl auf 15,7 1925 auf 14,8 auf 100 000.



Werbeklamertage

von Montag, den 25. bis einschl. Sonnabend, den 30. Oktober in unserer

Schuh-Étage

Ring 22, 1. Stock :: Fahrstuhl :: gegenüber Schwelbnitzer Keller

Zu diesem Zweck gelangt ein grosser Teil unserer stadtbekannt guten Qualitäts-Schuhwaren zu hervorragend billigen Preisen zum Verkauf

Für Damen

Rob-Chevr.-Schnür- und Spangenschuhe, haltbare Ausführung **5⁹⁰**

Lack-Durchbr.-Spangenschuhe mit amerikanischem und geschweiftem Absatz **7⁹⁰**
 Leder-Spangenschuhe mit Gummifleck, bequeme Form, gute Qualität
 Boxkalf-Schnürstiefel

Lackzugschuhe mit Block- u. franz. Abs., sehr mod. Ausf. Echt Boxkalf-Schnürschuhe und Chevreau-Spangenschuhe, beliebte spitze Form **8⁵⁰**

Lackzugschuhe in versch. modernen Formen und Ausführungen, mit echt L.-XV.- und Komleß-Absatz
 Lackspangenschuhe mit schwarzen u. braun. Besätzen
 Schwarze Wildleder-Zug- und Spangenschuhe m. Lackgarnitur **10⁵⁰**

Sandfarb. u. graue Nubuk-Spangenschuhe, mod. Ausführung, sehr gute Verarbeitung **13⁹⁰**

Für Herren

Rindbox-Schnürstiefel und-Halbschuhe weiß ged., gute kräftige Unterböden **8⁵⁰**

Prima Rindbox-Schnürschuhe **10⁵⁰**

Lackschnürschuhe weiß gedoppelt, moderne elegante Form, ganz besonders billig **12⁵⁰**

Schwarze Sportstiefel mit starke Doppelsohle, wasserdichte Futter und halbgeschlossene Lasche
 la Rindbox-Schnürstiefel pa. Rahmenarbeit, Zwischensohle **14⁵⁰**

Warme Hausschuhe

Kamelhaarstoff-Slipper **0⁹⁵**

Kamelhaarstoff-Umschlagschuhe 4.50, 3.25, **2⁵⁰**

Kamelhaarstoff-Schnallenstiefel, gute Qualität, Herren 5.25 **4⁷⁵**
 Damen

Leder-Schnallenstiefel mit warmem Futter Herren 8.50 **7²⁵**
 Damen

Filzstoff-Schnürstiefel mit Plüschelinfassung, Größe 25-30 2.85, Größe 20-24 **2³⁵**

Kamelhaarstoff-Umschlagschuhe gute Qualität, Größe 31-35 3.50 **2⁹⁵**
 Gr. 27-30

Für Kinder

Rindbox-Knabenstiefel in sehr haltbarer Ausführung Gr. 36-39 8.90, Gr. 31-35 6.50, Gr. 27-30 **5⁵⁰**

Kräftige Fahlleder-Agrippenstiefel Größe 31-35 **6⁵⁰**

Braune Rindbox-Stiefel Gr. 31-35 8.50, Gr. 27-30 **7⁵⁰**

Werbeklamertage

Stadttheater
 Montag 8 Uhr:
 Abonnements-Buchell.
 Serie D 4
Der und Zimmermann
 Dienstag 8 Uhr:
„Rigoletto“
 Mittwoch 7 Uhr:
 Abonnements-Buchell.
 Serie B 5
Der Rosenkavalier

Lieblich-Theater
 Tel. Stephan 34646
 Nur noch wenige Tage!
 Kapl. H. W. Winston's
 Nymphen u. Seelöwen
 und das aussergewöhnliche
 Oktober-Programm.
 Billige Eintrittspreise
 von 0.50 Mk. an.
 Jeden Sonntag
 nachm. 3 1/2 Uhr:
 Familien- und Kinder-
 Vorstellung 14.05
 Das volle Programm
 zu ermäßigten Preisen

Circus Busch
 Gebäude, Luisenplatz
 Heute und täglich 8 Uhr:
Sylvester Schaeffer
 Das Tagesgespräch von Breslau
 und das
 vollständige
 Volksmäßige Preise v. 50 Pl. anwärts.
 Vorverkauf Barasch u. Circuskasse

Achtung! Achtung!
Zigaretten
 erstklassige Qualität u. Marken
Zigaretten
 zum halben Sonderolienpreise
Bombard u. Barenhandel
 Setzplatz 3/4
 am Kaiser-Wilhelm-Denkmal
 4897 Breslau 5
 Buchdruckerei Volkswacht

Sofort Geld
 auf Pfänder!
Reichhaus Roher
 Albrechtstraße 43, L. 14015

Bettfedern
 (beste böhmische Landware)
 stets frischer Eingang 4842
 in geschloss. und ungeschloss. Gänseledern in pa. Qualitäten
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, 1. Etage
 (kein Laden). Verkauft streng reell und billig.

Schauspielhaus
 Operettenbühne.
 Tel. Stephan 37450.
 Täglich 8 Uhr:
 Der ungewöhnlich große
 Operettenerfolg!
„Lads Samillon“
 Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Die leichte Stoppel“

Wecker
 Unübertroffen!
 Ia Qualität
 m. schriftl. Garantie
 besond. preiswert
A. Möwius
 Uhren und Goldwaren
 gegründet 1850
 Schmiedebrücke 56
 Eingang nur in der
 Schmiedebrücke.
 Bitte bei allen Ein-
 käufen Preis
 die Inhaber unserer
 Zeituna zu berücksichtigen

Diese Woche Ziehung!
Die letzten Lose
 Kölner Dombau-Geld-Lotterie
 Für 3 Mark (Porto und Liste)
75000 Mark bar
 zu gewinnen
Arndt Versand auch gegen Nachnahme
 Lotterie-Bank Postscheck Nr. 2571 Eckhaus
 gegr. 1885 Tauentzienplatz 1, Breslau V
 Schließfach 43

Fritz Okrob
 Bäckermeister
 Breslau 9, Hirschstraße Nr. 63.
 Bekannt gute Sorten und Backwaren
 zu billigsten Preisen.
 Bestellgeschäft für Wiederverkäufer
 Schnellste Erledigung jeder Bestellung.
Hausbad
 Arbeitslose Gewinne erhalten bei Hausbad Preisermäßigung.

Buchholz Volkswacht
 Modernes Antiquariat
 Breslau 3. Nees Graupenstraße 5

BILLIG!!!
 Ab Montag früh 8 Uhr:
8000 Pfd. grüne Herlinge das Pfund **25**
 zirk. 3 Stück = 1 Pfund
 Dieselben sauber aus- herübten Methode gebacken Pfund **65**
 gewaschen u. noch unserer
 Bitte besuchen Sie unsere
ersten Breslauer Friedfleisch-Back- u. Frühstückstuben
 in unseren Schmiedebrücke 19 und Bohrauer Straße 2.
 Dort erhalten heiß 1 große Portion **Backfisch** mit feinstem **35**
 Sie jederzeit heiß 200 Gr. für **45**
 Prachtvolle, fettige englische **Vollbücklinge** 1/4 Pfd. **13**
 1/2 Pfd. = **25**, Kiste = 5 Pfd. **220**
 Unsere Spezialität: Ganz fettes **Spickkale** Pfund **295**
 geräucherter ohne Kopf **85** das Bund = 3 Stück = 100 Gramm **35**

Robe-Theater
 Tel. Ring 6774
 Montag, Dienstag,
 abends 8 Uhr:
„Tragödie der Jugend“
Thalia-Theater
 Tel. Ring 6700
 Montag, Dienstag,
 abends 8 Uhr:
**„Scherz, Satire,
 Ironie und tiefere
 Betrachtung“**

„Nordsee“
 Geschäftsführer:
 Feodor Trapp.
 Fernsprecher: Stephan 31840, 31841 und 31842.
 Postscheck: Breslau 3484.
Wiederverkäufer Engrospreise! Bitte, verlangen Sie unsere Preise!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 25. Oktober.

Unsere Steuerforderungen.

Die sozialdemokratischen Programmforderungen über Finanzen und Steuern lauten:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Zusolondere:

Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Gleichmäßige und einheitliche Steuer-Beranzlagung mit Offenlegung der Steuerlisten. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung, insbesondere durch obligatorische Buch- und Betriebsprüfung.

Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum. Stärkste Schonung des Massenverbrauchs. Beseitigung der Umsatzsteuer. Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Der Ordnung der Finanzen und Steuern kommt in der heutigen demokratischen Republik weit größere Bedeutung zu als im früheren kaiserlichen Deutschland. Der geschwächte Wirtschaftskörper hat unter der Reparationslast eine viel schwerere Steuerlast zu tragen als früher die stärkste Wirtschaft. Zugleich aber besitzt das Volk das freie und gleiche Wahlrecht, das die Entscheidung der Lastenverteilung ganz in seine Hände legt.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Werdet Ihr endlich begreifen, daß nur eine starke Sozialdemokratische Partei eure Interessen wahr? Trebet ihr bei und werbt für sie!

Kauft nicht die neue Zehnpfennigmarte

die der Reichspostminister der Republik, Stingl, mit dem Bilde Friedrichs des Großen drucken ließ.

Diesem Reichspostminister, der entweder takt- oder ahnungslos ist, muß bewiesen werden, daß das republikanische Volk sich von ihm nicht zum Narren halten läßt.

Es muß durch den Boykott der monarchistisch gestempelten Zehnpfennig-Briefmarke Herrn Stingl bedauert werden, daß monarchistische Propaganda wohl den dafür empfänglichen politischen Parteien freisteht, nicht aber einem von der Republik beehrten Minister, wie es Stingl nun einmal ist, der am besten räte, mitsamt seiner Zehnpfennigmarte zu verschwinden für seine Provokation aber sei die Antwort:

Keine Zehnpfennigmarte kaufen, zwei Fünfpfennigmarte verachten den gleichen Zweck! Herr Stingl soll sich mit seinem Friedrichs-Produkt die Wände tapezieren lassen.

Die Straßenbahn und die Vororte.

Der Magistrat schreibt:

In der Kritik über die Neuordnung des Straßenbahnverkehrs tritt häufig die Ansicht zutage, daß dem Vorortverkehr der zur Eingemeindung kommenden Gemeinden in keiner Weise Rechnung getragen ist. Um hier keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, wird ausdrücklich betont, daß sich das Projekt nur mit der Umordnung und Verbesserung des gegenwärtig schon vorhandenen Netzes beschäftigt und der Vorortverkehr außer Betracht geblieben ist. Die Angelegenheit der Erschließung der Vororte wird getrennt von dem augenblicklich vorliegenden Plan selbstverständlich von der Straßenbahnverwaltung intensiv weiter bearbeitet, und es ist nicht ausgeschlossen, daß einzelne Verbindungen in solche Gemeinden, mit denen bereits Eingemeindungsverträge abgeschlossen wurden, schon vor Vollzug der Eingemeindung entstehen werden.

Eingemeindung von Grüneiche.

Der Magistrat schreibt:

Ausführungen des Gemeindevorstehers Groth aus Grüneiche in einer kommunalpolitischen Aussprache im Ortsverein der Scheitinger Vorstadt haben ansehend zu einem Mißverständnis Anlaß gegeben. Bei den Eingemeindungsverhandlungen ist seitens der Stadt stets erklärt worden, daß Grüneiche als eine der nächstliegenden Vorortgemeinden Gas, Wasser und Kanal erhalten soll. Die Kanal- und Wasserleitungen liegen bereits bis nahe an den Gutsbezirk Bischofswalde. Einzelne Grundstücke haben auch schon Anschluß erhalten. Wegen des Anschlusses an das städtische Gasnetz ist der Gemeinde bereits im Februar 1926 ein Sondervertrag angeboten worden, zu dem die Gemeinde bisher nicht Stellung genommen hat. Daß ein Eingemeindungsvertrag noch nicht zustande gekommen ist, liegt an Forderungen, bei deren Erfüllung die Grüneicher Grundstücks-eigentümer besser gestellt sein würden, als dies nach den Breslauer ortstatutarischen Vorschriften zulässig ist. Im übrigen hat die Gemeinde Grüneiche, der die Vorteile der städtischen Straßenbahn und der städtischen Parianlagen doch in erster Reihe zugute kommen, keinen Anlaß, sich darüber zu beklagen, daß die Stadt ihr kein genügendes Entgegenkommen zeige.

Magiera wegen Lotzschlags angeklagt.

Bekanntlich wurde die am 7. Oktober vor dem hiesigen Schwurgericht anberaumte Verhandlung gegen den kaufmännischen Angestellten Paul Magiera im letzten Augenblick abgelehnt, da der Zeuge, der Arift Meisinger, nicht aufzufinden war. Dieser soll ein „unparteiischer“ Zeuge sein und darum wollte die Verteidigung auf sein Zeugnis nicht verzichten. Auch jetzt ist der Aufenthaltsort dieses Zeugen noch nicht bekannt; doch da für die zweite Novemberwoche eine außerordentliche Schwurgerichtssitzung unter Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Sperlich anberaumt werden wird, will man offenbar auf diesen Zeugen verzichten. Die Anklage gegen Magiera, der sich noch immer auf freiem Fuße befindet und sich in Magdeburg aufhalten soll, lautet auf Lotzschlag.

Die ordentliche Schwurgerichtssitzung wird voraussichtlich Anfang Dezember stattfinden.

Die Spareinlagen in Preußen.

Nach der vom Preussischen Statistischen Landesamt, Berlin, aufgemachten Statistik beträgt der Bestand an Spareinlagen bei allen preussischen Sparkassen am Ende August 1 698 969 000 Reichsmark gegenüber 1 621 161 000 Reichsmark Ende Juli; davon entfallen auf die schlesischen Sparkassen Ende August 128 706 000 Reichsmark gegenüber 122 836 000 Reichsmark Ende Juli. Die Giroeinlagen bei allen preussischen Sparkassen betragen Ende August 756 963 000 Reichsmark, die der schlesischen Sparkassen 72 706 000 Reichsmark.

Städte, Staat, Wirtschaft.

Die Denkschrift des Deutschen Städtetages.

Der Deutsche Städtetag hat unter dem obigen Titel der Öffentlichkeit seine seit längerem angekündigte Denkschrift übergeben. Nach den heftigen Angriffen, die gegen die Städte und Gemeinden in der Öffentlichkeit an der Tagesordnung gewesen sind und die in den Kreisen der sogenannten „Wirtschaft“ heute noch zum guten Ton gehören, ist es verständlich, daß die Städte durch ihre Spitzenorganisation sich energisch zur Wehr setzen. Die Denkschrift ist durchaus sachlich, vollkommen ruhig und zurückhaltend geschrieben. Sie enthält sich jeder polemischen Bemerkung, konzentriert sich auf Darstellung und Beleuchtungen der tatsächlichen Verhältnisse, bezieht ihre Angaben mit Zahlenmaterialien und arbeitet überhaupt viel mehr durch geschickte Herausarbeitung der tatsächlichen Verhältnisse als durch subjektive Werturteile. Trotzdem ist sie natürlich eine Verteidigungs-Denkschrift. Aber wenn sie auch in dem Ton der Defensive geschrieben ist, so wirkt sie doch durch die Art ihrer Darstellung und durch das Gewicht ihrer Argumente als stärkste Offensive.

Wichtig ist zunächst einmal, daß die außerordentlich starke Bedeutung der gemeindlichen Verwaltungsarbeit durch zuverlässige Zahlen illustriert wird. In der Öffentlichkeit gelten die Gemeinden schlechthin nur als das dritte Glied der öffentlichen Verwaltung. In ihrem tatsächlichen Finanzbedarf und in dem Umfang ihrer Betätigung stehen sie aber an erster Stelle. Das nicht etwa erst heute, sondern auch schon vor dem Kriege. Der etatsmäßige Steuerbedarf des Reiches, der Länder und Gemeinden betrug nach den Vergleichsziffern der tatsächlichen Mittelausgaben des Jahres 1913 und der Etatsziffern des Jahres 1925 (wobei Preußen als Durchschnittsland bei der Berechnung verwandt worden ist)

Table with 3 columns: Year, Reich (Taxes and duties without transfers), Prussia, Cities (Municipalities). Rows for 1913 and 1925.

Vor dem Kriege lag also das Übergewicht ganz einwandfrei bei den Städten, deren Steuerbedarf größer war als der des Reiches und Preußens zusammen. Nach dem Kriege haben sich die Verhältnisse insofern gewandelt, als aus den bekannten Gründen (Kriegskosten uim.) der Bedarf des Reiches gewaltig gestiegen ist. Trotzdem zeigt sich aber die große Bedeutung des tatsächlichen Finanzbedarfs der Städte. Dabei ist überraschend festzustellen, daß der Steuerbedarf der Städte entgegen der allgemeinen Ansicht sich verhältnismäßig am wenigsten gesteigert hat. Eine Untersuchung über den gesamten Finanzbedarf des städtischen Etats kommt zu ähnlichen Ziffern. Er betrug im Jahre 1913: 54,70, im Jahre 1925: 75,30 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, was einer Steigerung von 37 Prozent gleichkommt. Dies mal aber in beiden Fällen den Bedarf der Wohlfahrtspflege ab, dann ergibt sich ein etatsmäßiger städtischer Finanzbedarf von 40,10 Mark im Jahre 1913 und 51,50 Mark im Jahre 1925, also nur eine Steigerung von 29 Prozent. Das zeigt, daß die Städte im allgemeinen nur eine Steigerung ihres Finanzbedarfes haben, die sich unter dem allgemeinen Leueringindex bewegt. Die Wohlfahrtsausgaben sind bei den Städten zwangsläufig gewachsen, sie sind Kriegskosten

und durch Reichsgefögegebung in fast allen Einzelheiten festgelegt. Es kann also nach diesen Zahlen nicht mehr davon die Rede sein, daß die Städte in ihrer Finanzwirtschaft eine ungebührliche Verschwendung getrieben haben. Ihre Ausgabensteigerung entspricht kaum der allgemeinen Teuerung.

Trotzdem wird es verständlich, warum gerade in den Kreisen der Wirtschaft über zu starke steuerliche Belastung durch die Gemeinden geklagt wird, wenn man die vergleichende Statistik über die Verteilung der Einnahmen in den Städten mit den Jahren 1913 und 1925 zu Rate zieht. Unter der Wirkung des derzeitigen Finanzausgleichs ist hier eine vollkommene Verschiebung eingetreten. Bei dem Gesamtfinanzbedarf hat sich zunächst der Anteil aus Einnahmen aus den Betrieben von 5,50 Mark im Jahre 1913 auf 11,40 Mark im Jahre 1925 gesteigert, d. h. die Gemeindebetriebe deckten 1913: 11,7 Prozent und 1925: 15 Prozent des Finanzbedarfs. Innerhalb der öffentlichen Einnahmen hat sich ferner folgende Verschiebung bemerkbar gemacht. Die Einkommensteuer brachte im Jahre 1913: 21,30 Mark, im Jahre 1925: 17,70 Mark, also schon in den absoluten Ziffern bedeutend weniger. In Prozentziffern ist der Rückgang noch viel katastrophaler. 1913 wurden durch die Einkommensteuer 53,3 Prozent des Steuerbedarfs, 1925 nur noch 28 Prozent gedeckt. Die unausbleibliche Folge ist eine starke Steigerung der übrigen Steuererinnahmen. So stieg die Gewerbesteuer von 5 Mark auf 14,6 Mark pro Kopf und in Prozentziffern der Gesamtsteuererinnahmen von 12,6 Prozent auf 23,2 Prozent. Ganz ähnliche Steigerungen haben die kleinen Kommunalsteuern, die Vergnügungssteuer, Getränkesteuer, Hundesteuer usw., zu verzeichnen.

Die hier gegebenen Zahlen beziehen sich für das Jahr 1925 bei den Städten nur auf die Rechnungsziffern der Etatsvoranschläge. Die Reichsfinanzstatistik mißt sich auf die Istziffern stützen. Es wird sich aber zeigen, daß diese Ziffern das Bild nur noch mehr in bezug auf die Beurteilung der Gemeindefinanzwirtschaft zugunsten der Städte verschärfen werden. Seit der Aufstellung des Etats für 1925 sind für die Gemeinden die Uebererweilungen aus Reichsteuern zurückgegangen, sie waren deshalb gezwungen, ihre eigenen Einnahmen sowohl aus ihren Betrieben wie aus Gewerbe- und Realsteuern infolgedessen um ein Erhebliches zu steigern. So ist für das Jahr 1926/27 allein in Berlin bei den Einnahmen aus den städtischen Betrieben gegenüber dem Etatsvoranschlag von 1925 eine Steigerung um beinahe 50 Millionen, bei der Grundsteuer um rund 40 Millionen, eingetreten, weil der katastrophale Ausfall an Steuerüberweisungen des Reiches gedeckt werden mußte und weil außerdem die ungeheure Arbeitslosigkeit gewaltige Wohlfahrtskosten für die Gemeinden zwangsläufig zur Folge hatte.

An diesen Zahlen wird man bei der endgültigen Regelung des Finanzausgleiches nicht vorübergehen können. Sie beweisen, daß man in der Öffentlichkeit die tatsächlichen Verhältnisse der Städte unter dem Eindruck der Kapitalkrise der Wirtschaftskrise falsch beurteilt hat. In der Darstellung der einzelnen Sachgebiete der Gemeindeverwaltungen kommt infolgedessen immer wieder das berechtigete Verlangen zum Ausdruck, daß die Gefögegebung des Reichs und der Länder den Bedürfnissen der Gemeinden mehr Rechnung tragen muß.

Mittwoch, den 27. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses:

Verammlung arbeitsloser Frauen und Mädchen

Es spricht Frau Stadtverordnete Thomas-Franz über:

„Die Arbeit der Sozialdemokraten im Rathaus.“

Frauen, erscheint in Massen!

Schüleraufnahmen in höheren und mittleren Schulen.

Schüler und Schülerinnen, die zu Ostern 1927 in die Sexta einer städtischen höheren Lehranstalt oder in eine Mittelschule aufgenommen werden sollen sind möglichst bald, spätestens jedoch bis Mitte November, bei der betreffenden höheren oder mittleren Schule, die sie besuchen sollen anzumelden.

Lesestuben für Schulkinder.

Der Verband für Schulkinderpflege eröffnet am heutigen Montag in den verschiedensten Teilen der Stadt sieben Lesestuben, und zwar: im Schulgebäude Clausewitzstr. 33/35, Fürstenstraße 51/53, in der Schule auf der Jahnstraße, Kleistkaufstraße 2 und Liegnitzer Straße 23, ferner auf der Michaelisstraße 36 und in der Schulbarade Gräbischener Straße 190. Die Lesestuben sind — außer der erstgenannten auf der Clausewitzstraße, die von 1/2—1/2 Uhr offen gehalten wird — in der Zeit von 3—6 Uhr nachmittags geöffnet. Die Kinder erhalten in gut erwärmten Räumen sorgfältig ausgewählte Bücher und Spiele; auch werden gemeinsame Gesellschafts- und Bewegungsspiele gepflegt werden.

Ueber politische Kaffeehäuser

hat Heinrich Cuno ein interessantes Büchlein geschrieben. Wer dem Büchertitel einen kleinen Dienst erweist, erhält dieses Büchlein zur Belohnung geschenkt. Näheres im Oktoberheft des Büchertreffes und in der Volkswachtbuchhandlung.

Die „Nachtpost“ vor Gericht.

Wegen verachteter Kötigung waren, wie wir berichtet hatten, vor einiger Zeit der jetzige „Nachtpost“-Mitarbeiter Hans Gathmann und der „Nachtpost“-Herausgeber E. Golland vom Schöffengericht zu Geldstrafen verurteilt worden. Gathmann hatte damals zugegeben, der Verfasser eines Drohbriefes zu sein, dem nach einigen Tagen einer der üblichen „Entbillungs“-Artikel gefolgt war. Golland war nur als verantwortlicher Redakteur mitverurteilt worden, ohne daß Anzeige gegen ihn erstattet war. Während Gathmann innerhalb der Berufungsfrist kein Rechtsmittel einlegte beruhigte sich Golland diesmal bei seiner Bestrafung nicht, sondern ging vor die zweite Instanz. Vor dem Schöffengericht hatten beide den Wahrheitsbeweis für ihre „Entbillungen“ nicht einmal anzutreten geschweige denn durchzuführen gesucht. In der zweiten Instanz hielten Golland als Angeklagter und Gathmann als Zeuge das nicht nach, obwohl ihnen Gelegenheit dazu geboten war. Sie erklärten aber, als der Staatsanwalt in Strafantrag darauf hinwies, die Unterlassung des Wahrheitsbeweises erfolge nur aus Friedfertigkeit. Wenn dadurch die Strafe erhöht würde, wollten sie lieber den Verlust doch noch nachträglich machen. Die Strafkammer fand das aber jetzt nicht mehr nötig, da Gathmann ja seine Strafe angenommen hatte.

Golland wurde von ihr unter teilweiser Aufhebung des Urteils erster Instanz freigesprochen, da er als verantwortlicher Redakteur in diesem Falle präventiv nicht strafbar sei, nachdem bereits der Verfasser des Artikels dafür vom Gesetz getroffen wurde.

Ein Milchauschuh für Niederschlesien

Ist am Sonnabend ins Leben gerufen worden. Oberpräsident Zimmer hatte die verschiedensten Interessenten zu einer Besprechung berufen, um im Anschluß an den Reichsmilch-ausshuh, der im April in Berlin gegründet wurde, das nötige Unterorgan für die Provinz zu schaffen. Es werden dann noch überall Ortsauschüsse entstehen, um für den Milchverbrauch zu werben.

Der Oberpräsident wies darauf hin, daß sich in anderen Provinzen der Frischmilchverbrauch bereits stark erhöht hat. Er erhofft, daß dies auch bei uns der Fall sein wird, und daß eine entsprechende Verminderung des Schnapskonsums eintritt. Das wichtigste ist natürlich, daß eine Milch zum Ausshuh kommt, die vollkommen einwandfrei ist, denn die Qualität spielt die Hauptrolle. Zugleich müssen die Einrichtungen vermehrt werden, durch die die Milch keimfrei gemacht wird.

Namens des Reichsmilchauschusses und in Vertretung des Reichsernährungsministers hielt dann Dr. Frahn in Berlin einen Vortrag. Er wies auf die Bedeutung der Milchwirtschaft hin. Während der Wert der Gesamterzeugnisse an Brotgetreide und Rohre jährlich 2,3 Milliarden Reichsmark beträgt, an Metallwaren ausfuhr 2,7 Milliarden, an Textilien einfuhr 1,7 Milliarden, beträgt der Wert der Milchherzeugung bei einer Tagesleistung von 1800 Kilogramm und einem Preise von 21 Pfennigen pro Liter im Jahre 3,4 Milliarden Mark. Viele Tatsachen und der Umstand, daß der Milchbestand größer ist als der Verbrauch, haben zu der Gründung des Reichsmilchauschusses geführt, die nach einer Reihe von Vorbereitungen mit den interessierten Kreisen am 16. April d. Js. erfolgte. Sämtliche Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sind dem Ausshuh angeschlossen, dessen Zweck es ist, den Verbrauch zu heben, die Qualität der Milch zu verbessern und auch für andere Milchherzeugnisse zu werben. Es soll das geschehen durch Plakate, Merkblätter, Kochbücher und auch durch Film und Rundfunk.

Der Dezernent für das Milchwesen am Oberpräsidium, Oberregierungsrat Dr. Schröder, berichtete dann über die mit den Interessenten geführten Vorbereitungen. Die Geschäftsstelle soll beim Landeswohlfahrtsamt eingerichtet werden, aber keinen amtlichen Charakter haben. Landesrat Dr. Kocha-Schmidt betonte, daß die Geschäftsstelle beim Landeswohlfahrtsamt nur eingerichtet werden könne, wenn Interessenten und Konsumenten damit einverstanden sind.

Anfänglich war vorgeschlagen, den Ausshuh nur aus sechs Personen bestehen zu lassen, wobei die Konsumenten unvertreten gewesen wären. Es bedurfte sehr dringlicher Vorstellungen der Genossen Stadtrat Dr. Landsberg und Ruffert, bevor man zu einer besseren Einigung kam. Der Ausshuh soll nun aus elf Vertretern bestehen, je einem Vertreter des Oberpräsidiums (Oberregierungsrat Dr. Schröder) und des Landeshauptmanns (vorausichtlich Landesrat Dr. Kocha-Schmidt) zwei Vertretern der Landwirtschaft, die von der Landwirtschaftskammer genannt werden sollen, je einem Vertreter der städtischen und der ländlichen Molkereien, einem Vertreter des Milchhandels, zwei Vertretern der Konsumenten (davon ein Vertreter der Gewerkschaften und eine Vertreterin der Hausfrauen), einem Vertreter der Arbeitgeberverbände und einem Vertreter der Metzgereien.

Damit kann nun der Werbefeldzug für die Milch beginnen. Hauptsache bleibt natürlich die gute Beschaffenheit und ein erträglicher Preis, sonst hat die ganze Mühe keinen Zweck.

Bullrich-Magen-Salz. Kurort in blauer Gegend mit dem Bilde des Erfinders. 100 Jahre alt. Besteht aus reinem Natriumchlorid. Verdaulich u. E. verdauen. Fortem Sie grat. u. frisch. Probe im Gesundheitsamt. Pulver 2/3 0.60. Tabl. 1/2 1.20. Berlin, Berlin W 35.

Die moderne Schaufensterdekoration.

Die Organisationsstelle der Schaufensterdekoration Breslau und der „Konfektionär“ hatten zu einem zweiten Vortragabend für die Geschäftsleute am Freitag abend nach der Hermann-Löwe eingeladen. Das Motto des Abends war: „Licht und Farbe.“ Der erste Redner, Dr. Schmidt-Berlin, zeigte zunächst an einem geschmackvoll dekorierten Fenster die richtige und die falsche Beleuchtung. Bei fast 90 Prozent aller erleuchteten Schaufenster ist heute noch das Licht so angebracht, daß es im Gesichtsfeld des Schauenden liegt. Hierdurch wird der Schauende geblendet und die Wirkung, die für die ausgestellten Waren hervorgerufen werden soll, ist völlig verfehlt. Ganz anders ist die Wirkung bei verdeckten Lampen, die im Schaufenster so zweckmäßig angebracht wurden, daß sie alle ausgestellten Gegenstände beleuchten. Je stärker das Licht ist, je besser ist natürlich die Wirkung. Um den Kunden heranzuziehen, muß sich der Geschäftsmann also einmal der guten geschmackvollen Dekoration und der zweckmäßigen Beleuchtung bedienen und weiterhin nur gut geschulte Verkäufer und Verkäuferinnen. — Anschließend an einen Vortrag von Frau von Stephan-Hahn-Berlin wurden eine Reihe wirkungsvoller Schaufensterdekorationen im Lichtbild gezeigt.

Wanderung des Verschönerungsvereins.

Donnerstag, den 28. Oktober, unternimmt der Wegeauschuss des Breslauer Verschönerungsvereins eine Wanderung durch die Dierwälder und zwar von Meleschitz über Jelsch, Mühlbach, Flanobesee nach Grünlarne und weiter nach Ohlau. Abfahrt von Breslau Hauptbahnhof 10.31 Uhr. In Grünlarne Mittagsrast, in Ohlau Schlusstop im „Ewmen“. Rückfahrt von Ohlau abends 8 Uhr. Ankunft in Breslau 8.27 Uhr. Es empfiehlt sich, Proviant mitzunehmen. Bei Regenwetter wird die Wanderung verschoben. Nichtmitglieder sind ebenfalls eingeladen.

* Die Ortsgruppe Breslau des Kinderschuh-Vereins, die ihr Liebeswerk an den hilfsbedürftigen Kindern Breslaus seit langen Jahren in stiller Weise durchgeführt hat, tritt nun erstmalig mit einer größeren Veranstaltung wieder an die Öffentlichkeit und beabsichtigt am 5. November, abends 7.30 Uhr pünktlich, im Freizeithaus einen bunten Abend mit Tanz abzuhalten. Damen und Herren haben sich in feierlicher Weise für die Durchführung des Festes zur Verfügung gestellt. Es werden ein Konzert, dargestellt von Kindern, die japanische Kindersymphonie, ausgeführt von Kindern, und ein Lustspiel zur Aufführung gebracht werden. Nach den Darbietungen stehen Büffets bereit, und es wird in zwei Sälen getanzt. Es ist zu hoffen, daß recht viele dem Ruf folgen, daß der Abend, der leider in diesen schweren Zeiten besonders groß ist, gefeiert wird.

* „Ankermesse der Naturwälder“ wird ihr bester Kenner, Ernst von Sydow, am Dienstag, den 26. Oktober, im Museum der biblischen Rünste, nahebringen. Die Gesellschaft der Kunstfreunde eröffnet mit diesem aktuellen Thema ihre diesjährige Vortragsreihe.

* Einladungen in den Zuhörerraum der Stadtverordneten-Versammlung sind ab heute im Parteisekretariat, Zimmer 37, zu haben.

* Tischgesellschaftlicher Staatsfeierabend. Anlässlich des achten Jahrestages der Proklamierung der Tischgesellschaftlichen Republik wird am 28. Oktober zwischen 11-12 Uhr vormittags der Empfang der Tischgesellschaftlichen Kolonne in der Wohnung des Generaladjutanten, Menzelstraße 87 II, stattfinden. Das Kommando ist an diesem Tage geschlossen.

* Das neue Transformatorhaus auf dem Kinderspielplatz am Berliner Platz ist im Kopfbau fertiggestellt, daß es eingebaut werden konnte. Wegen der Kabelauführung ist die rechte Bürgersteigseite der Fahndstraße zurzeit bis herauf zur Friedrich-Wilhelmstraße aufgerissen. Dagegen konnte die Berliner Platzseite, die auch aus dem gleichen Grunde aufgerissen wurde, wieder zugesperrt werden.

* Ausgelegter Plan. Der Polizeipräsident erläßt eine Bekanntmachung über den Bau einer Verbindungsbahn von der Breslauer Umgehungsbahn nach Klein-Rohrborn. Der Bauplan liegt vom 28. bis 31. Oktober abends 14 Tagen im Zimmer 232 der Abteilung V, Sprudelstraße 6/8, II, zur Einsicht für die Beteiligten aus, die im Umfange ihres Interesses dort Einswendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zu Protokoll erheben können.

* Die Ausgabe der Gewinne der Schlesischen Jugendherbstes-Bettlerie beginnt in Breslau am heutigen Montag in der Suppenküche des Volkshausgebäudes, Magazinstraße 2. Die Ausgabezeit ist von 10 bis 12 und von 3 bis 5 Uhr geöffnet.

* Straßensperrungen. Wegen Gleisbauten wird in der Zeit vom 22. Oktober bis 30. Oktober die Ostseite des Neumarktes für Fahrzeuge aller Art unter Aufrechterhaltung des Straßenbahnverkehrs halbsperrig gesperrt. Aus dem gleichen Grund werden in der Zeit vom 25. Oktober bis 28. November die Heiliggeiststraße an der Einmündung in den Ritterplatz und die Sandstraße vom südlichen Brückenkopf der Sandbrücke bis Ritterplatz unter Aufrechterhaltung des Straßenbahnverkehrs für Fahrzeuge aller Art halbsperrig gesperrt. Wegen der damit verbundenen halbsperrigen Sperrung der Sandbrücke erfolgt die Umleitung des Nord-Südverkehrs über die Universitätsbrücke bzw. Leisingbrücke.

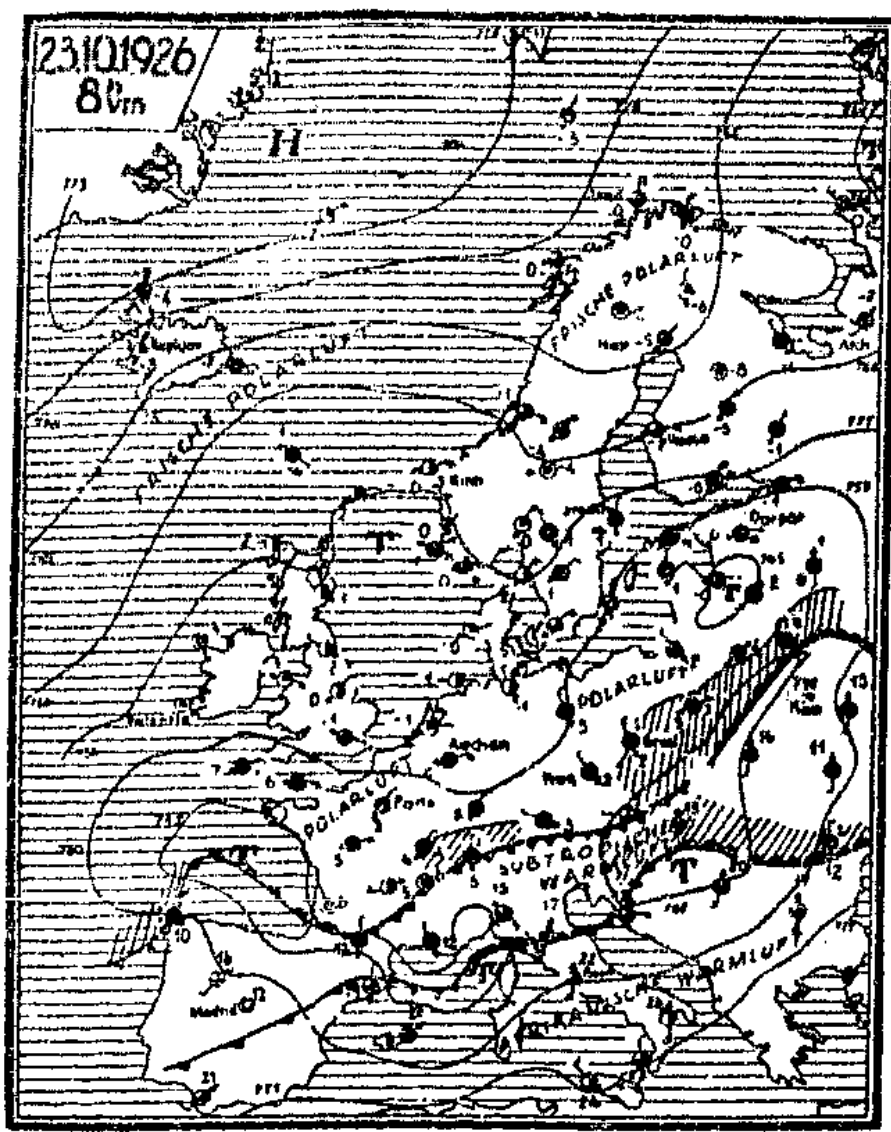
* Zusammenstoß. Am 21. Oktober, gegen 4.10 Uhr nachmittags, wurde auf der Friedrich-Wilhelmstraße ein Radfahrer von einem Personentraktorwagen umgefahren und leicht verletzt. Das Fahrrad wurde stark beschädigt. — Auf der Czausienstraße, Ecke Lauensteinstraße, stießen gegen 7.45 Uhr nachmittags eine Kleinstadtdrohlfahrer und ein Lieferkraftwagen zusammen. Letzterer wurde stark beschädigt.

* Straßenschüsse. Am 22. Oktober, gegen 7.30 Uhr vormittags, wurde auf der Lühow-, Ecke Klopferstraße, eine Frau von einem Personentraktorwagen angefahren und leicht verletzt. — Auf der Neuen Schweidnitzer-Gasse Gartenstraße wurde gegen 10.30 Uhr nachmittags ein Arbeiter beim Ueberfahren der Straße umgefallen, fiel zurück auf den Bürgersteig und dort gegen einen Straßenbahnmast. Er zog sich Verletzungen am Kopf und einen Beinbruch zu. Mittels eines Personentraktorwagen erfolgte seine Ueberführung nach dem Allerheiligenhospital.

* Gefohles wurden in der Nacht zum 22. Oktober aus einem Kuchenschrank in der Weichgasse folgende Sachen: 8 Flaschen Weinbrand, 3 Flaschen Brandy, 1 Flasche Jäger, 1 Flasche Breslauer Brantwein, 1 Flasche Jamaica, 1 Kiste Zigarren, Marke „Soma“, 3 Kiste Zigarren, Marke „Baccarat“, Arco, Konstantin, Remfina, gelbe Corie, Remfina Ernte 2 und 5 Mark. — In der Nacht zum 22. Oktober wurden aus einem Zigarrenschrank, Küchengasse, durch Einschlagen einer Fensterscheibe aus den ausgestiegenen Zigarren und Ladae verschiedener Sorten entwendet. Angaben erstattet das Polizeipräsidium, Zimmer 58. — In der Nacht zum 23. Oktober wurden durch Aufbrechen einer Weichgasse in dem Grundstück Rathenstraße 176 folgende Sachen entwendet: 2 Tafelzucker, 2 kleine Zucker, 9 Heringscandeln, 5 Dameschanden, 2 Herrenunterhosen, 2 weiße Damenunterhosen, 2 weiße Hemden, 1 weißer Segel, 3 Bettdecken, 3 Handtücher, 4 Unterhosen, 2 Dutzend Leinwandtücher, 7 Damenstrümpfen, verschiedene Kinderwägen und dergleichen mehr. Die Herrschaften H. H. H. gezeichnet. Sachdienliche Angaben, die hierzu vertraulich behandelt werden, erstattet die Kriminalpolizei, Zimmer 59.

Konzerne — Theater — Vergnügungen.

Stadtheater. Heute Montag, abends 8 Uhr, wird als 1. Abendskonzert die Serie D. Beckings komische Oper „Der und die Zimmerleute“ in der Regie von Dr. Graf mit den Bühnenmitgliedern von Frau W. W. W. unter musikalischer Leitung von Kapellmeister Seidelmann gegeben. Opernhaus. Heute und die folgenden Tage, abends 8 Uhr, Operette der „Zwanzig“ in der Inszenierung des Intendanten Paul Herman. Opernhaus. Heute und die folgenden Tage, abends 8 Uhr, Operette „Arnie und die kleine Bedienung“ in der Inszenierung Carl Heers. Opernhaus (Operettenbühne). Heute und die folgenden Tage wird „Die kleine Bedienung“ in der Inszenierung von Frau W. W. W. gegeben. Opernhaus. Heute und die folgenden Tage, abends 8 Uhr, Operette „Die kleine Bedienung“ in der Inszenierung von Frau W. W. W.



Ämtlicher Weiterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.) In Schlesien, das sich seit Sonnabend im Kampfgebiet polarer und subtropischer Luftmassen befand, kam es zu anhaltenden, zum Teil recht kräftigen Niederschlägen, die bis zu 200 Meter herab als Schnee fielen und eine zusammenhängende Schneedecke bis zu 30 Zentimeter gebildet haben. Da ein weiterer Zustrom polarer Luft stattfindet, so ist mit dem Fortbestand der ziemlich winterlichen Witterung zu rechnen. Auch im Flachlande kommt es bei teilweiser Aufhellung zu Frösten. Aussichten für das schlesische Flachland: Teilweise Aufhellung, etwas Schnee, besonders in Oberschlesien, vielfach neblig, kühl bis zu Nachtrost. Aussichten für die schlesischen Mittelgebirge: Stellenweise neblig-wolkig, Schneefall, zunehmender Frost. Aussichten für die schlesischen Hochgebirge: Nebel, trübe, zunehmender Frost, teilweise Aufhellung.

Legte Wetternachrichten.

Datum	Temperatur			Wetter	Wind	Niederschlag mm	Wasserhöhe in mm
	heute	Maxim.	Min				
25. 10. 26.							
Krietern	0	8	-1	better	WSW 1	8,1	
Schneelappe	-10	-5	-10	..	SW 2	6	8,1
Grünberg	-2	3	-2	..	SSO 1		
Überschreiberhan	-10	-1	-1	flar	SW 1	21	23
N. Schlegel	-7	1	-1	..	SW 1		30
Kellertagebau	-9	-6	-9	..	SSW 1		30
Reinern	-7	1	-8	..	WSW 2	8,6	17
Randow	-9	2	-8	..	SO 1	25,9	20
Görlitz	-1	4	-2	..	OSO 2	3,2	
Bad Jämsberg	-6	1	-7	..	SO 1	15,7	12
Beuthen	-4	3	-4	halbbedekt	W 2	18,2	21
Breslau	-3	1	-4	better	WSW 1		
Hausberbau	-7	-1	-8	flar	SW 1	7,3	30
Brandenburg	-4	1	-4	better	W 1	6	
Neisse	-4	1	-4	flar	SW 1	1,1	21
Görlitz	-6	1	-7	flar	OSO 1	18	15
Jahnen	-2	0	-3	flar	SO 2	9	2
Breslau	-6	-6	-6	..	W 1		4
Labris, R. Jauer	-1	2	-1	better	NO 1	9	

Spare!

Denke an Deine Zukunft.
Bringe Dein Geld zur Sparkasse der

Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, A.-G., Filiale Breslau

Margaretenstraße 17.

Wenn jeder Leser einen neuen Leser wirbt, ist die Auflage unserer Zeitung verdoppelt!

Breslau (Land)-Neumarkt.

Krietern. Der neue Lichtbildapparat. Nachdem anlässlich der 7. Deutschen Lichtbildwoche vor einer Schar Gäste der kürzlich erst angeschaffte Lichtbildapparat praktisch im Rahmen einer Lehrprobe vorgeführt wurde, erfolgte nun am Freitag die offizielle Einweihung. Eingeladen und erschienen waren der Gemeindevorstand, die Gemeindevorstellung, der Schulvorstand, der Elternbeirat, der Lehrkörper, sowie die Schüler der oberen Klassen. Mit dem Lied: „Von des Rheines Strand“ wurde die Feier eröffnet. Hauptlehrer Gehauer begrüßte die Erschienenen und dankte allen Mitarbeitern. Er führte die Aufgabe, den Schülern die Erkenntnis zu vermitteln, die sie zu Mitarbeitern für unsere Republik erzieht. Lehrer Geisler führte nun den Lichtbildapparat vor. Er zeigte wunderwolle Aufnahmen der bayerischen Alpen. An Hand einer Karte zeigte er den Weg von hier nach München und nannte auch die vorgelagerten Städte und Ortschaften. Zwei Gedichte, von Schülerinnen vorgelesen, passten gut in den Rahmen der Veranstaltung und wurden beifällig aufgenommen. Mit dem Lied: „Mit dem Pfeil, dem Bogen“ schloß die Feier.

Polizei. Kabeinde Diebe. Vier Männer unternehmen per Rad eine Einbruchsjagd nach Busch und Umgebung. Die größte Beute machten sie auf dem Rittergut Göschwitz, wo den Einbrechern fünf Säcke und 28 Fässer, die sofort abgeschlachtet wurden, in die Hände fielen. Auf dem Rittergut Buschwitz wurden die Einbrecher bei der Arbeit überrascht. Neun Fässer, die bereits abgeschlachtet waren, wurden von ihnen zurückgelassen. Die Täter entlassen unerkannt.

Neumarkt. Stadtverordnetensitzung. Vor Ein- tritt in die Tagesordnung geschähe der Vorkörper des verstorbenen

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftsbund, Zimmer 36
Telephon: Dhr. 3652.

An die Distriktsführer. Die anlässlich der Reichs- werbewoche ausgegebenen Berichtsformulare sind spätestens am 28. Oktober im Parteisekretariat ausgefüllt zurückzugeben.

Distrikt 10 und 11. Mittwoch, den 27. Oktober, abends 1/8 Uhr, findet für unsere Mitglieder eine Besichtigung der „Vorwärts“-Bäckerei statt. Gäste und Freunde, die an der Arbeiter-Konjunktur-Bewegung Interesse haben, können mit teilnehmen. Treffpunkt: am Zentrallager des Konsums, Tautenbachstraße 127.

Distrikt 16. Heute, Montag, abends von 6 bis 8 Uhr, findet die Abrechnung aller Bezirksleiter in der Wohnung des Distriktsführers statt.

Distrikt 18. Heute, abends 8 Uhr, im Wolf-Ausschnitt, wichtige Funktionärerversammlung. Jeder erlaichne.

Distrikt 19. Mittwoch, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Krause, Neue Weichgasse, wichtige Funktionär- und Komitee-Sitzung. Es wird erwartet, daß sämtliche Funktionäre anwesend sind.

Distrikt 25. Heute, abends 7 1/2 Uhr, bei Rahmet, Briantental, außerordentliche Distriktsversammlung. Wichtige Besprechung, unter anderem Beschlußfassung für eine Weihnachtsfeier. Es wird erucht, vollständig zu erscheinen.

Abteilung Innere Stadt: Heute, abends 8 Uhr, findet bei Felder, Mantelgasse, eine Versammlung der Funktionäre statt. Eingeladen sind die Funktionäre der Partei, sowie der Gewerkschaften, soweit sie Parteimitglieder sind. Ferner Elternbeiräte, Genossinnen und Genossen, die in der Wohlfahrts- und Frauenabteilung tätig sind, sowie alle in der Arbeiterbewegung tätigen, soweit Parteimitglieder in Frage kommen. Arbeitsfreie, interessierte Genossinnen und Genossen können auch erscheinen. Die Anwesenheit eines jeden Einzelnen ist von großer Wichtigkeit.

Der Frauenbildungskurs für weibliche Funktionäre, der am 28., 29. und 30. Oktober stattfinden sollte, muß wegen Verhinderung des Referenten vorläufig ausfallen. Näherer Bescheid später.

Jugendsozialisten. Heute, abends 8 Uhr, findet in der Posener Schule, Posener Straße, unsere Werberversammlung für die Gruppe „Kittlatort“ statt. Die Genossen aus den anderen Gruppen treffen sich um 7 Uhr an der Stauwäule. Mittwoch in allen Stadteilen Gruppenabend.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Jugendbanner DK (Daimling). Mittwoch, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, Zug- und Gruppenüberführung bei Zeuke, Diener Straße 2, Freitag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, Auftreten in der Turnhalle.

Freigewerkschaftliches Jugendbureau. Kartellbesuch! Zu einer wichtigen Sitzung müssen alle Mitglieder des Vorstandes für Dienstag, am 6 1/2 Uhr, im Galeriezimmer erscheinen.

Alle Mitglieder der Freigewerkschaftlichen Jugendabteilungen müssen heute abend zum Ausprobieren über „Schneider-Winkel“ in der Cecilienstraße erscheinen. Gleichzeitig wird über die Tagung „Jugend und Bühne“ berichtet. Beginn: pünktlich abends 8 Uhr.

Befreiungsarbeiterjugend. Dienstag, den 26. Oktober, pünktlich abends 8 Uhr, findet unsere Jugendveranstaltung statt. Wir sprechen über „Die Jugend in der Wirtschaft“. Alle Befreiungsarbeiterlehrlinge und -Lehrlinge halten sich für diesen Abend bestimmt frei und kommen zur Versammlung ins Gewerkschaftsbaus (Galerieszimmer).

Sozialistische Arbeiter-Jugend. A.-Burschen. Heute, abends 7 Uhr, Gymnastik im Heiligen Geist-Gymnasium.

Funktionäre. Dienstag, abends 8 Uhr, Gewerkschaftsbaus, Zimmer 12.

Von den Arbeiterindesfreunden. Helfer. Eine Sitzung findet Dienstag, am 8. Uhr, im Heim der Arbeiterkinder statt. Die Beiträge von Juli bis September sind abzurechnen, sowie die Arbeiter-Kinder-Freunde-Briefe.

Gruppe 1. Montag treffen sich alle Kinder, die über 10 Jahre alt sind, am Weichgasse zum Baden; jedes Kind bringt 25 Pf. mit. Vergeht nicht das Geld für die Kinder-Freunde-Briefe. Freitag kommen alle Kinder unter 11 Jahren um 4 1/2 Uhr im Heim zusammen; bringt noch viele andere Kinder mit, da wir etwas Besonderes vorhaben!

Gruppe 3 (Dortort). Liebe Eltern! Kommt bitte Donnerstag, abends 8 Uhr, zu einer Klauerkunde ins Heim, in die Waterloostraße. Wir wollen dort außer dem Trauerspiel: „Der vertauschten Decke“ die Winterarbeit in der Gruppe besprechen.

Gruppe 4. Dienstag, nachmittags 4 Uhr, in der Krietschule. Wir wollen einiges vorlesen. — Freitag, nachmittags 4 Uhr, Fragenabend.

Gruppe 5. Dienstag erscheint alles zur Musikgruppe wie immer recht pünktlich bei S. Goppert. Die Beiträge zum Juli bis September sind bekannt gegeben; auch hier muß Pünktlichkeit beibehalten werden. Mittwoch treffen sich alle Großen über 11 Jahre zum Bakteln im Heim. Beifügte Laubsägen und Bogen mitzubringen, ferner eine kleine Sägerei für die, welche nicht Laubsägearbeiten machen wollen.

Gruppe 6. Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, in der Arletiuschule. Bewegungsspiele und Liedernachmittage für alle Kinder. Freitag, 5 Uhr, in der Arletiuschule für alle Kinder, neben Spiel und Unterhaltung über „Die Kinderfreunde im Reich“. Mittwoch: Musikgruppe, Donnerstag: Lesabend.

Gruppe 7. Dienstag, abends 8 Uhr, in der Krietschule. Wir wollen einiges vorlesen. — Freitag, nachmittags 4 Uhr, Fragenabend.

Gruppe 8. Dienstag, abends 8 Uhr, in der Krietschule. Wir wollen einiges vorlesen. — Freitag, nachmittags 4 Uhr, Fragenabend.

Gruppe 9. Dienstag, abends 8 Uhr, in der Krietschule. Wir wollen einiges vorlesen. — Freitag, nachmittags 4 Uhr, Fragenabend.

Gruppe 10. Dienstag, abends 8 Uhr, in der Krietschule. Wir wollen einiges vorlesen. — Freitag, nachmittags 4 Uhr, Fragenabend.

Gruppe 11. Dienstag, abends 8 Uhr, in der Krietschule. Wir wollen einiges vorlesen. — Freitag, nachmittags 4 Uhr, Fragenabend.

Gruppe 12. Dienstag, abends 8 Uhr, in der Krietschule. Wir wollen einiges vorlesen. — Freitag, nachmittags 4 Uhr, Fragenabend.

Gruppe 13. Dienstag, abends 8 Uhr, in der Krietschule. Wir wollen einiges vorlesen. — Freitag, nachmittags 4 Uhr, Fragenabend.

Gruppe 14. Dienstag, abends 8 Uhr, in der Krietschule. Wir wollen einiges vorlesen. — Freitag, nachmittags 4 Uhr, Fragenabend.

Gruppe 15. Dienstag, abends 8 Uhr, in der Krietschule. Wir wollen einiges vorlesen. — Freitag, nachmittags 4 Uhr, Fragenabend.

Gewerkschaftsbewegung.

Polizei greift in den englischen Streik ein.

London, 25. Oktober. (Eig. Funkbericht.) Das erste Mal seit Beginn des Kampfes im Bergbau hat die Polizei die Redefreiheit der Mitglieder der Bergarbeiter-Union unterbunden. Als der Schächtermeister des Bergarbeiter-Verbandes Richardson und der Sekretär des Verbandes, Cook, am Sonntag in der Grasshaff-Staffordshire in der ersten von drei in dieser Grasshaff angelegten Versammlungen sprachen wollte, wurde ihr Auto von britischer Polizei aufgehalten und ihnen von einem Polizeibeamten eine „Proklamation“ verlesen, welche die Abhaltung der für Sonntag geplanten Versammlung verbietet. Die Maßnahme der Polizei hat die entgegengegesetzte Wirkung als erwartet erzielt. Eine Anzahl Arbeiter, die bereits zur Arbeit zurückgekehrt waren, beschloßen, am Montag als Zeichen des Protestes gegen dieses Verbot des Innenministeriums die Arbeit wieder einzustellen. Die Arbeiterpartei wird diesen Boykott im Zusammenhang mit einer großen Reihe ähnlicher Vorfälle in den letzten Wochen am Montag im Unterhaus zum Gegenstand eines scharfen Angriffs machen.

Konferenz der Arbeitsstatistiker.

In der vergangenen Woche tagte im Internationalen Arbeitsamt zum dritten Male eine Konferenz von Arbeitsstatistiker, die im wesentlichen von höheren statistischen Beamten aus folgenden Staaten besucht war: Deutschland, Argentinien, Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Finnland, England, Irland, Italien, Japan, Luxemburg, Norwegen, Holland, Rumänien, Südafrika, Schweden, Schweiz, Polen und Venezuela. Die Konferenz prüfte in mehreren Unterausschüssen die von Internationalen Arbeitsamt vorbereitete Vorlage über eine Vereinheitlichung der Statistik der Arbeitslosigkeit, der Kollektiv-Arbeitsverträge und der Haushaltungsrechnungen sowie über die Aufstellung eines internationalen Verzeichnisses der wichtigsten Industrien. Für die Statistik über die Arbeitslosigkeit wurden Richtlinien festgesetzt zur bestimmten Kennzeichnung des Streiks und der Ausprägungen sowie zur Charakterisierung ihres Verlaufs und zur Bestimmung ihrer Endergebnisse.

Der Zweck der Vereinheitlichung der statistischen Methoden ist die Erzielung einer internationalen Vergleichbarkeit, von der man für die Beurteilung der Zeitperioden bei steigender und fallender Konjunktur gute Ergebnisse erwartet.

Die neue Erwerbslosenstatistik.

Ueber die Ergebnisse der Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge vom 2. Juli d. J. wird von der Reichsarbeitsverwaltung eine Denkschrift ausgearbeitet, die zum Teil in der Nr. 40 des Reichsarbeitsblattes der Öffentlichkeit vorgelegt werden wird. Um einen Ueberblick über die Tragweite des von der Regierung geplanten Systemwechsels in der Unterstützungsart zu erhalten, mußten die Erhebungen vorgenommen werden.

Die Erhebung erstreckt sich auf das ganze Reich. Auf einzelne Bezirke konnte man sich nicht beschränken, weil keiner von ihnen repräsentative Geltung für das Ganze beanspruchen kann. Stichtag der Erhebung war der 2. Juli. Tags zuvor hatte die regelmäßige Zahlung der unterstützten Erwerbslosen stattgefunden. Sie ergab damals 1.740.754 Hauptunterstützungsempfänger. Die Erhebung erfaßte sie nahezu vollständig. Es gingen 1.619.103 Zählblätter ein, von denen 98,47 Prozent bearbeitungsfähig waren. Von den Hauptunterstützungsempfängern waren 80,06 Prozent Männer und 19,94 Prozent Frauen. Gemindert nach der Zahl der Angehörigen, die für die Familienzuschläge in Betracht kommen, ergibt sich folgendes Bild: Hauptunterstützungsempfänger ohne zuschlagsberechtigte Angehörige 4.132,3 Prozent (Männer 45,93 und Frauen 89,47 Prozent). Hauptunterstützungsempfänger mit einem zuschlagsberechtigten Angehörigen 17,64 Prozent, mit zwei Angehörigen 12,98 Prozent, mit drei Zuschlagsberechtigten 8,19 Prozent, mit vier Zuschlagsberechtigten 3,99 Prozent, mit fünf und mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen 2,07 Prozent. Diese Uebersicht zeigt, daß die größere Hälfte der Erwerbslosen ohne Versorgungsberechtigte Angehörige ist.

Die wichtigste Frage der Erhebung war, wie die Denkschrift hervorhebt, die nach dem wöchentlichen Normal-Bruttolohn, dem letzten vor Eintritt der Arbeitslosigkeit. Nach den Feststellungen sind am dichtesten besetzt bei den Jugendlichen bis 18 Jahren die Marktlöhneklasse von 14 bis 19 Mark, bei den Frauen über 18 Jahren die Marktlöhneklasse von 15 bis 20 Mark und bei den Männern über 18 Jahren die Marktlöhneklasse von 29 bis 30 Mark. Unter Zugrundelegung der auf Einheitslöhnen aufgebauten Lohnklassenordnung, wie sie grundsätzlich der Arbeitslosenversicherung-Entwurf fordert, ist folgende Gruppierung der Hauptunterstützungsempfänger errechnet worden: Angehörige zu Lohnklasse I (bis 12 Mark) 4,50 Prozent, zu Lohnklasse II (12 bis 18 Mark) 8,58 Prozent, zu Lohnklasse III (18 bis 24 Mark) 14,09 Prozent, zu IV (24 bis 30 Mark) 16,61 Prozent, zu V (30 bis 36 Mark) 17,28 Prozent, zu VI (36 und mehr Mark) 29,04 Prozent. Auf einen Hauptunterstützungsempfänger entfallen zuschlagsberechtigte Angehörige in Lohnklasse I 0,20, II 0,30, III 0,49, IV 0,86, V 1,16, VI 1,42 Prozent. Diese Uebersicht zeigt, daß die Zahl der zuschlagsberechtigten Angehörigen mit der Lohnklasse steigt.

Die vorgelegte Statistik, aus der wir zunächst nur einige markante Proben mitteilen, bedarf natürlich einer genaueren Uebersicht. Wie von der Reichsarbeitsverwaltung selbst hervorgehoben wird, ist die ganze Erhebung so zweckbestimmt, daß sie nicht für außer ihr liegende Zwecke ausgewertet werden könne. So dürfte sie vor allem nicht als Lohnstatistik aufgefaßt werden, denn die Arbeitslosen seien nur ein Ausschnitt aus der Arbeitnehmerschaft, von dem niemand wisse, wie weit er für die Gesamtheit repräsentativ ist. Auch werde nicht das tatsächliche Arbeitseinkommen erfragt, sondern nur der normale Bruttolohn. Man darf noch hinzufügen, daß der größte Teil des Lohnzahlenmaterials aus dem Herbst des vergangenen und aus dem Frühjahr dieses Jahres stammt. Seitdem hat an vielen Stellen eine tatsächliche Lohnsenkung stattgefunden. Die Hauptmasse der Arbeitslosen, etwa 40 Prozent, liegt zwischen den Lohnklassen 18 und 30 Mark, weitere 40 Prozent zwischen 30 und 60 Mark.

Die Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge ist noch nicht vollständig abgeschlossen; die weiteren Ergebnisse der Erhebung sollen in einer besonderen Denkschrift alsbald folgen.

Zum Tariffrieden im Bankgewerbe.

Auch die Mitteldeutsche Creditbank zählt. Auf Veranlassung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten fand bei der Mitteldeutschen Creditbank, Berlin, eine Tarifbedingte Betriebsversammlung statt, in der Verbandsschäftsführer März das Verlangen der Direktion der Mitteldeutschen Creditbank einer außerordentlich scharfen Kritik unterzog. Auf erneute Vorstellungen des Betriebsrats hat nunmehr die Direktion der Mitteldeutschen Creditbank durch Anschlag bekannt gemacht, daß auch sie am 31. Dezember an sämtliche Angestellte ein halbes Monatsgehalt zur Auszahlung bringen werde.

Landeskommission für Bauarbeiterschut.

Die sozialpolitische Abteilung des ADGB hatte im März d. J. die am Bauarbeiterschut interessierten Organisationen in verschiedenen Teilen des Reiches zu Konferenzen zusammengerufen, um die Bestimmungen des Bauarbeiterschutgesetzes besser zu beobachten. Dabei ergab sich aus dem Organisationsproblem daß es nunmehr unbedingt nötig sei, die in einzelnen Orten bestehenden Bauarbeiterschut-Kommissionen nun in der Zeit des

freigewerkschaftlichen Organisationsform zu sogenannten bezirkslichen Landeskommissionen zusammenzuschließen. Schon früher ist dies erwogen worden, später aber an den Wirren der Nachkriegszeit und dem im Vordergrund aller Gewerkschaftstätigkeit liegenden Lohnproblem. Die Reichsteilkonferenz, an der auch Schlefien sich beteiligte, fand am 14. März in Berlin statt. Dort ist sofort nach der Konferenz der Grundstein zu der Schlefischen Landes-Kommission gelegt worden. Am Dienstag den 19. d. Mis. trat nunmehr die Schlefische Landes-Kommission für Bauarbeiterschut das erste Mal zu ihrer konstituierenden Sitzung im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses zusammen. Eröffnet wurde die Sitzung durch den Kollegen Meise vom Baugewerksbund. Er verwies in einem kurzen einleitenden Vortrag auf den Zweck der bezirkslichen Bauarbeiterschut-Kommissionen unter letzter Darstellung der schon seit Gründung der freigewerkschaftlichen Bauarbeiterschut-Organisationen bestehenden Bestrebungen, Leben und Gesundheit der gerade bei ihrer Tätigkeit am Bau stark bedrohten Arbeiter nach jeder Richtung hin zu schützen; dafür zu sorgen, daß auch die inaktiven Einrichtungen an den Baustellen protestiert werden müssen. Recht verächtlich wurden diese Bestrebungen von dem größten Teil der staatlichen und Gemeindebehörden in der Vorkriegszeit betrachtet.

Der uniformierte Baupolizist mit dem Säbel an der Seite war der maßgebende Faktor, der über die Anbringung und die Art der Gerüste bestimmte, das heißt, meistens bestimmte er nicht, sondern mußte oft erst mit der Nase darauf gestochen werden. Sehr selten haben diese bewaffneten Bau-Techniker, manchmal waren sie es auch nicht, aus eigener Beobachtung die Schäden erkannt, oder gar zu beseitigen versucht.

Immerhin hätten sich in den größeren Orten Deutschlands auch in der wilhelminischen Zeit, örtliche Bauarbeiterschut-Kommissionen sehr bewährt, indem sie immer und immer wieder durch nie nachlassende Kritik den Finger auf die Wunden legten. In der Kriegszeit und unmittelbaren Nachkriegszeit war infolge der bekannten Umstände von einem Schut der am Bau beschäftigten Arbeiter überhaupt nicht zu reden. Erst in den Jahren 1919/20 legten die Bestrebungen ein, auch den Baupolizist-Organen Arbeiterkontrollen aus der Praxis bezugehen, die aus der Erfahrung heraus praktische Dienste für die Beseitigung der Unfallgefahren am Bau leisten konnten. Es gelang auch, in einigen größeren Städten mit diesen Vorstößen durchzudringen. Wir zählen zum Beispiel in Schlefien einschließlich Ober-Schlefien 10 solcher angestellten Baukontrollen, wovon 9 aus dem praktischen Maurer- oder Zimmererberuf hervorgegangen sind. In 15 Orten Schlefien bestehen bisher insgesamt 15 Bauarbeiterschut-Kommissionen.

Infolge der vielen Verordnungen, Erlasse, Bescheide ist es unmöglich, ein einheitliches Handeln der einzelnen Kommissionen zu erreichen. Aber wir wollen auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutgesetzes weiter vorwärtstommen, an bisher sehr geringen Einfluß auf die Bau-Berufs-Genossenschaften fürchten. Deshalb müssen wir Wert auf den bezirkslichen Zusammenschluß legen.

Kollege Wirtlich als Bezirkssekretär des ADGB ergänzte die Ausführungen des Genossen Meise in wirkungsvoller Weise. Es wurde daraufhin zur Wahl der Vorstandsmitglieder geschritten. Es wurden gewählt für die Landes-Kommission für Bauarbeiterschut für die Provinz Ober- und Niederschlefien als: 1. Vorsitzender Genosse Meise vom Baugewerksbund, 2. Vorsitzender Genosse Goldschmidt vom Zentralverband der Zimmerer, Schriftführer Wagner vom Malerverband und mit der Führung der Kassengeschäfte wurde Genosse Wirtlich betraut.

In der weiteren Debatte wurden die internen Fragen der Kostendeckung der evtl. Geschäftsordnung behandelt und unter anderem einer Anregung des Genossen Hanske vom Metallarbeiterverband Raum gegeben, demnach die Vertrauensleute der Organisation, die durch ihre Arbeiter am Bau interessiert sind, in einer größeren Versammlung zusammenzuschließen, sie über die Notwendigkeit der Organisierung des Bauarbeiterschutgesetzes zu interessieren und sie anzupöhlen, daß sie selbst mehr wie bisher tätigen Anteil an der Verbesserung des Bauarbeiterschutgesetzes nehmen müssen. Die Anregung Hanskes wurde von Wirtlich dahin erweitert, daß durch Vorträge in den Orten der Provinz, wo Ortsausschüsse des ADGB bestehen, daselbst ein Ziel verfolgt wird und dies wurde von der Konferenz einstimmig gutgeheißen. Es wurde in Aussicht genommen, nach Durchführung dieses Programms dann in den ersten Monaten des nächsten Jahres eine Bauarbeiterschut-Konferenz für Schlefien abzuhalten, um festzustellen, inwieweit die Propaganda Erfolge gezeitigt habe.

Beteiligt waren in der Konferenz sämtliche vorgezeichneten Organisationen, und zwar der Baugewerksbund, der Zentralverband der Zimmerer, der Polierbund, der Steinarbeiter-Verband, der Malerverband, der Holzarbeiter-Verband, der Metallarbeiter-Verband, der Dachdecker-Verband und der Putz. Nach Feststellung der Präsenz wurde dann die Sitzung geschlossen.

Nunmehr ist nötig, daß die Angehörigen obiger Organisationen den ernstlichen Willen zeigen, nicht mehr den angestellten und gewählten Funktionären die weitere Arbeit zu überlassen, sondern jeder am Bau tätige Arbeiter ist eigens an einem guten Bauarbeiterschut interessiert und muß selbst mit Hand anlegen, um die staatlichen Organe und die Bauunternehmer, die sich gerade jetzt in einer besonderen Schleudertourne befinden, davon zu überzeugen, daß sie es nicht nur mit den Angestellten oder Leitern der Bauarbeiterschut-Bewegung zu tun haben, sondern wiederum mit jedem einzelnen Organisierten. Es muß aufhören, daß manche Arbeiter ein ganz besonderes Vergnügen darin finden, durch waghalsige Kunststücke den Kollegen oder dem Publikum auf der Straße zu zeigen, was für Helden sie sind. Die Verantwortung gegenüber dem eigenen Ich und der eigenen Familie muß so stark sein, daß für alle Zukunft Beförden als auch Unternehmern sich nicht mehr darauf berufen können, die Arbeiter selbst wünschten diese oder jene Schutzmaßnahme nicht oder darauf hingewiesen, sie ohne weiteres nichtachtend behandeln.

Jeder Unfall muß unbedingt der jeweils örtlichen Bauarbeiterschut-Kommission gemeldet werden. Die Bauarbeiterschut-Kommissionen in der Provinz müssen jeden einzelnen Unfall registrieren und die Vertrauensleute am Bau darauf aufmerksam machen, daß dies geschieht.

Am zweckmäßigsten ist die Aufnahme einer kurzen Notiz über den Zeitpunkt, Art und Umfang des Unfalles, über die Ursache, über Ort und Lage der Baustelle, Name und Adresse des Unternehmers und die persönlichen Verhältnisse des oder der Verletzten, sowie Angabe der eventuellen Augenzeugen. In Schlefien selbst werden diese Meldungen zweckmäßig entweder an den Ortsausschuss-Vorständen oder an den Vorstehenden der betreffenden Bauarbeiterschut-Kommission abgehen, welche letztere wiederum die Verpflichtung haben, größere Unfälle der Landes-Kommission bzw. dem Bezirks-Sekretariat des ADGB zu Händen des Genossen Wirtlich mitzuteilen. Telefonische Anrufmöglichkeiten für die Landes-Kommission sind, für den Vorsitzenden der Landes-Kommission, Breslau Ring 378, für den zweiten Vorsitzenden, Breslau, Ohle 1073 und die Nummer Breslau Ring 647. Sämtliche Mitglieder der Landes-Kommission sind selbstverständlich zur Entgegennahme von Provinzmeldungen bereit.

Wir bitten die arbeiterfreundlichen Blätter der Provinz möglichst unverzüglich diese Zeilen zu übernehmen.

Landes-Kommission für Bauarbeiterschut.

Das Ergebnis der Betriebsratswahlen bei der sechs Berliner Großbanken, das nach der Wahl bei der Dresdener Bank am Donnerstag voriger Woche nunmehr vollständig vorliegt, zeigt folgendes Bild: Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten 56 Sitze, Deutscher Bankbeamtenverein 16 Sitze, Oberbeamten 7 Sitze, Deutscher Nationaler Handlungsgehilfenverband 4 Sitze. Bei der Dresdener Bank: DVB und Oberbeamtenliste je 1 Sitz, Deutscher Bankbeamtenverein 3 Sitze, Allgemeiner Verband dagegen 10 Sitze.

Die Exekutive der Seemanns-Unions hat, so wird aus London gemeldet, beschlossen, eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern über die Frage eines Schiffsbaues und über die Frage der Transparenz für Kasse abzuhalten.

Wirtschaft.

Der deutsche Außenhandel

unterlag im Monat September folgender Entwicklung:

	September	August	Januar bis September
(in Millionen RM. nach Gegenwartsverwert)			
Einfuhr:			
Zugelamt	980,4	972,2	7206,9
Davon sind:			
Lebende Tiere	14,4	12,1	80,4
Lebensmittel u. Getränke	255,6	333,6	2557,8
Rohstoffe u. halbf. Waren	438,3	420,5	3377,6
Fertigwaren	114,7	103,4	884,7
Ausfuhr:			
Zugelamt	830,3	836,4	7285,2
Davon sind:			
Lebende Tiere	0,8	0,4	7,9
Lebensmittel u. Getränke	28,9	26,2	320,7
Rohstoffe u. halbf. Waren	224,1	235,3	1680,0
Fertigwaren	582,4	571,7	5250,8

Im September stellt sich die reine Wareneinfuhr auf 923,4 Millionen Mark und die reine Warenausfuhr auf 836,3 Millionen Mark. Damit ist im reinen Warenverkehr die Wareneinfuhr um rund 13 Millionen Mark höher als die reine Wareneinfuhr. Der deutsche Außenhandel ist also im reinen Warenverkehr im Monat September um 13 Millionen Mark aktiv. Die Einfuhr von Gold und Silber stellt sich aber im Monat September auf 107 Millionen Mark gegenüber einer Ausfuhr von 35 Millionen Mark. Die Gold- und Silbereinfuhr erklärt sich in der Hauptsache durch die Einfuhr von Golddepots aus dem Auslande nach Deutschland. Rechnet man den Gold- und Silbervorteil ein, so bleibt die September-Bilanz mit 91 Millionen Mark passiv.

Im übrigen steht in den ersten neun Monaten einer Gesamteinfuhr in Höhe von 7206,9 Millionen eine Gesamtausfuhr in Höhe von 7289,2 Millionen gegenüber. Infolge der starken Aktivierung der Bilanz in den Frühjahrsmonaten ist die deutsche Handelsbilanz für die ersten drei Vierteljahre des Jahres 1926 aktiv.

In den Einzelheiten hat sich die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken nicht wesentlich geändert (um 127,7 Millionen). An dem Rückgang ist die Weizeneinfuhr mit 53,9 Millionen Mark beteiligt, weiter kommen in Frage die Einfuhren von Mais, Reis, Kaffee, Mehl, Küchengewächsen. Im Grunde genommen handelt es sich dabei um starke Einschränkungen des Verbrauchs in Deutschland infolge der hartnäckigen Wirtschaftskrise. Demgegenüber ist die um 17,8 Millionen Mark gestiegene Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren sicherlich nach der Richtung einer Belebung der deutschen Wirtschaft zu bewerten. Die bessere Textilkonjunktur kommt in einer Mehrereinfuhr von Textilrohstoffen in Höhe von 5,7 Millionen zum Ausdruck. Was angeht die fallenden Baumwollpreise naturgemäß ist, nahm die Baumwoll-einfuhr zu, während die Einfuhr von Wolle abgenommen hat. Von Bedeutung ist auch die Mehrereinfuhr von Eisenerzen. Die Einfuhr von Mineralölen hat sich vermindert. Die Fertigwareneinfuhr weist eine Zunahme um 11,3 Millionen auf. Die Steigerung ist gut zur Hälfte auf die Einfuhr von Textilfertigen zurückzuführen. Die Fertigwarenausfuhr hat sich um 10,7 Millionen Mark erhöht. Das Mehr fällt durchweg auf die vermehrte Maschinenausfuhr. Zurückgegangen ist die Textilfertigenwarenausfuhr und die Ausfuhr an Werkzeugzeugnissen.

Interessant ist auch, daß die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren eine Abnahme um 11,2 Millionen Mark ergibt. Beteiligt sind besonders die Ausfuhr von Steinkohle, schwefelsaurem Ammoniak und Steinkohlenteer. An Steinkohle wurden allein für 10,4 Millionen Mark weniger ausgeführt als im Monat August. Diese Tatsache dürfte wohl mit der bei Eintritt der kälteren Witterung veränderten Kohlenlage in Deutschland im Zusammenhang stehen. Scharf bringt man bei den Kohlenexporten mehr auf die Ausfuhr von Koks bzw. Halbtafs (Schmelzkoks). So zeigt die Koksausfuhr im September ein Mehr von 7,2 Millionen Mark gegenüber dem Vormonat.

Vom Deutschen Waggonbau.

Am Sonnabend mittag ist eine Studiengesellschaft für die deutsche Waggonindustrie gegründet worden. Auch sie soll sich auf den deutschen Waggonbau aufbauen. Beteiligt sind die Firmen von der Zypen & Charlier, Köln-Deutz; Gothaer Waggonfabrik, Gotha; Gustav Talbot & Co., Wachen; Linde-Hofmann, Waggon- und Maschinenfabrik Bielefeld; Bauhaus, Waggonfabrik Greddebrücker Gasse, Mainz; und Waggonfabrik L. Steinfurt, Königberg (Pr.). Die genannten Firmen stellen 40 Prozent der deutschen Waggonindustrie dar und verfügen über die besten Werte. Man hofft, auch die noch fernstehenden Waggonfabriken an dem Trakt beteiligen zu können. Das Aktienkapital dürfte ungefähr 100 Millionen Mark betragen. An der Gründung ist die Reichsbahn maßgebend beteiligt.

Steigende Kohlenförderung Deutsch-Oberschlefens.

Die Steinkohlenförderung Deutsch-Oberschlefens ist in der dritten Oktoberwoche (11. bis 17. Oktober) laut Fachblatt „Industrie-Kurier“ auf arbeitstägig 61.850 Tonnen (69.220 Tonnen) bzw. an sechs Arbeitstagen auf insgesamt 371.099 Tonnen (355.318 Tonnen) gestiegen. Der Abfall stellte sich wie folgt: Innerhalb der Provinz Oberschlefien wurden 97.822 Tonnen (96.161 Tonnen), nach dem übrigen Deutschland 246.988 Tonnen (221.143 Tonnen) und nach dem Ausland 15.324 Tonnen (20.558 Tonnen) untergebracht. Die Mehrförderung ist also bei weiterem Rückgang des Auslandsverkehrs lediglich der verstärkten Kohlenlieferung des Inlandsmarktes zugute gekommen. Der Gesamtanfall ohne Selbstverbrauch und Deputate belief sich auf 360.134 Tonnen (337.862 Tonnen), wovon mit der Hauptbahn 310.896 Tonnen (286.453 Tonnen) und auf dem Wasserwege 44.511 Tonnen (38.439 Tonnen) verfrachtet wurden. Die Kohlenbestände gingen auf 15.848 Tonnen (17.693 Tonnen) und die Koksbestände auf 106.505 Tonnen (117.275 Tonnen) zurück. Die Wagengestellung betrug insgesamt 34.476 (33.277) Wagen.

Bankenkündigung Berlin-Paris-Brüssel.

Die Dresdener Bank hat von der Internationalen Bank in Lugemburg Aktien mit einem Wert von 75 Millionen Franken übernommen. Die Uebernahme erfolgte im Einverständnis mit der Banque de Bruxelles und der Banque de l'Union Parisienne. Durch diese Verknüpfung ist ein Zusammenarbeiten zwischen den drei großen westeuropäischen Banken hergestellt.

Der österreichische Getreidezoll.

Der österreichische Getreidezoll ist für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober auf 1,30 Goldkronen für 100 Rgr. festgelegt worden. Er gilt auch für Roggen, Gerste, Hafer, Malz, Mehl und andere Mülkerprodukte, Brot, Feigwaren, Weizenstärke.

Die Kautschukhaltung von Jölen für nach Polen eingeführte.

Elektroden, die zur Herstellung von Karbid, Kalzium-Cyanamid und Ammonsalpeter verwendet wurden, soll auf Grund einer im „Dziennik Ustaw“ Nr. 101 veröffentlichten Verordnung bei der Ausfuhr dieser Produkte erfolgen, und zwar für je 100 Rgr. Karbid mit 0,50 Zloty, für je 100 Rgr. Kalzium-Cyanamid mit 0,40 Zloty und für je 100 Rgr. Ammonsalpeter mit 0,30 Zloty. Die Rückzahlung des Zolls findet in der Weise statt, daß die Zollämter Ausfuhrscheine ausstellen, die auf den Inhaber lauten, eine Gültigkeit von 9 Monaten seit dem Tage der Ausstellung erhalten und zur Entrichtung von Zollgebühren für nach Polen eingeführte Waren dienen können. Diese Verordnung ist am 18. Oktober in Kraft getreten.

Import russischer Konsumwaren nach Deutschland.

Import russischer Konsumwaren nach Deutschland. Nach einer Mitteilung des Vorstehenden des russischen Konsumwaren-Kaufmannsverbandes hat dieses mit der Internationalen Warenausfuhr L. S. in Berlin ein Abkommen abgeschlossen, durch das die Gesellschaft sich zur jährlichen Abnahme russischer Konsumwaren im Werte von 250.000 Rubel und zur Finanzierung des russischen Konsumwarenimports nach Deutschland in Höhe von 75 Prozent verpflichtet.

Bühne und Film.

Stadt-Theater.

Konjert.

Die zweite musikalische Morgenveranstaltung war dem Schaffen eines trotz seiner schon jahrelangen Tätigkeit noch wenig bekannten Niederösterreichers gewidmet. Die Folge davon war, daß das Haus eine gähnende Leere aufwies. Emil Mattiessen ist in seinem Fach zweifellos eine bedeutende, wenn auch nicht, wie aus dem einleitenden Vortrag Professor Turnaus hervorgeht, eine außerordentliche Persönlichkeit. Er lehnt sich in der Form klug an wertvolle Vorbilder, wie Hugo Wolf, Richard Strauß und Wagner an, hat in der melodischen Erfindung ein charakteristisch zurechtgemachtes Schema, keine eigene Note etwa, und legt sich am stärksten in Stimmungs- und Tonmalerei. Ähnlich wie bei Josef Marx herrscht hier die Klavierbegleitung vor. Mattiessen hat eine geschickte Hand in der Textauswahl: rühmliche und vikaräre Lyrik, kein eigenes Feld, findet sich meistens vertreten durch Ricarda Huch, Kieckhefer, Münchhausen. Der Eindruck der Komposition wäre bei einem weniger umfangreichen Programm noch tiefer gewesen. Käte Heidersbach, Zella Hochreiter und ein eigenes zu diesem Zweck aus Leipzig gekommener, stimmlich nicht ganz ausgeglichener, aber empfindungsvoller junger Baritonist, Paul Lehmann, setzten sich, vom Komponisten feinsinnig begleitet, für die Kompositionen ein.

„Wida.“

Nun wurde auch die „Wida“ einer vollständigen jenseitigen Erneuerung unterzogen, obwohl gerade sie es nicht nötig hatte. Bei Neuaufnahmen in das Repertoire muß die Andeutungshenerte, vor allem, weil sie sich billiger stellt, in Kauf genommen werden. Es kann aber absolut nicht einleuchten, weshalb bewährte prachtvolle, bis ins Detail sorgfältige Ausstattungen im Dunkel stehenden Stübchenexperimenten weichen sollen. Die neue Gestaltung stellt gegenüber der vorigen eine bedeutende Verschlechterung dar. Die eine Annehmlichkeit, der rascheren Umdrehung infolge kürzerer Pausen, müßte durch viele Zugeständnisse an den etwas ausgefallenen Geschmack des Bühnenbildners erkauft werden. Im letzten Programmheft veröffentlicht Prof. Hans Wiedemann eine Art Verteidigungsschrift. Er versucht die Bevorzugung der „Unwirklichkeitsbühne“, beispielsweise beim „Liegenden Holländer“ zu begründen. Dort mag die Umwandlung von „Raum in Fläche“ noch angehen, denn der Holländer ist eine Phantastiegestalt und sein Fahrzeug ein Geistesgeschiff. In der „Wida“ haben wir es dagegen mit festen Scharpißigen, durchweg natürlichen Handlungen und echten Menschen zu tun. Warum fehlt hier durch Vermeidung aller Architektoneit jede Ortsbestimmung, weshalb bewegen sich die „wirklichkeitsgetreu“ sprechenden und „wirklichkeitsgetreu“ gekleideten Gestalten in einer so „unwirklichen“ Umgebung? Ein paar im Hintergrund willkürlich hingeworfene Pyramidenminiaturen erinnern allein an die Derisivität; sonst ist es das sich neuerdings herausgebildete Schema mit Stufenanordnungen, kubistischen, völlig stilisierten Seitentafeln, allerlei Vorhangszäuber und Illuminationen. Wir steuern, wenn es so weiter geht, bedenklich der Schateparadebühne zu, die den Schauplatz nur durch ein Aufhängeschild bestimmte. Selbstverständlich fehlt im letzten Akt die vom Textbuch geforderte und bisher beibehaltene Zweiteilung der Bühne, an deren Stelle ein Nieldendreeck mit dem Steingrab, auf dem die verzweifelte Amneris als lebendes Denkmal thronet, tritt. Die zeremoniellen Handlungen, ohne die die Geschehnisse nicht verständlich sind, verschwinden hinter die Szene. Solche Eigenwilligkeiten können keine Begründung finden. Sie sprechen deutlich für die Eitelkeit von Regisseur und Bildgestalter, die sich unter Verdrängung des Autors in den Vordergrund rücken.

Esar Preuß leitete die in meisten Partien neubefestigte Aufführung mufatlich. Am besten gelang ihm das rein Orchesterliche, denn den Solisten eilte er mit feinem Temperament oft voraus, und die großen Ensembles wurden von der Wucht des Orchesterklanges zugegeben. Die Geyersbach als Wida ist bekannt. Sie verliert der gequälten Slavin khaupfelerisch jellende Momente, gesanglich kam ihr Hauptfehler wieder in Massenaufzüge zum Vorschein: unbehagliche Hochöne geraten um Bieriel- und Halböne zu tief. Den Radames sang Wolf Fischer: äußerlich heftig, stimmlich heitens disponiert, bis auf ein paar zu hellen E-Vokale in der „Holde Wida“-Arie auch gesanglich anerkennenswert. Aber er verstand es noch nicht, den Helidenmut glaubhaft zu machen. Dem Amnasto Karl Kudows unterließen einige roh angelegte Töne, sonst gab er die Rolle charakteristisch. Gottlieb Zeithamer ist für die Repräsentationspartie des Königs der geeignete Mann. — Unter Prof. Josef Turnaus Leitung wickelte sich das Spiel kummungslos ab; die vorüberziehenden Soldaten sollten im Verdi-Rhythmus, nicht im eigenen marschieren, die Leutopier sind Negler, aber nicht wie hier menschenfresserartige Wilde. W. E.-ber.

Filmchau.

Die Gefahren der Straße.

Wir haben gestern eine Polizeiausstellung erlebt, wenn auch nur im Film, aber um so pietätischer dafür. Im Auftrag des Polizeipräsidenten Breslau fand im Krillpalast die öffentliche Uraufführung des Breslauer Verkehrsfilms „Die Gefahren der Straße, ihre Ursachen und ihre Verhütung“ statt. In überaus klarer Weise gibt uns dieser Film eine anschauliche Uebersicht über die Gefahren, die uns in der Großstadt Breslau umlauern. Dieser Film ist eine Warnung an die Leichtfertigen, die noch immer nicht einsehen mögen, daß der moderne Verkehr eine Anzahl Gefahren mit sich bringt, die der Mensch vor 20 Jahren auch noch nicht annähernd ahnen konnte. Der Verkehr ist ebenso eine Gefahr für die jungen Menschen, die mit ihm aufgemacht sind, als für jene alten, die sich allen Warnungen zum Trotz auf der Straße ebenso fühlen wie zu Hause. Eine unerbittliche Gefahr, wenn nicht . . . der Polizeibeamte wäre, der

umbrände vom Verkehr, mit sicherem Blick das sonst unvermeidliche Lohwabbau ordnete.

Velder leben noch heute viele Menschen in den Beamten, der mutig keine Pflicht tut, nicht den schüchternen Freund, der ihnen stets hilfsbereit die Gefahr aus dem Wege räumt, sondern den Polizisten, der störend in ihr vermeintliches Privatrecht eingreift, auf der Straße sich so zu benehmen, wie es ihnen beliebt. Und so mag manches harte Wort schon die Belohnung dafür gewesen sein, daß ein Unglück vermieden wurde.

Polizeimajor v. Kobulecki, Breslau, hat Bilder und Text redigiert. In außerordentlich übersichtlicher Weise sind die vielen Arten Gefahren in einzelne Abschnitte gegliedert. Ein mitunter humorvoller Text leitet immer zu neuen Ereignissen über. Wir sehen den Fußgänger falsch und richtig die Straße überqueren. Einen besonders, der einen wahren Wert zwischen Straßendamen, Autos und Fußwerkeln ausführt, bis ihm ein Sipo zeigt, wie einfach es ist, eine Straße zu überqueren. Bis zur Mitte der Straße die Augen links und dann die Augen rechts — das ist das ganze Geheimnis. Wir sehen Radfahrer recht leichtfertig im Rennfahrertempo daherschießen oder sich an fahrende Straßenbahnen anhängen. Das Ergebnis, recht oft: zertrümmerte Räder, wenn nicht gar körperlicher Schaden. Wir verfolgen Autos, die manche Straßen als Rennstrecken benutzen und andere, die nicht richtig abbiegen und so den Fußgänger gefährden. Fußwerker sind zu sehen, die trotz heftigen Käutens der Straßenbahn weiter auf den Schienen fahren, um schließlich mit einem gebrochenen Kade zu hühen, wenn sie endlich ausweichen wollen. Wir können mit Schauern verfolgen, wie leichtfertige Kinder als Opfer ihres Spielzeuges unter die Räder kommen und müssen uns vom begleitenden Text erzählen lassen, daß täglich drei tödliche Unfälle von Kindern vorkommen.

In sehr belehrender Weise ist in schematischen Zeichnungen immer die richtige und die falsche Art Verkehr vorgeführt. Aber hier muß etwas gesagt sein. So prächtig wie der Film aufgemacht ist, so kindlich und unkünstlerisch sind diese schematischen Zeichnungen. Hier hätte es wirklich nicht auf die paar Pfennige ankommen sollen, von einem Breslauer Künstler die Kleinigkeiten entwerfen zu lassen. Das hätte dem an sich gediegenen Werke ein ungetriebenes Gesicht gegeben.

Zu den hochinteressanten Vorführungen spielte Kapellmeister Weiskopf eine humoristische Musik, die die einzelnen Verkehrszarten treffend charakterisierte. Der einleitenden Worte von Herrn Schauder sei gleichfalls gedacht.

Vorher lief ein kurzer Film, der ein neues Jugendheim mit seinen lustigen Bewohnern vorführt.

Promenadentheater. „Im Zeichen des Jorro“. Wenn Douglas Fairbanks seine Hand im Spiel hat, dann gibt es jedesmal einen Film mit überhohem Eifer. Er ist der Karl May des Films, der mit groteskster Schürzenhäuslichkeit immer der Held bleibt, mag er auch in die gefährlichsten Klemmen kommen. So fliegen ihm mit einem Schläge alle Herzen zu und eine große Zuschauerschaft bemächtigt sich des Zuschauers. Der starke Mann hat immer eine große Nummer. Und wenn er sich noch dazu in den Dicht der Gerechtigkeit und der Unterdrückten stellt, dann ist er einfach nicht umzubringen. Im Gegensatz zur grotesk-famulichen Handlung ist der Film viel zu naturalistisch gedreht. Das ist ein Fehler, der den Held zur komischen Figur herabsinken läßt. Und hier klafft der Abgrund, in dem der Film stürzt, wenn er nicht ein heiliges großes ist. In manchen anderen Film mit Fairbanks ist das glücklich vermieden. Wenn eine Märchenhandlung das Unwahrscheinliche schürt, ist in ihrem Geiste das Unmögliche immer noch nicht das Ungeplante. Der starke Weisfall des Publikums bewies aber, wie beliebt der Hauptdarsteller ist, und wie gern über Mängel hinweggesehen wird. Eine zweite Uraufführung „Jagden und Abenteuer in der Eisregion“ gab ein entzückend anschauliches Bild vom nördlichen Eismeer und besagte ebenfalls die Zuschauer zu lautem Beifall.

Ufa. „Der Mann im Feuer“, drei Akte nach einer Idee von Kurt Braun und Heinrich Brandt. Der einzige Originalfilm der Feuerweh — und rechtlich zweifellos eine Spitzenleistung. Inhaltlich etwas schwächer. Daß der Beruf eines Feuerwehrmannes sehr hohe Anforderungen stellt, wissen alle, und wenn Johann Michael, der Held des Stückes, ein pflichttreuer, unerschrockener Mann, der mit Leib und Seele an seinem Berufe hängt, vollständig gebrochen ist, als er seinen Beruf infolge eines Unfalls nicht mehr ausüben kann, ist verständlich. Aber wenn er den Kampf gegen das Feuer begeistert mit einer Schlacht vergleicht, so dürfte er wohl auch bei manchem seiner Berufskollegen auf Widerstand stoßen.

Rudolf Kitzner gibt dem Titelhelden Kraft und Leben. Eine ausgezeichnete Darstellung. Sehr sympathisch auch Jakob Tiedte und Kurt Wesermann. Die schöne Olga Tschowowa gibt auch eine abgerundete Leistung. Einen schweren Stand hat neben ihr Helga Thomas, die sich rechtlich Mühe gibt, mit ihrer etwas sentimentalen Rolle.

Ein besonderes Lob gebührt der Regie von Erich Waschneck. Treffliche Bilder aus dem Leben hinter den Kulissen, ein Theaterbrand, „Marm“ in der Feuerwehmaschine, eine psychologische Eignungsprüfung ein Brand in der Untergrundbahn, dies alles wird mit Meisterhand dargestellt und verleiht dem Film seinen Wert.

Die Ufa-Wochenchau bringt wieder allerlei Schenswertes, so u. a. eine Erfindung, die Automalle auch bei 80 Kilometer Geschwindigkeit ungefährlich macht.

Vorher macht man eine kleine Reise nach Genf, der Perle der Schweiz, mit ihren wunderbaren Szenarien am Genfer See.

I. L. „Das Geheimnis von St. Pauli“, die Geschichte eines Doppelhebens. Der Komist Erich Waffer, am Tage der vollendete Gentleman, verfällt plötzlich abends 10 Uhr in einen Trancezustand, geht verkleidet nach St. Pauli, der Stätte ungebundener Ausgelassenheit, aber auch selbstmörderischer Verbrechen, und begeht hier allerlei, was ihn mit der Polizei in Konflikt

bringen muß. Nie aber wird man des festlichen Fremden habhaft, der durch seinen starren Blick die Dirnen in seinen Bann zieht. Am nächsten Morgen weiß der Komist nichts von seinen nächtlichen Abenteuern und wäre sehr erstaunt, wenn man ihm etwa seine Verbrechen vorhalten würde. Hier hat man es also mit einem Doppelleben zu tun, das nur im Unterbewußtsein schlummert. Menschen, die ein Doppelleben führen, aber mit Bewußtsein, sind uns wohl bekannt; weniger aber solche, die ein Doppelleben führen, ohne davon zu wissen. Der Hausarzt des Komist bejaht die Möglichkeit dieses Zustandes, dessen Ursprung zum Beispiel ein schwerer Fall auf den Hinterkopf sein kann. Dies trifft auch bei Komist Waffer zu, der als Matrose eine Gehirnerschütterung hatte. Jäh wird ihm, im Moment, da er verhaftet werden soll, klar, daß zwei Naturen in ihm wohnen. Ein Nervenzusammenbruch ist die Folge, worauf Genesung folgt; der Arzt verspricht sich völlige Heilung, Erlösung von dem Dämmerzustand. Wälig naturgetreue Annahmen von St. Pauli, den Hamburger Hafen, einer Razzia, bei der die Hamburger Polizei mitwirkte, und die dadurch den Stempel des Echlen trägt, machen den Film interessant. Um eine gute Wiedergabe bemühen sich Carl de Bogt, Hanni Weisse, Maria Solowjow und Ernst Richter. In einem Kulturfilm „Seide“ wird uns die Gewinnung der Rohseide und die Seidenraupenzucht recht anschaulich vorgeführt.

Aus Schlesien.

Wahung, Bezirks-Partei-Konferenz am Sonntag, den 31. Oktober 1926!

Die Konferenz am Sonntag muß bereits vor mittags 9 Uhr beginnen, nicht um 10 Uhr, wie ursprünglich bekanntgemacht. Dieser Beginn ist erforderlich, um eine gründliche Aussprache über zwei Reserate möglich zu machen. Wir bitten deshalb alle Teilnehmer dringend darum, das so einzuhalten, daß sie pünktlich um 9 Uhr da sind.

Berichte von der Werbewoche.

Die Ortsgruppenvorstände werden dringend ersucht, das Berichtsformular über die Tätigkeit und den Erfolg der Werbewoche spätestens am Dienstag, den 26. Oktober, abzugeben. Keine Ortsgruppe darf uns im Stich lassen, da wir dem Parteivorstand über das Gesamtergebnis berichten müssen.

Wahung! Der Frauen-Bildungs-Kursus

zur Einführung in den Reichs- und preussischen Landeshaushalt kann wegen Verhinderung des Vortragenden in dieser Woche noch nicht stattfinden. Der Termin, wenn dieser Kursus sein wird, werden wir in den nächsten Tagen bekannt geben. Wir bitten dringend darum, alle Genossinnen, die sich hierfür bereit gemeldet haben, zu informieren.

Straßensperrungen in der Provinz Niederschlesien.

Das Verzeichnis der Straßensperrungen in der Woche vom 25. bis einschließlich 31. Oktober 1926 ist bei der Kreis- und Provinzverwaltung in Breslau, Taubenstraße 135/37, erhältlich. Nähere Auskunft wird telephonisch bei Anruf der Nummer Breslau Ring 7342—7348 wochentäglich in der Zeit von 9 bis 12 Uhr erteilt. Das gedruckte Meldeblatt der Sperrungen erscheint an jedem Sonnabend.

Berichtstörungen durch Schneefall in Oberschlesien.

Im Bezirk Oppeln haben sich bis auf kleine Verspätungen von 10 bis 15 Minuten bisher keine größeren Störungen bemerkbar gemacht. Die Mitteilungsverhältnisse werden sich erst in der Nacht von Sonntag zu Montag voll auswirken. Von der Eisenbahndirektion Katowitz wird gemeldet, daß die Züge aus dem Osten bereits empfindlichen Verspätungen unterworfen sind. Der D-Zug aus Bukarest wird zum Beispiel aus Polen bereits mit 70 Minuten Verspätung gemeldet. Im Telegraphen-Verkehr sind die Verbindungen nach dem Reich bisher unbeeinträchtigt geblieben. Im ober-schlesischen Industriebezirk liegen dagegen Meldungen von zahlreichen Störungen vor. Dies gilt besonders von den Leitungen nach Dittoborschen und von diesen namentlich nach Myslowitz und Laurahütte.

Neurode. Ungeeignete Kassenbeamte.

Vor dem Großen Schöffengericht in Glatz standen die Unterschlagungen in der Kreisparlatte und der Girokasse in Neurode zur Verhandlung. Angeklagt waren der Rentant Richard Scholz-Neurode und der Kassierer August Epiker-Kohlendorf wegen Unterschlagung, Untreue und Amtsverbrechens. Beide Angeklagte hatten spekuliert. Lehrer Bergmann war des fortgesetzten Diebstahls angeklagt. Das Urteil lautete gegen Scholz und Epiker auf zwei Jahre Zuchthaus. Bergmann erhielt sechs Monate Gefängnis.

Gottesberg. Das Bergstadion, das kürzlich seiner Bestimmung übergeben wurde, umfaßt insgesamt 16 000 Quadratmeter, die Fußballfläche bietet 7350 Quadratmeter, die Turnfläche 1100 Quadratmeter. Es ist auch eine Laufbahn von 380 Meter Länge vorhanden. Wesentlich ist, daß das Stadion auch Wasserzuführung hat: vier Hydranten sind angelegt worden. Ferner ist ein Brausebad für die Sportler vorhanden. Es war nicht leicht, das auf Bergeshöhe gelegene Terrain zum Sportplatz umzugestalten. 10 500 Kubikmeter Sprengsteinen mußten beiseitegeräumt werden. 6800 Arbeitstage insgesamt — am 22. März dieses Jahres wurde mit den ersten Arbeiten begonnen — bis zur Fertigstellung des Stadions gebraucht.

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht.

Sammlen-Anzeigen

Am 21. Oktober verschied nach langem Leiden unser Genosse, der Tischler

Alfred Konrad
im Alter von 38 Jahren. 3007
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Genossinnen und Genossen
des Distrikts 21 des Sozialdem. Vereins.
Einäscherung: Dienstag, den 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbchen.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Am 22. Oktober verstarb nach kurzem Krankenlager unsere Kollegin

Anna Lachmann
im Alter von 32 Jahren. 3004
Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Heute Montag, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des evangel. Friedhofes in St. Lisa.

Druckerei Volkswacht
Breslau 2, Marktstraße 1/3

Am 21. Oktober, abends 10 Uhr, verschied im besten Alter von 38 Jahren nach längerem, schwerem Leiden der Tischler

Alfred Konrad.

Sein freundliches Wesen und seine Hilfsbereitschaft gegen alle bleiben ihm unvergessen und sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken. 3007

Die Kollegen, die Angestellten und Inhaber der Firma Michael Kaliski.

Die Einäscherung findet Dienstag, den 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbchen statt.

Genossen
Genossinnen
Eure Familienanzeigen der
Volkswacht

Superate erproben in unserer Zeitung den größten Erfolg!

Lüchtige Gruppenführer
für unsere Schneiderwerkstatt
für nur gute Arbeit können sich melden
Heimann & Seidenberg, Gröbenstraße 2/4, 1. Etage.

Auktion
den 2. November
Volkswacht
Weißengüter Platz 7

Blaue Arbeits-Anzüge
schrag oder grade
in nur la Qualität.
Kessel- und Säure-Anzüge

Oskar Dehmel,
Neumarkt 45. 12812

Berichte
Neue und gebrauchte Nähmaschinen
Leichte Feilzahlung. 12812
Grenzstr. 24
Eigene Reparaturwerkstatt.

SOEBEN ERSCHIENEN
im Verlag der
„Volkswacht“ N°

Kriegsgefangenen in Rußland 1915-1920
von Georg Hahn, Mainz

Ein echtes Volksbuch vom Schicksal unserer Kriegsgefangenen in Rußland

Schlicht und doch fesselnd geschrieben. Keine Schauermärchen und phantastische Schilderung, sondern wirklich Erlebtes.

112 Seiten stark mit 10 Abbildungen und 3 farbigem Titelbild.

Kartiert Mk. 1.80
Gebunden Mk. 2.80

Buchhandlung Volkswacht
Neue Gruppenstr. 5 • Neue Taschenstr. 11

Arbeiter-Sportbewegung

Breslau, den 25. Oktober 1926.

Arbeiter-Sportler Amateur ist.

Von Pierre Marie.
Barum sind wir Amateure und lehnen jeden Profitum entgegen ab? Weil wir den Sport als eine Erholung auffassen und nicht als eine Gelegenheit, Geld zu verdienen. Wir bestrafen selbst auf die Gefahr hin, in unzeren eigenen Reihen zu verfallen, daß der Wettkampf als solcher nichts Vollkommenes ist, er entwickelt neben wertvollen Tugenden auch den Neid, den Wunsch, zu glänzen und seine Fähigkeiten in Geld umzuwandeln. Und wir wünschen unseren Jungen nicht das Schicksal, in einem verkappten Profitverein als Varia zu enden, wenn ein glücklicher Vorfall ist.

Ohne Zweifel, die Carpentier und andere Größen haben Verdienst, Anreger gewesen zu sein. Der Sport hat durch sie sich sein Bürgerrecht erworben. Aber es ist doch nicht nur die Weiterführung auf diesem Wege der Bereicherung von Mann muß doch den Leuten klarmachen, daß die wirkliche Ehre nicht in der großen Selbstehre liegt, daß es kindlich ist, wenn sich nun jeder bemüht, auch dahin zu gelangen, nicht besser, die Jugend dahin zu bringen, daß sie den Sport nicht als ein Geschäft zu betrachten.

Wenn wir schließlich nicht ganz den Wettkampf unterdrücken wollen, so müssen wir doch der Jugend in unzeren Reihen, die Sport kommt, warnend zurufen, nicht nur den Sieger im Kampf zu beklammern und nicht die Bedeutung eines Profits in den Händen derer, die auf überhöhten Gewinn über die Bedeutung einer allgemeinen Körperpflege als Mittel gegen Tuberkulose und körperliche Schwäche zu setzen. Wir müssen diese unsere Thesen der Jugend immer wiederholen, die allgemeine Körperkultur als das erstrebenswerteste hinstellen. Wir dienen aber dabei zugleich dem Amateur. Wir glauben, daß man ein ausgezeichneter Sportler sein kann, ohne jemals einen Rekord aufzustellen zu haben. Ein mittlerer Durchschnitt ist besser als Spitzenleistungen, bei Vorkämpfung oft die innerliche Ausbildung hinter der muskulösen zurückbleibt.

Die Sportpreise enthalten des öfteren Geschichten von Veruntreuung und Managern, die nicht gerade dem Amateurbegriff moralisch nützlich geben. Wir wollen aber versuchen, in unzeren Reihen jene auszuzeichnen, die den Schmelzen des Profitismus und Reichtums allzu leicht verfallen. Und wenn es uns gelingt, bei auch nur kleinen Gruppen von Jugendlichen die Liebe zum Sport einzupflanzen, die sie das ganze Leben hindurch begleitet, auch der einzelne keine Aussicht hat, eine Sportgröße zu werden, wenn wir einige der Kräfte entziehen, gesunden Verstand aufzubringen, dann haben wir unsere Zeit der Unzulänglichkeit nicht verloren. Diesen Sportbegriff wollen wir in unzeren Reihen einpflanzen.

Gleiches Recht für alle!

Der „Freien Sportwoche“, Zeitschrift für Fußball, Leichtathletik und Turnen, entnehmen wir die folgenden Ausführungen: Im Herbst vergangenen Jahres wurde dem Reichstag bei seiner Sitzung des Staats ein Dringlichkeitsantrag der bürgerlichen Parteien unterbreitet, für das Stadion im Grünwald Reichsausschuss für Reibebühnen eine Million Mark zu bewilligen. Es war ein Heberzwecksantrag, den Unterstaatssekretär v. a. l. h. mit den bürgerlichen Fraktionen fertig gemacht. Unsere Arbeitervertreter waren davon sogar so überzeugt, sie ihn ohne Widerspruch passieren ließen. Ob sie dafür sorgen, wissen wir nicht. Aber vor Heberzwecksantrag dachte auch daran, für unsere im Bau befindliche Bundeschule gleiches zu fordern. Nach dem geltenden Verteilungsmodus müßten dann 600 000 Mark bewilligt bekommen, oder die Million in 600 000 und 400 000 Mark geteilt an die beiden großen Verbände kommen. Nein, die Bürgerlichen bekamen sie nicht.

Natürlich Sturm bei uns. Auf persönliche Vorstellungen im Reichstag und bei den Parteien wurden wir auf die dritte Sitzung im Januar vertrieben. Da sollte das Verfaßte nachgelesen werden. Sie kam und wurde in einem Tage durchgelesen, dem sich die Parteien vorher geeinigt hatten, keine Anträge zu stellen und auch nicht mehr zu reden. Anerkannt muß man, daß die Bewilligung riesig drängte, denn der Antrag schon ein Dreivierteljahr früher erledigt sein. Das war schon vorher.

Unsere energischen Reklamationen brachten das Versprechen, den neuen Etat zu berücksichtigen. Der neue ist verabschiedet, aber zu unzeren Gunsten wurden vom Finanzminister abgelehnt mit der Begründung, daß nur noch zu vollendeten Tatsachen Beiträge gegeben werden könnten, nicht zu unvollendeten. Ein halbes Jahr vorher hatte man den Bürgerlichen eine Million Mark bewilligt für ein Projekt, an dem noch kein Schritt gemacht war. Nur hatte Krüger dafür kostenloses Gelände zur Verfügung gestellt. Nebenbei: Uns verweigerten jeden Zuschuß, trotzdem unsere Schule auch genau so gut kommt, wie das bürgerliche Unternehmen. Also dort hatte der Reichstag eine Million übrig für ein Projekt. Unsere bald vollendete Tatsache wurde abgelehnt.

Erneute Vorstellungen beim Minister ließen diesen erkennen, daß unter Unternehmen schon so weit vorgeschritten sei, daß zu überzeugen, landete er Unterstaatssekretär Schulz und den Oberbürgermeister. Wenn unsere Angaben stimmten, dann aus dem Nachtragsetat oder besonderen Fonds. Sie haben überzogen und waren enttäuscht. Nun kommt die Nachricht, daß diesem Jahre nichts mehr bewilligt werden kann. Wahrscheinlich werden die Deutschen Kampfspiele alle Mittel aufzuecken.

Im übrigen sind wir gespannt, wie lange dies liebliche Spiel noch gehen wird. Man glaubt sicher: „Die Arbeiter sind reich genug, die brauchen das Geld nicht so nötig wie die bürgerlichen.“ Oder hofft man, daß man uns lahmliegen läßt? Wir brauchen allerdings dringend nötig harte Reklamationen zur Lösung schwerer Verhältnisse, zum weiteren Ausbau und zur Erhaltung des Reichswerkes. Es dient der Gesundheit und ist im ureigenen Interesse des Staates. Darum bitten wir nicht, sondern fordern:

Gleiches Recht für alle!

Sport bei den Naturvölkern.

Karl Weule, der unlängst verstorbenen Forscher, erzählt in „Ethnologie des Sports“ über das Malesienballspiel. Der Einwohner der jetzigen Vereintigten Staaten von Amerika hat Einzelheiten:

„Schlagball wird mit einem oder zwei tennishölzerähnlichen Geräten mit sehr primitiver Verpackung gespielt. Der Ball ist entweder aus Holz oder aus Leder mit Haarfäden. Ziel für beide Parteien dienen Wale in der Art unzerer Kulturen oder auch einfache Pfosten. Die Abstände zwischen den Pfosten zwischen 150 Meter und 2,5 Kilometer. Die Regel schreibt vor, daß es gilt, den Ball durch das eigene zu treiben, wobei der Ball nicht mit den Händen berührt werden darf. An dem eigentlichen Spiel beteiligen sich stets eine Menge von Mitspielern; bei den Wäldern spielen zuweilen 1000 junge Leute ein solches Spiel und 4-6000 Stammesmenschen umräumen den Platz als Zuschauer. Am Vorzuge des werden Weiten abgeschlossen und die Einsätze niedergelegt. Der Nacht wird ein festlicher Ballplatz unter Fackelbeleuchtung abgehalten.

Am nächsten Morgen beginnt dann gegen 9 Uhr das Spiel. Ball wird von einem Unparteilichen in der Mitte hochgeworfen und nun versucht jeder, ihn in der Luft mit beiden Händen aufzufangen und nach seinem Maße weiter zu werfen. Einige Parteien gewinnen durch deren Mal der Ball zuerst in die Hand kommt. Das gilt als ein Punkt. Die Gegner suchen, das zu verhindern, wobei ein dauerndes Laufen, Drängen und Stößen im Spiel ist. Sobald der Ball durch das Mal gefallen ist, wird ein Spiel auf eine Minute unterbrochen und beginnt dann von neuem. Gewonnen hat diejenige Partei, die ihren Ball hundertmal in die Hand einsteckt hat. Das dauert häufig bis Sonnen-

Sport des Sonntags.

Städtewettkampf im Kunstturnen Berlin—Breslau.

Selten sind im Geräte-Kunstturnen so spannende Kämpfe geliefert worden, als sie unser gestriger Städtewettkampf bot. Mit Recht konnte Bundesgenosse Seewald zu Beginn feststellen, daß dieser Wettkampf dazu beitragen werde, in den Kreisen der organisierten Arbeiterenschaft das Märchen zu zerstören, daß der Arbeitersport infolge seiner Einstellung: Massensport und nicht Rekordwahnsinn, keine befähigten Wettkämpfer hervorbringe.

An den drei Hauptgeräten, Reck, Barren und Pferd, sowie in den Freilübungen wurden Leistungen gezeigt, die den Vergleich mit dem bürgerlichen Gipfelturnen aushalten. Der von Anfang bis zum Ende spannende Wettkampf zweier vollständig gleichwertiger Mannschaften erhielt durch das Schwanken der Punktzahl bei den einzelnen Geräten seinen besonderen Reiz. Gelang es der Berliner Mannschaft am Barren, als erstem Gerät, 421 Punkte gegen 400 der Breslauer zu erreichen, so zeigte das Turnen am Pferd Breslau mit 408 gegen 392 Punkte im Vorsprung. Bei den Freilübungen gelang es Berlin, wiederum 6 Punkte Vorsprung, 208 gegen 202, zu erzielen. Die Frage, ob es Breslau am dankbarsten der Geräte, dem Hochreck, gelingen werde, den Vorsprung Berlins von 11 Punkten einzuholen, ließ die Spannung aufs Höchste steigen. Mit 420 gegen 400 Punkte gelang Breslau der volle Ausgleich. Bei der gleichen Punktzahl von 1430 für jede Mannschaft fand dieser hochinteressante Kampf sein Ende.

2000 Zuschauer im überfüllten Saal des Breslauer Gewerkschaftshauses spendeten am Schluß wie auch bei einzelnen besonders guten Übungen stürmischen Beifall. So mancher der zahlreich erschienenen bürgerlichen Turner wird hoffentlich daraus die entsprechende Lehre ziehen.

Die Punktzahl der einzelnen Turner ist: Gries-Breslau 267, Leuthold-Berlin 257, Blant-Berlin 253, Wolf-Breslau 244, Wiemer-Berlin 243, Lehmann-Breslau 243, Gutshow-Berlin 239, Fiebach-Breslau 238, Stahl-Breslau 238, Henneberg-Berlin 222, Capito-Berlin 216, Jehnig-Breslau 200 Punkte.

Parabelungen der Turnerinnen und Jugendturner der Kreisschule des 14. Kreises untrahnten wirkungsvoll diese für den Arbeitersport vordrängende Veranstaltung. Das schwierige Kampfrichteramt übten die Bundesgenossen Weist-Sirchberg und Zeilinger-Berlin aus.

Serienskämpfe im Ringen.

Am gestrigen Sonntag fanden in der Übungshalle des Sportklubs „02“ Brunnenstraße, die Mannschaftskämpfe im Ringen ihren Fortgang, die in den einzelnen Teilen guten Sport brachten, aber im Kampf A. A. B. — Siegfried durch unfaire Ringweise des A. A. B. Reich-Mittelgewicht aussetzten. Hier hätte das Kampfrichteramt energisch einschreiten und den betreffenden disqualifizieren müssen. A. A. B. konnte beide Treifen für sich buchen. Sportklub „02“ mit unvollständiger Mannschaft antretend, unterlag im Vorkampf dem Sportverein „1897“ und trat im Rückkampf nicht mehr an. „Achilles“ konnte im Vorkampf „Hellenfest“ die Punkte abnehmen, mußte sich aber im Rückkampf mit unentschieden begnügen. Die Resultate sind folgende:

A. A. B. — Siegfried, Vorkampf 8:6
Sportverein „1897“ — S. C. „02“ Vorkampf 12:2
„Achilles“ — „Hellenfest“, Vorkampf 9:5
A. A. B. — Siegfried, Rückkampf 9:5
Sportverein „1897“ — S. C. „02“, Rückkampf 14:0 (kampflos)
„Achilles“ — „Hellenfest“, Rückkampf 7:7
Fortsetzung der Kämpfe am Sonntag, den 31. Oktober, nachmittags 3 Uhr, Turnhalle Vorkampfs.

Handball-Serienspiele.

Die gestrigen Spiele fielen wegen der ungünstigen Witterung meistens aus. Einige von den stattgefundenen Spielen endeten nicht ohne Überraschungen. So konnte 1. Abteilung gegen Neutritz einen knappen Sieg herauskochen, obwohl die Neutritzer bei Halbzeit in Führung lagen. Die 4. Abteilung zog es vor, nicht voll anzutreten, und so heimlich die 7. Abteilung die Punkte ein. In der B-Klasse mußte sich 1897 nach lebhaftem Spiel an aller Heberzweckung knapp von der 7. Abteilung die Punkte lassen. Die 1. Abteilung erhielt gegen Neutritz die Punkte kampflös ausgebrochen. Bei der Jugend errang Mochern nicht den erwarteten Sieg gegen Boleiden, beide Mannschaften lieferten sich ein flottes Spiel, für dessen Ausgang allerdings die Bodenverhältnisse mitwirkten. Das Ergebnis war unentschieden.

Ergebnisse:
A-Klasse:
1. Abtlg. I — Neutritz I . . . 3:1 (0:1)
7. Abtlg. I — 4. Abtlg. I . . . kampfl. für 7. Abtlg.
B-Klasse:
7. Abtlg. II — 1897 I . . . 3:2 (2:0)
1. Abtlg. II — Neutritz II . . . kampfl. für 1. Abtlg.
Jugend:
Boseiden I — Mochern I . . . 1:1 (1:1)
5. Abtlg. I — 2. Abtlg. I . . . 2:0 (0:0)
7. Abtlg. I — 4. Abtlg. I . . . 3:0 (2:0).

Die Kosten der Olympischen Spiele 1928. Das Niederländische Olympische Komitee für die Olympischen Spiele in Amsterdam veröffentlicht einen Kostenanschlag für die Amsterdamer Veranstaltung. Die größte Summe, ein Betrag von insgesamt 250 000 Gulden, verfallt der gewaltigen Neubau eines allen modernen Anforderungen gewachsenen Stadions. Die Baukosten des Stadions selbst betragen 790 000 Gulden. Für die Leitung von Wegen und Heranzüchtung des Geländes sind 273 000 für die Verteilung von Schutzgebäuden 110 000 Gulden erforderlich. Die Radrennbahn wird 70 000, die Taubbahn 65 000, das Schwimmbassin 25 000, sieben Tennisbahnen ebenfalls 25 000 Gulden kosten. Für Gehälter sind 156 000, für Büroeinrichtungen 65 000, für Reklame 60 000 und für Medaillen und Diplome 24 000 Gulden aufzubringen. Daneben treten noch zahlreiche sonstige Ausgaben, so 45 000 Gulden für Kaufpreiser, Lebensunterhalt und Beflagung. Zur Verfügung stehen bisher aus der Olympia-Anleihe 500 000 Gulden, aus Subsidiengeldern der Stadt Amsterdam 250 000 Gulden und aus Sammlungen 725 000 Gulden. Ferner gingen aus Verpachtungen 95 000 Gulden und aus dem Verkauf alter Gebäude 15 000 Gulden ein. Man rechnet mit einer Einnahme aus Eintrittskarten von 350 000 Gulden und hofft, die noch fehlenden 175 000 Gulden durch Sammlungen aufzubringen.

Ein Österreichisch-deutsches Fußballspiel ist für den 12. November in Dresden vorgesehen. Das 8. Fußballtreffen Frankreichs gegen ein Österreich in Paris stattfindet. — Die russische Fußballmannschaft, die im Laufe dieser Woche in Wien eintrifft, wird am Sonnabend und Sonntag in Wien zwei Spiele gegen dortige Arbeitersportmannschaften austragen.

Fußball.

Bezirks-Meisterchaftsspiel Süd I — Hertha I (Brieg)

8:1 (4:1).

Auch im Fußball nähern sich die Entscheidungen ihrem Ende. Und so darf man allgemein auf das letzte Treffen von Süd und Hertha gespannt sein, das am kommenden Sonntag folgt. Was es nun heute Süd, der heut Brieg mit obigem Resultat heimischte und den Gegner außer Konkurrenz stellen konnte, so stehen jetzt Hertha und Süd punktgleich und ohne Punktverluste in der Meisterschaftstabelle an der Spitze.

Unhaltender Regen und Schneehauer verletzten den Platz in eine nicht angenehme Verfassung und Bodenverhältnisse und Witterung stellten an die Spieler große Anforderungen. Nur wenige Zuschauer umsäumten den Platz, als der Schiedsrichter zur Platzwahl rief. Süd hat die Wahl und Brieg Anstoß. Gleich nach dem Anpfiff geht ein flottes Spiel ein, in dem Brieg durch großen Eifer besonders angenehm auffällt. Mächtig wird das Südtor bedrängt und allgemein glaubt man an eine Heberzweckung. Doch im weiteren Verlauf wurde man eines anderen belehrt. Höhe im Südtor muß öfters rettend eingreifen, da sich der rechte Verteidiger einige Schritte erlaubt und sich auf dem glatten Boden nicht zurechtfinden kann. Beide Mannschaften lassen allmählich im Tempo nach, bis es in der 14. Minute dem Linksaußen von Süd gelingt, das erste Tor zu schießen. Nach Wiederanstoß sieht auch bald Nummer zwei und kurze Zeit darauf drei und vier für Süd, allerdings mit Hilfe des rechten Verteidigers und Lormanns von Brieg (Eigentore). Diese Erfolge der Gegner deprimieren die Brieger Mannschaft sehr und es dauert eine geraume Zeit, ehe sie sich wieder zusammenfindet. Endlich ist es auch ihnen vergönnt, durch Linksaußen den Ehrentreffer zu erzielen. Mit diesem Resultat werden die Seiten gewechselt. In der zweiten Spielhälfte klappt Brieg vollkommen zusammen und Süd ist jetzt konungebend, was in vier weiteren Toren zum Ausdruck gebracht wird. — Schiedsrichter konnte gefallen.

Bezirksmeisterchafts-Tabelle.

	Spiele gewonnen	verloren	Punkte	Tore
Süd I	1	1	—	2:0 5:1
F. S. B. I.	1	1	—	2:0 5:2
Hertha I. Brieg	2	—	2	0:4 3:13

Gesellschaftsspiele.

Hertha I. — Rapid I. 4:1 (3:1). Auch dieses Spiel litt sehr unter der Ungunst der Witterung. Beide Mannschaften mit Erskand antretend, lieferten ein flottes Spiel, in dem West glücklicher war. Der Lormann (Erlach) des Siegers zeigte Glanzleistungen. Ihm ist es in erster Linie zu danken, daß das Resultat so ausfiel. — Gleich nach Anstoß bringt Halbins von West einen langen Schuß an der infolge der Glätte auch den Weg ins Rapid-Tor findet. Rapid verliert auszugleichen, aber der West-Lormann ist nicht zu überwinden oder der Wollst ist des öfteren Retter in höchster Not, bis es West im weiteren Verlauf noch vergönnt ist, zwei weitere Heberzweckungen durch Fehler des linken Verteidigers von Rapid zu schießen, wogegen Rapid durch Linksaußen nur 1 Tor erzielen kann. Mit diesem Resultat geht es in die Pause. Nach Wiederanstoß wird Rapid munterer, kann aber trotzdem keine Erfolge erzielen, sondern ist weiter vom West verfolgt, andererseits versteht es der Innenraum nicht recht, der viele, in der Luft hängende Erfolge, nicht auszunutzen versteht. Im weiteren Verlauf erlaubt sich wiederum der linke Verteidiger einen Fehlschuß, der Rechtsaußen von West nimmt den Ball auf und kann nach mit viel Glück das vierte Tor für West erzielen. Mit diesem Resultat trennt der Schiedsrichter beide Mannschaften. Nach dem Torverhältnis war Rapid schlechter; nur ein Unentschieden hätte die Spielstärke der beiden Mannschaften aber besser zum Ausdruck gebracht.

F. S. B. I. Schüler — Freie Sportfreunde I. Schüler 1:1. Das Spiel lief vor dem Bezirksstrefen auf dem Sternplatz. Es war eine Freude, die Kleinsten unserer Reinen im Spiel zu beobachten. Rastam wäre es aber, in Zukunft die Jugend bei solcher Witterung zu schonen und nicht spielen zu lassen. Beiderseitige Leistungen zufriedenstellend und ein ausgeglichener Kampf.

Herbstwaldlauf in der Dresdener Heide. Bei einer Beteiligung von einigen hundert Waldläufern fand am Sonntag der bereits traditionell gewordene Herbstwaldlauf durch die im herrlichen Herbstschmuck prächtige Dresdener Heide statt. Nach Abschluß der einzelnen Kämpfe vereinigten sich alle Teilnehmer an einem gemeinsamen Propaganda-Lauf, der einen überaus prächtigen Anblick bot.

Arbeiter-Fußball-Länderpiel Rußland—Österreich. In Gegenwart von 15 000 Zuschauern fand am Sonntag in Wien ein Fußball-Länderkampf zwischen einer russischen und einer österreichischen Mannschaft statt. Heberzweckweise endete das Spiel unentschieden mit 3:3. Die Österreicher waren zunächst sogar überlegen und behaupteten sich in der ersten Spielhälfte mit 1:0. Auch nach Halbzeit gewannen sie zunächst zwei Tore und erlitten in der letzten halben Stunde gelang es den Russen, durch drei rasch hintereinander erzielte Tore ein Unentschieden zu erreichen.

Einiges über die neue Abseitsregel im Fußball.

Wehr als ein Bierestoff ist es her, daß im Fußballspiel die neue Abseitsregel in Kraft getreten ist. Die Ursachen, die zur Änderung der Abseitsregel geführt haben, sind altbekannt; man wollte in erster Linie die Zahl der Spielunterbrechungen einschränken und hoffte im übrigen, daß die nunmehr eintretende Beschleunigung des Spieltempo und die Erhöhung der Torsahl den Zuschauern mehr Abwechslung bieten würden. Wie sind nun die Wirkungen der neuen Abseitsregel?

Getreu dem Grundsatz: Ein guter Angriff ist die beste Abwehr! ist der Mittelfeldler bestrebt, beim eigenen Angriff keine Stütze in besonderem Maße zu unterziehen während die Außenläufer zwischen ihm und der Verteidigung (reine Gefühlsmusik) hin- und herpendeln. Dadurch ist der erforderliche Kontakt zwischen den einzelnen Reihen gewahrt. Bei einem gegnerischen Angriff (besonders dann, wenn er vom Flügel aus erfolgt) mühen die Verteidiger sehr mehr Arbeit leisten insofern, als sie durch schnelles und energieloses Eingreifen den Angriff zum Stehen bringen müssen; andernfalls würden die Läufer zu sehr in die Verteidigung gedrängt werden. Diese Taktik erfordert zwar von jedem einzelnen Spieler der Dienstmannschaft viel mehr physische Kraft als bisher, erscheint mir jedoch der neuen Abseitsregel gegenüber am geeignetsten.

Mancher lächelt über die Änderung der Abseitsregel, die Verteidiger aber unterbinden, und die Zuschauer konnten das nicht sehen, was sie leben wollten, nämlich Tore. Ja, es ist nicht selten vorgekommen, daß eine technisch viel bessere Mannschaft einer schwächeren nur deshalb unterlegen ist, weil ein Verteidiger der schwächeren Elf es meisterhaft verhindern hat, immer und immer wieder den gegnerischen Sturm, oft sogar in seiner Gesamtheit, abseits zu stellen. Nach der neuen Abseitsregel ist das abhänliche Abseitsstellen so gut wie gar nicht mehr anzuwenden. Stinke Stürmer haben es leicht, sich möglichst zwischen die Verteidiger zu positionieren, um mit aufgenommenen Vorkäufen — nur noch einem Verteidiger gegenüber — auf und davon zu laufen. Die Lormannen werden hierdurch hart erbszt. Insbesondere werden Lormannen mit flachem und neuem Wankel auf Grund der neuen Abseitsregel durch Schnelligkeit der einzelnen Spieler zu ausfallgebehrer Bedeutung kommen. Eine einseitige Änderung hat die neue Abseitsregel insofern mit sich gebracht, als sie den Mittelfeldler bis zu einem gewissen Grade zum dritten Beidinger macht. Auf jeden Fall hat die neue Abseitsregel erreicht, daß die Spiele nicht mehr so oft wegen Abseits unterbrochen werden müssen.

Wassersport und Polizeiaufsicht.

Da und dort werden Stimmen dagegen laut, daß aus dem ...

Da und dort werden Stimmen dagegen laut, daß aus dem ...

Da und dort werden Stimmen dagegen laut, daß aus dem ...

Da und dort werden Stimmen dagegen laut, daß aus dem ...

Der Angelsport

in Deutschland, der seine größte Verbreitung gerade unter den ...

Die Badeunfälle des Sommers.

Die Tatsache, daß in Deutschland jährlich 6000 Menschen bei ...

Wo wenig Schwimmgelegenheit vorhanden und das Baden ...

Bayrische Sportmuderei.

Einen bescheidenden Erlaß hat das bayrische Kultus- ...

Die bayrische Arbeiterbewegung ...

Leichtathletische Bundeshöchstleistungen.

Der Bundesauswahlrat für Leichtathletik veröffentlicht in der ...

Die Mitgliederbewegung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Der Geschäftsbericht des Bundes für das Jahr ...

Die Mitgliederzahl des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ...

Betrachtet man die Entwicklungsumstände der Arbeiter- ...

Der bürgerliche Sport hat sich dann auch recht frühzeitig ...

Breslauer Hallenschwimmbad
Schwimmbäder für Männer und Frauen
Schwimmunterricht, Massage, Wannen-, Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation
Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr

Arbeitersport und Rundfunk.

Ueber dieses sehr aktuelle Thema schreibt Fritz Wil- ...

Der bürgerliche Sport hat sich dann auch recht frühzeitig ...

Natürlich kann der Rundfunk nur von wichtigen sportlichen ...

Das vorläufige Programm des Prager Arbeiterportfestes 1927

entfällt folgende Einzelheiten: Die Hauptfesttage fallen auf den ...

Die Schaffung einer Arbeiterportbewegung in Holland ...

Der Kongress des belgischen Arbeiterportverbandes wird ...

Der Fußballbetrieb in Belgien wird in der abgelaufenen ...

Handball-Serienspiele am 31. Oktober.

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Verein, Platz, Schiedsrichter ...)

Letzgenannter Verein hat Platzbau, Resultate sind bis ...

Serienspiele im Ringen für Sonntag, den 31. Okt.

In der Turnhalle, Nordtrakt 57, am Sauerbrunnen ...

Handball: Schiedsrichtervereinigung, Mittwoch, den 27. ...

Handball. Am Mittwoch, den 27. Oktober, findet ab ...

Schwimmverein Polidion, C. B. Jugendabteilung, ...

Abteilung Arbeiterportverein, am 31. Oktober, ...

Schach.

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.

Zuschlitten sind zu richten für Problemlisten an: R. Rittner, ...

8x8 Schachboard mit Figuren

Matt in drei Zügen.

Lösung der Aufgabe Nr. 51.

Lösung der Aufgabe Nr. 50.

Wichtige Lösungen sandten ein: B. Büchel, P. Jettchen, ...

Partie Nr. 26, 3. Juli 1927.

Gespielt am 18. September im Arbeiter-Schachverein Breslau.

L7 hat nun schon seine Rolle ausgespielt, da die Diagonale ...

Die Erleichterung einer schönen Kombination, welche mindestens ...

Schwarz möchte nach dem 21. Zuge Tx+8 wie folgt ...

Spielabende des Arbeiter-Schachvereins zu Breslau.

Handball: Schiedsrichtervereinigung, Mittwoch, den 27. ...